

5 Das Beziehungsgeflecht

5.1 Staat und Umweltschutz

Im Original: Auszug aus dem Bericht der "Gießener Allgemeinen" zur Landesdelegiertenversammlung des BUND Hessen (20.3.95, S.12)

... Der BUND wird sich möglicherweise in Zukunft unabhängiger von den Parteien machen, verriet die stellvertretende Bundesvorsitzende Dr. Angelika Zahrnt. ...

Im Original: Bildtext in der BUND-Schrift "rückblick 96" (S. 12), das Bild zeigt Umwelt- und Atomministerin Angela Merkel und die stellv. BUND-Vorsitzende Angelika Zahrnt

Nicht weit auseinander beim Europa-Kongreß des BUND: Angela Merkel und Angelika Zahrnt in Berlin.

Reaktion auf ein ähnliches Bild (LeserInnenbrief in der "Natur&Umwelt" 2/97, S. 4)

Geschmacklos finden wir das Foto (S. 5), auf dem Umweltministerin Merkel und die stellvertretende BUND-Vorsitzende Zahrnt mit der Unterzeile "Eintracht in Europa" abgebildet ist. Diese Art Anbiederung schadet dem Ansehen des BUND.

Auszüge aus einem Interview mit Josef Tumbrinck, NABU-Landesvorsitzender in NRW, aus Naturschutz in NW 3/96 (S. XI, Einhefter in "Naturschutz heute")

Tumbrinck: Ich engagiere mich in der Politik in Münster: seit der letzten Kommunalwahl im Stadtrat für die SPD, ...

Naturschutz in NW: Würden Sie den NABU-Mitgliedern vor Ort empfehlen, sich parteipolitisch zu engagieren?

Tumbrinck: Ja, auf jeden Fall, weil man über diese Schiene oft noch mehr bewegen kann als als "reiner" NABU-Mensch.

Naturschutz in NW: Böse Zungen behaupten, der Posten des NABU-Vorsitzenden wäre für Sie nur eine Durchgangsposition auf dem Weg zu Bundestag oder Landtag. Was ist davon zu halten?

Tumbrinck: ... Es kann sein, daß so etwas später kommt. ... Wenn man sich mit unserem Gesellschaftssystem anfreundet, dann muß man sich auch fragen lassen, ob man Aufgaben übernehmen will.

Gerd Billen, Geschäftsführer des Naturschutzbundes Deutschland, am 24.9.97 in einer internen Sitzung der AGU zu Ministerin Angela Merkel

Zunächst einmal möchte ich mich für Ihr Engagement in Sachen Klimaschutz bedanken, Frau Merkel. Ich glaube – auch nach dem, was mir Kollegen über Ihr Auftreten sagen –, daß wir mit Ihnen im Bereich der ökologischen Außenpolitik derzeit einen Glücksfall haben.

Wer die Verfilzungen zwischen Umweltschutzarbeit und den staatlichen Stellen (Regierungen, Behörden, Parteien usw.) verstehen will, wird mehr lesen müssen als dieses Kapitel, denn der Einfluß erfolgt nicht nur direkt. Wo Unternehmen und Umweltschutzorganisationen verbunden sind, spielt meist auch der Staat mit, denn zwischen ihm und den Unternehmen bestehen viele Verbindungen. Gleiches gilt für die Medien, da fast alle ranghohen RedakteurInnen auch das eine oder andere Parteibuch besitzen. Natürlich gilt diese Feststellung auch umgekehrt: Wo Parteien, Behörden oder Regierungen direkt Einfluß nehmen auf den Umweltschutz, stehen im Hintergrund Medien und Unternehmen mit ihren Kontakten zum Staat.

5.1.1 Abhängigkeiten schaffen

Der Staat hat die besten Möglichkeiten, einen "Filz" herbeizuführen, denn er verfügt über alle Mechanismen, die dafür nötig sind: Geld, Karrieremöglichkeiten, Abhängigkeitsverhältnisse und Repressionsmittel. Zudem hat er auch das größte Interesse daran, denn "Filz" bedeutet für ihn, daß die am "Filz" beteiligten Organisationen kontrollierbar werden und in ihrem Bestreben nachlassen, staatliches Handeln zu kritisieren bzw. bestimmte Entscheidungen einzufordern. Indirekt kann der Staat bzw. die ihn tragenden Personen und Gruppierungen über den "Filz" große Teile der Bevölkerung kontrollieren, ohne seine direkten Machtmittel (Justiz, Polizei, Vollzugsbehörden oder Finanzämter) einsetzen zu müssen.

Der Staat selbst besteht aus verschiedenen Teilen, die einzeln oder zusammen Verfilzung herbeiführen können und von denen wiederum nur bestimmte Untergliederungen für Naturschutzaufgaben zuständig sind:

- Parteien mit ihren für Umwelt zuständigen PolitikerInnen in den parteiinternen Arbeitskreisen, in Ausschüssen oder besonderen Kommissionen.
- Die Parlamente und Fraktionen mit UmweltsprecherInnen und Ausschüssen.
- Die Regierungen mit Umweltministerien und weiteren Verwaltungseinrichtungen, mit Abteilungen und Fachämtern im Naturschutzbereich.
- Staatliche oder staatsabhängige Einrichtungen im Umweltbereich wie Stiftungen, Tagungshäuser, Umweltzentren, Akademien, Uni-Fachbereiche usw.

In der Regel bezieht Verfilzung Personen und Vorgänge aus verschiedenen staatlichen und staatsnahen Einrichtungen ein. Die von diesen Stellen ausgehende Verfilzung erfaßt die staatlich anerkannten Naturschutzverbände sowie etliche einzelne Personen, die sich im Naturschutzbereich hervorgetan haben. Auf diese hat der Staat erheblichen direkten und indirekten Einfluß, während unabhängige Gruppen und lose Netzwerke sich diesem Einfluß eher entziehen, allerdings von den damit zusammenhängenden Unterstützungsformen des Staates abgeschnitten sind.

Insgesamt funktioniert das Prinzip der Verfilzung nach dem Motto: "Ihr bekommt Vorteile, dafür müßt Ihr Euch bestimmten Regeln unterwerfen!" Oder umgekehrt: Wer sich als loyal bewährt hat, kann mit Wohlwollen rechnen, wenn es um Förderungen, Ehrungen, Preise oder Karrierechancen geht.

Mit verschiedenen Mitteln kann der Staat Abhängigkeitsverhältnisse aufbauen, die es ihm erlauben, auf die Umweltschutzorganisationen Einfluß zu gewinnen bzw. diese an effektiven Arbeitsformen zu hindern.

Kontrolle der Informationsflüsse

Unterlagen zu naturzerstörenden Planungen, Emissionen und anderen umweltrelevanten Daten waren in Deutschland bis vor kurzem gar nicht zugänglich. Die einzige Ausnahme bildeten die wenigen, vom Staat anerkannten Naturschutzverbände. Diese Anerkennung nach § 29 Bundesnaturschutzgesetz² schuf für wenige Verbände (vor allem BUND, Naturschutzbund sowie je nach Land unterschiedlich weitere landesweite Naturschutzverbände und Jäger, Angler- und Wandervereine) das Privileg, bei neuen Planungen in der Natur (Eingriffe oder Schutzge-

bietsausweisungen) die jeweiligen Planungsunterlagen zu erhalten und dazu Stellung nehmen zu können. Nur dieser Kreis hat auch Zugang zu den Archiven staatlicher Behörden und zu den Daten über Artenvorkommen und Biotopzustand.³ Neben dieser Ausnahme, daß sehr wenige Organisationen und zu einem kleinen Teil der umweltrelevanten Daten Zugang hatte,⁴ war in Deutschland eine Akteneinsicht für die Öffentlichkeit nicht möglich. Dieser Zustand hat sich durch eine EU-Regelung sowie das darauf in Deutschland beschlossene Umweltinformationsgesetz, geändert. Die parlamentarische Debatte um dieses Gesetz, die tatsächliche Ausgestaltung sowie vor allem die heutige Praxis, in der die meisten Behörden immer noch alle Mittel ausreizen, um eine Akteneinsicht doch zu verhindern, zeigt, daß die Zugänglichkeit von Informationen als wichtige Grundlage gesehen wird, nur einen kleinen Kreis von Eingeweihten zuzulassen und die Allgemeinheit aus den Entscheidungsprozessen auszugrenzen.

Aus der beschriebenen Kontrolle von Informationsflüssen ergeben sich verschiedene Formen der Verfilzung.

- Zirkel informierter Personen: Es entsteht bei jeder naturschutzrelevanten Planung ein Kreis von informierten Personen und Organisationen. Diese treffen in Erörterungsterminen aufeinander und klären Weiteres im Rahmen von Besprechungen und Begehungen, von denen die Öffentlichkeit nichts erfährt. Der Kreis der Informierten ist bei allen Vorgängen fast identisch, so daß eine geschlossene Runde entsteht, die regelmäßig Entscheidungen trifft. Diese Runde ist sehr einflußreich, weil in ihr Behörden-, Parteien- und VerbandsvertreterInnen zusammen agieren.
- Ausgrenzung unabhängiger Gruppen: Vor allem Bürgerinitiativen sind davon betroffen, daß sie keine Daten erhalten. Diese Informationsblockade geht nicht nur von der staatlichen Seite aus, sondern auch von den Umweltverbänden selbst. Die betrachten ihr Privileg, Daten zu erhalten, als "Treueschwur" gegenüber dem Staat und verweigern selbst anderen die Weitergabe ihrer Unterlagen, obwohl das nicht verboten wäre. Für die BIs und andere Gruppen bedeutet das eine erhebliche Erschwernis ihrer Arbeit. Neben Nichtbeachtung unorganisierter Gruppen ist das Ziel solcher Informationsblockaden, sich Vorteile zu sichern und damit BI-aktive NaturschützerInnen in die Verbände zu locken. Viele Verbände fürchten auch um ihren guten Kontakt zum Staat, wenn durch ihre Datenweitergabe Proteste entstehen.⁵ Fast nie nutzen die anerkannten Verbände ihre Informationen, um BürgerInnenengagement zu fördern oder BIs zu gründen.⁶

Beispiel: BI zum Baugebiet "Marburger Straße/West" (Gießen 1992)

Die BI fragte beim BUND an, ob die diesem vorliegenden Pläne und Unterlagen eingesehen werden können. Der BUND lehnte das mit der Begründung ab, die Daten seien ihm "vom Staat treuhänderisch übergeben" worden und eine Weitergabe könne das Vertrauensverhältnis stören. Tatsächlich sind solche Planungsunterlagen nicht geheim und können weitergegeben werden.

- Bildung von Naturschutzbeiräten und anderen Gremien: Nach den jeweiligen Landes-Naturschutzgesetzen sind auf unterschiedlichen Ebenen (Land, Regierungsbezirk, Kreis) Beiräte oder ähnliche Gremien zu bilden, die die Behörden beraten und in Einzelfällen sogar mit eigenen Mitbestimmungsrechten ausgestattet sind, z.B. Vetorecht.⁷ Diese Beiräte erhalten ständig Informationen über laufende Vorgänge im Naturschutz. In ihnen gilt in der Regel keine Geheimhaltungspflicht. Dennoch treten die Beiräte nur selten an die Öffentlichkeit, sondern bewegen sich ausschließlich in den immer gleichen Runden von EntscheidungsträgerInnen, Behörden und ausgesuchten VerbandsvertreterInnen. Die Naturschutzbeiräte sind auch an Entscheidungen zur Geldvergabe an Naturschutzgruppen beteiligt. Ihre Zusammensetzung ist unterschiedlich, ebenso ihr tatsächlicher Einfluß. Das Nähere regeln die Landesnaturschutzgesetze, zudem die jeweilige Handhabung der koordinierenden Behörde. In etlichen Fällen stellen die Naturschutzverbände die Mehrheit in den Gremien. Sie nutzen eine solche Vormacht aber weder zu einer breiten Öffentlichkeitsarbeit und -beteiligung noch zu deutlichem Widerstand gegen Landschaftszerstörungen. Die Naturschutzbeiräte sind geheim tagende, sich auf interne Protestnoten beschränkende Kreise. Einvernehmliche Entscheidungen sind in vielen der Beiräten die Regel, d.h. Partei- bzw. RegierungsvertreterInnen und Naturschutzverbände vertreten gleiche Positionen, die oft im Gegensatz zu den nicht in Beiräten vertretenen lokalen Verbandsgliederungen oder unabhängigen Bürgerinitiativen stehen. Auf Bundesebene ist neben den offiziellen Beiräten und Kommissionen ein besonderer Verein für die Organisation solcher Kugelrunden gegründet worden: Die Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen (AGU), in deren Arbeitskreisen VertreterInnen von Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen, Regierungen und Umweltverbänden so verteilt sitzen, daß die UmweltschützerInnen immer eine verschwindende Minderheit stellen. Zudem sind nur große bundesweite Verbände dort vertreten. Die verhalten sich nicht kämpferisch, sondern eher anbiedernd.

Im Original: Auszug aus dem Wortprotokoll der AGU vom 7.10.1986 mit Redebeitrag des DNR-Präsidenten Wolfgang Engelhardt

... der technisch-hygienische Umweltschutz in den letzten 25 Jahren große Anstrengungen gemacht hat, wobei - das ist unbestreitbar - in Teilbereichen auch beachtliche Erfolge erzielt worden sind ...

Auszug aus dem Wortprotokoll der AGU vom 15.9.1987 (S. 50) mit Redebeitrag des DNR-Geschäftsführers Helmut Röscheisen

Röscheisen: Herr Minister Töpfer, ich finde es eigentlich ein bißchen bedauerlich, daß bei Ihrer Aufzählung der insgesamt überzeugenden Schwerpunktmaßnahmen das entscheidende Instrument der vorausschauenden Umweltpolitik, nämlich die wirksame Umweltverträglichkeitsprüfung, nur mit einem einzigen Satzchen erwähnt wurde.

Ähnliche Bedeutung haben die Länderarbeitsgemeinschaften zu verschiedenen Umweltthemen, wo die jeweiligen FachministerInnen oder hochrangige MinisterialbeamtenInnen zusammensitzen. In gemeinsamen Treffen mit den Spitzen der Umweltverbände werden gemeinsame Positionen ausgelotet.

Im Original: Gemeinsame Erklärung der Verbände und MinisterInnen vom 24.11.1993⁸

... Die Teilnehmer des Dialoges halten insbesondere folgende Maßnahmen zur Weiterentwicklung der deutschen Umweltpolitik im Sinne eines modernen, zukunfts- und ökologieorientierten und zugleich wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandortes Deutschland für erforderlich ...

– Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, ohne daß dies zu Lasten von Umweltstandards bzw. der Beteiligungsmöglichkeiten der Öffentlichkeit geht. ...⁹

Tagungen, Preisverleihungen usw.: Selbst in der Öffentlichkeit kommt es ständig zur Bildung ausgewählter Zirkel und zur Ausgrenzung unerwünschter Personen oder Gruppierungen. Einladungen zu Veranstaltungen (Umwelt-Tagungen, Seminare oder Anhörungen), Antragsunterlagen für Zuschüsse oder Umweltpreise sowie viele andere Informationen werden nur selten breit gestreut, sondern nur über die an den Filzstrukturen beteiligten Stellen und Verbände. Im schlimmsten Fall wird kritischen (das sind meistens auch unabhängige) Gruppen oder Einzelpersonen sogar direkt der Zugang erschwert oder verwehrt.¹⁰

Geldvergabe

Für öffentliche Gelder (Zuschüsse, Förderungen) gibt es in der Regel klare Zuständigkeiten, an welche Stelle Anträge zu richten sind und wer über die Vergabe entscheidet. Die Wege der Bewilligung sehen dann aber anders aus. Fast überall gibt es informelle Zirkel, denen die Anträge vorgelegt werden und die stellvertretend Entscheidungen treffen. Die zuständige Vergabestelle übernimmt das Votum als ihres, damit die vorgeschriebene Form gesichert ist. In diesen Geldvergabebezirken sind neben Behörden auch die anerkannten Naturschutzverbände vertreten. Auch hier zeigt sich, daß Verbände und Regierung keinen Gegensatz darstellen, sondern fast immer gemeinsame Kugelrunden schaffen. Beide sorgen für die Ausgrenzung der Öffentlichkeit, auch intern in den Verbänden wird über die Mitwirkung in Gremien wenig oder nichts berichtet, d.h. selbst die Mitglieder und Untergliederungen erfahren nicht, was wo wer entscheidet.

Insgesamt gibt es bei der Vergabe von Fördergeldern im Naturschutz wenig Transparenz. Neben staatlichen Stellen gibt es vor allem Stiftungen, die als Geldquelle in Frage kommen. In einzelnen Fällen sind schon die Statuten der Geldvergabestellen so verfaßt, daß nur große und meist nur die anerkannten Verbände sowie staatliche Stellen als Empfänger in Frage kommen.¹¹ Selbst wenn das nicht vorgeschrieben ist, läuft die Praxis so. Zuschüsse an kleinere, unabhängige Gruppen sind die Ausnahme, betreffen nur geringe Geldsummen und haben eher den Zweck, den Anschein einer gleichberechtigten Behandlung aller Anträge zu wahren.

Im folgenden sind einige Beispiele für staatliche Geldvergabe aufgeführt.

- Deutsche Bundesstiftung Umwelt: Die mit Abstand finanzkräftigste Vergabestelle wirkt von ihren Statuten her sehr offen. Geldempfänger können auch kleine, unabhängige Gruppen und Initiativen sein. Die Praxis ist jedoch eine andere: Neben dem Förderschwerpunkt des betrieblichen Umweltschutzes¹² kommen vor allem die etablierten Naturschutzgruppen und staats- bzw. wirtschaftsfreund-

liche Projekte an größere Förderbeträge. Der Vergabemodus der DBU ist zwar in deren Selbstdarstellungen verdeutlicht, für die AntragstellerInnen gibt es aber keine Möglichkeit der Beeinflussung und keine wirkliche Transparenz.¹³ Immer wieder werden Anträge einfach unterschlagen, nie beantwortet oder ohne weitere Begründung abgelehnt. Dabei werden sichtbar, daß kleine Anträge weniger Chancen haben, da diese im Verhältnis zur Förderhöhe mit viel Aufwand verknüpft sind. Als kleine Anträge wertet die DBU Zuschußhöhen bis zu 200.000 DM. Diese können vom Geschäftsführer allein entschieden werden.¹³ Durch die Bevorzugung hoher Zuschüsse werden große Verbände oder Industrieunternehmen gefördert. Bevorzugt werden theoretische und wissenschaftliche Projekte wie Veröffentlichungen, Tagungen und Technikentwicklung sowie innovative Wirtschaftsförderung. Da die Bundesregierung das Kuratorium ernannt, steuert sie letztlich die Politik dieser Stiftung. Als einziger von der Bundesregierung akzeptierter Umweltvertreter sitzt der DNR-Präsident Wolfgang Engelhardt in diesem Gremium. Nach Aussagen des BUND-Vorsitzenden Hubert Weinzierl im Dezember 1997 hätte nur dieser Chancen, wieder benannt zu werden. Statt gegen die Struktur der DBU zu protestieren, bemühen sich die Umweltverbände nur, Engelhardt für eine neue Kandidatur zu gewinnen.

Kuratorium der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (muß 1998 neu bestimmt werden)¹³

Dr. Hans Tietmeyer, Vorsitzender (Chef der Bundesbank)

Prof. Dr. Wolfgang Engelhardt, Stellvertreter (Präsident des Deutschen Naturschutzinges)

Rudi Walther (Bundestagsabgeordneter, Vorsitzender des Haushaltsausschusses)

Karl Deres (Bundestagsabgeordneter, Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses)

Dr. Peter Klemm (Staatssekretär im Bundesinnenministerium der Finanzen)

Dr. Gerhard Ziller (Staatssekretär im Bundesforschungsministerium)

(Rest: Bundestagsabgeordnete, Landesminister, Firmenvertreter, darunter nur eine Frau)

Das Geld der Bundesstiftung stammt aus dem Verkauf der Salzgitter AG. Dieses ehemalige Bundesunternehmen hat seinen Reichtum unter anderem der Ausbeutung von ZwangsarbeiterInnen während des Dritten Reiches zu verdanken. Die Bundesstiftung Umwelt gehört zu den wichtigsten Partnern der Expo 2000 GmbH. Sie bringt sich nicht nur selbst auf der Expo ein, sondern spielt als Geldgeberin und Vermittlerin eine wichtige Rolle dabei, die großen Umweltverbände zu einer Teilnahme an der Industrieschau zu bewegen (siehe Kap. 5.2.2).

- Umweltbundesamt: Über das Umweltbundesamt werden viele Projekte gefördert, vor allem Veröffentlichungen und Kongresse. Diese Förderung kam in der Vergangenheit vielen verschiedenen Verbänden, Projektgruppen und Einrichtungen zugute. Das UBA handelt im Auftrag und mit Geldern des Bundesumweltministeriums. Alle geförderten Projekte werden einer Kontrolle unterworfen (Inhalt der Veröffentlichungen, Tagesprogramme bei Veranstaltungen usw.). Seit Mitte der 90er Jahre gibt es vermehrte Restriktionen von Seiten des Bundesumweltministeriums. Das führte zur Streichung von Mitteln, die bislang vor allem frei organisierten Vorhaben zugute kamen. Zudem wurde die inhaltliche Zensur verschärft.

Beispiele: Zensur bei Förderungen durch das Umweltbundesamt

Beim Jugendumweltkongreß 1996/97 in Berlin, einer von BUNDjugend, Naturschutzjugend und einigen Projektwerkstätten (nach der Einladung waren es alle, was aber nicht stimmte) getragenen Veranstaltung mit ca. 600 TeilnehmerInnen, wurden aus dem vorbereitenden Reader zum Thema "Energie" zwei Kapitel vollständig herauszensiert - zum einen die Vorstellung des Siemens-Boycotts sowie ein Hintergrundbericht zu den CASTOR-Transporten und -Protesten. Zudem wurde offenbar Druck ausgeübt, auf dem Kongreß eine klare Distanzierung von Gewalttaten einschließlich Sabotage und symbolischer Sachbeschädigung zu vollziehen.¹⁵ Für den Kongreß 1997/98 plante das UBA noch weitreichendere Auflagen, nachdem es zunächst die Zuschüsse ganz gesperrt hatte. Dank des guten Kontaktes einiger NaturschutzfunktionärInnen¹⁶ zur Ministerin Angela Merkel gab es dann doch Geld, jedoch viele Auflagen sowie kurz vor dem Kongreß sogar Verbote für einige Arbeitskreise und das Auslagern bestimmter Schriften.¹⁷ Die OrganisatorInnen des JUKB (BUNDjugend, Naturschutzjugend, Jugendumweltbüro Göttingen und Umweltwerkstatt Verden) beugten sich den Vorgaben ohne öffentliche Diskussion (siehe Kap. 3.6).

Zwei Broschüren der Grünen Liga wurden Opfer der Zensur. Aus der "Nachhaltigen Regionalentwicklung" mußte das Kapitel über alternative Währungssysteme gestrichen werden. Die Grüne Liga akzeptierte. Aus der Abfallbroschüre sollten mißliebige Passagen heraus – diesmal blieb die Grüne Liga hart und brachte die Broschüre ohne Förderung heraus.¹⁸

Mehrere Veröffentlichungen aus Projektwerkstätten sollten nach Auffassung des Umweltbundesamtes im Jahr 1997 nicht mehr weitervertrieben werden, weil dort die Adresse der Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen (FöGA) enthalten war. Betroffen waren das Jugendaktionsheft 1997 und die Aktionsmappe Umwelt.¹⁹

Neben dem 1994 vollzogenen Wechsel auf dem Ministerposten (Angela Merkel statt Klaus Töpfer) und einer allgemeinen Verschlechterung der Rahmenbedingungen für Umweltschutzarbeit spielt der Wechsel im Präsidentenamt des UBA eine wichtige Rolle. Nachfolger von Heinrich von Lersner wurde Andreas Troge, der früher beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) beschäftigt war und Mitglied der CDU sowie in deren Fachausschüssen aktiv ist.

Antragstellungen beim UBA müssen ein bis drei Jahre vor dem Bewilligungsraum erfolgen – eine Spanne, die für Projekte unabhängiger Gruppen und kreative Aktionen mit Zeitbezug kaum Chancen läßt.

- Halbstaatliche Stiftungen: Vor allem in den Bundesländern, aber auch auf regionaler bzw. kommunaler Ebene sind etliche Stiftungen entstanden, die sich mehr oder weniger freiwillig eng an den Staat angebonden haben, in dem sie staatlichen Stellen die Geschäftsführung überlassen oder VertreterInnen aus Politik und Verwaltung in die Vergaberäte aufnehmen. Die Vergaberäte sind wichtige Schnittstellen von Staat und etablierten Verbänden. Hier sitzen deren VertreterInnen zusammen und steuern über die Geldvergabe einen wichtigen Teil der Umweltaarbeit. Schwerpunkte sind der klassische Naturschutz, also Arten- und Biotopschutzprojekte sowie die Kinder- und Jugendarbeit im Naturschutz.

Beispiele: Stiftung Hessischer Naturschutz²⁰

Geschäftsführung: Wechselnd BeamtlInnen des Naturschutz- und des Umweltministeriums.

Vorstand: je einE VertreterIn pro Landtagsfraktion, je einE VertreterIn aus Naturschutz-, Finanz- und Wirtschaftsministerium, je einE VertreterIn der anerkannten Naturschutzverbände, je einE VertreterIn ausgewählter Interessenverbände (Bauern-, Waldbesitzerverband).

Deutsche Umweltmarke

Diese relativ neue Geldvergabestelle verteilt die Einnahmen aus dem Umweltsondermarken. Im Vergaberat sitzen Ministeriums- und VerbandsvertreterInnen.

Stiftung Deutsche Jugendmarke

Geldquelle für Jugend-Umweltarbeit. Ähnlich der Umweltmarke, VerbandsvertreterInnen aber aus den großen Jugendverbänden. Projektzuschüsse nur mit Empfehlungen von Regierungsstellen möglich.

- Natur- und Umweltschutzetats: Seit Jahrzehnten stellen die Regierungen für bestimmte Leistungen und Aktivitäten Geldmittel zur Verfügung. Umfangreich sind die Etats für Arten-, Biotopschutzmaßnahmen, Landschaftspflege und naturnahe Landwirtschaft. Die Vergabe läuft in der Regel auf vertraglicher Basis oder in Einzelzuweisungen. Die Eingrenzung auf den konfliktarmen Bereich des klassischen Naturschutzes macht eine zusätzliche Beeinflussung unnötig. Bevorzugt werden staatsnahe Naturschutzgruppen, meist die anerkannten Verbände, und Landschaftspflegevereine, die teilweise wie Firmen arbeiten und die Geldquellen anzapfen, um zum Teil feste Stellen zu schaffen.²²

Auf die Vergabe der Naturschutzmittel haben die Beiräte bei den Naturschutzbehörden Einfluß. Auch dort sitzen die anerkannten Verbände mit Behörden- und ParteivertreterInnen zusammen. Meist herrscht Einigkeit.²³

Im Zusammenhang mit der Agenda 21 ist spürbar, daß erhebliche Finanzmittel auf diese Arbeit konzentriert werden. Wer abweichende Aktivitäten plant, geht leer aus. Die inzwischen sehr umfangreichen Finanzmittel für die Agendaarbeit sind ein wesentlicher Grund, warum diese so boomt. Hauptamtliche Stellen, teilweise erhebliche Sachmittelausstattungen und die Aussicht, Projekte über das Einbinden in die Agendaarbeit gefördert zu bekommen, lassen fast alle UmweltschützerInnen auf den Agenda-Zug aufspringen. Ob die Arbeit als solches überhaupt sinnvoll ist, fragt niemand. Geld regiert die (Um)Welt!

Die Vergabe lokaler oder sehr kleiner Geldmengen liegt oft in der Hand weniger oder gar Einzelner in Geschäftsstellen oder Behörden. Eine Aussage ist daher kaum zu treffen. Auf direktem Weg können auch kleine Gruppen Geld erhalten. Allerdings sind diese kleinen Töpfe zur Zeit am Verschwinden, weil sie die ersten sind, die den Einsparwellen in öffentlichen Haushalten zum Opfer fallen.

- Einzelprojektförderungen: Für Projekte, die an die großen Fördertöpfe wegen ihrer Struktur, den fehlenden Beziehungen oder besonderen Themen nicht herankommen, gibt es nur geringe Geldmittel, z.B. aus den Überschüssen der Lottereeinnahmen der Landesregierungen. Sie werden je nach Bundesland über die Ministerien oder besondere Landesstiftungen verteilt. Auch die Ökofonds von B'90/Grünen sind Einrichtungen, bei denen Einzelanträge Chancen haben. Über sie verteilen besondere Vergaberäte mit Grünen-FunktionärInnen und Grünen-nahe Personen Gelder an Projekte im Umweltschutz oder anderen gesellschaftlichen Bereichen. Einflußnahme findet kaum statt. angenehm ist der weitgehende Verzicht auf eine Einmischung in das geförderte Projekt.²⁴

Sonstige staatliche Förderungen: Viele Gruppen zapfen nicht nur die Umweltetats an, sondern auch soziale oder Jugendfördertöpfe. Die Vergaberichtlinien sind hier meist starrer und es gibt eine klare Bevorzugung der Förderung hauptamtlicher Stellen (Jugendpflege, SozialarbeiterInnen). Wer Geld erhalten will,

muß sich den Rahmenbedingungen anpassen, sich Vergabestellen und -modalitäten unterwerfen und Anerkennungsverfahren durchlaufen, bei denen häufig hohe Mitgliederzahlen oder handlungsbevollmächtigte Vorstände nachgewiesen werden müssen. So werden hierarchische Verbandsstrukturen durchgesetzt. In vielen Fällen sind mit Zuschüssen auch inhaltliche Vorgaben verbunden.

Beispiel: Jugendumweltjahrmarkt in Schleswig-Holstein

Nachdem in den Jahren 1995 und 1996 durch Berichte in der BILD-Zeitung dieses Treffen sehr umstritten war (ein Training zur Gewaltfreiheit wurden in die Nähe von Terrorismusschulungen gestellt), wurden weitere Förderungen an Auflagen gebunden, daß sich solches nicht wiederholen dürfe. Die Ministerien machten diese Auflagen, obwohl sie selbst aussagen, daß sie die Vorgänge nicht kritisch sehen würden und daher die Auflagen eigentlich nicht berechtigt seien. Der öffentliche Druck lasse aber nichts anderes zu. Bemerkenswert war die Wirkung auf die meist jugendlichen OrganisatorInnen der Veranstaltung. Ein erheblicher Teil ließ sich durch die Auflagen tatsächlich dazu bringen, Zensur auszuüben, einige Arbeitskreise und das Aufhängen einiger Plakate zu unterbinden.²⁵

Freiwilliges ökologisches Jahr in Hessen

Von Beginn an war die Form des FÖJ umstritten, vor allem die Projektwerkstätten setzten sich für das Selbstbestimmungsrecht der FÖJlerInnen und gegen Stellen ein, in denen FÖJlerInnen als billige Arbeitskräfte mißbraucht werden sollten. Als Folge wurden die Werkstätten gehindert (z.T. mit Polizei), an den Vorbereitungsgesprächen teilzunehmen. Jugendumwelteinrichtungen, die eine bezahlte FÖJ-Stelle haben wollten, mußten sich fortan von den Positionen der radikalen Werkstätten distanzieren – und das taten 1994 die BUNDjugend und die Umweltwerkstatt Wetterau. Vier Werkstätten blieben kritisch, eine von ihnen, die Projektwerkstatt in Weilburg, änderte das 1997 (siehe Kap. 5.1.3).²⁶

– Institutionelle Förderung: Während Einzelprojektförderungen immer einen inhaltlichen Bezug haben (Förderung für ein bestimmtes Projekt, für einzelne Materialien, Einrichtungsgegenstände oder Arbeitsgeräte), ist unter dem Begriff der institutionellen Förderung eine Zuwendung an die Organisation selbst verbunden, die diese in der Regel für ihre zentralen Aufgaben verwendet (Personal, Verwaltungskosten usw.). Eine solche Förderung erfolgt in der Regel aus festen Haushaltspositionen. Im Umweltschutz ist in fast allen Ländern die Förderung der großen, nach § 29 anerkannten Naturschutzverbände üblich. Offiziell sollen damit ihre Aufwendungen bei Stellungnahmen ersetzt werden. Tatsächlich aber bleibt das Geld auf Landesebene "hängen", wird dort in die Personal- und Verwaltungskosten der Landesgeschäftsstellen oder gesonderter §-29-Koordinationsbüros gesteckt, während die Erarbeitung der Stellungnahmen vor Ort ehrenamtlich erfolgt. Auf Bundesebene wird der Deutsche Naturschutzring seit Jahrzehnten mit mehreren 100.000 DM pro Jahr institutionell gefördert (siehe Kap. 3.3.1). Eine solche Förderung schafft erhebliche Abhängigkeiten, da alle zentralen Vorgänge davon abhängen.²⁷ Institutionelle Förderungen sind in den jeweiligen Landes- und Bundeshaushalten fest ausgewiesen.

Vergleichbare Fälle treten auf regionaler und lokaler Ebene auf, wenn z.B. Umweltzentren dauerhaft gefördert werden. Nach einer Untersuchung über die Trägerschaft von Umweltbildungszentren hat nur ein Drittel gar keinen staatlichen Träger, jedes dritte Zentrum ist zu 100% vom Staat getragen (siehe Kap. 3.5).

In Niedersachsen ist nach der Regierungsübernahme durch SPD und Grüne ein

„Verbändeförderungsgesetz“ geschaffen worden, nachdem an die vier großen Verbände BUND, NABU, Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz und Naturschutzverband Niedersachsen, sowie, mit Einschränkungen, die Jugendaktion Natur- und Umweltschutz Niedersachsen (JANUN) feste Gelder jährlich ausgezahlt werden.

Im Original: Textauszüge zum Verbändeförderungsgesetz, in: BUNDschau 4/94 (S. 24)

Von 1995 an können demnach diejenigen niedersächsischen Umwelt- und Naturschutzverbände mit regelmäßiger finanzieller Unterstützung rechnen, die sich für die Erhaltung und Wiederherstellung der natürlichen Lebensgrundlagen einsetzen. Darüber hinaus müssen sie nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes anerkannt sein, mindestens 5.000 Mitglieder haben und seit fünf Jahren landesweit tätig sein. Nicht gefördert werden Verbände, die neben dem Umwelt- und Naturschutz auch andere Ziele verfolgen. Die staatliche Hilfe soll es den Verbänden ermöglichen, ihren Geschäftsbetrieb zu finanzieren, ...

Text von Carl-Wilhelm Bodenstein-Drexler, BUND-Landesgeschäftsführer (S. 24)

Am Rande der ersten Sitzung des neuen Landtages wurden wir bereits als „bezahlte Kritiker“ von Mitgliedern der Regierungsfraktion begrüßt - noch nicht im Bösen. Zu beachten: Jeder zusätzliche Verein, der satzungsgemäß und in Realität die Kriterien des Gesetzes erfüllt, hat Anspruch auf Förderung. Die begrenzten Mittel würden dann durch eine entsprechend größere Zahl von Verbänden zu teilen sein.

Text von Markus Kaczor (S. 25)

Die Deutung institutioneller Förderung als Abhängigkeit und Verlust von Glaubwürdigkeit wird zu meist nur instrumentell eingesetzt – von Gruppierungen, die sich mit ihren inhaltlichen und/oder strategischen Vorstellungen in der Organisation oder in der Umweltbewegung nicht durchsetzen können und bei der institutionellen Förderung leer ausgehen.

Selbst in der Geschäftsstelle des einst regierungskritischen, unabhängigen Landesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz wird inzwischen die Zusammenarbeit mit dem Land Niedersachsen als besonders wichtig und das Recht, zu Planungen Stellung zu nehmen, als Ehre empfunden. Der LBU wird vom Land institutionell gefördert, die hauptamtlichen Stellen sind von diesen Geldern weitgehend abhängig. Er ist ein klassischer Fall von Anpassung wegen hoher Förderungen, die Geschäftsstelle stellt das neue Machtzentrum des Verbandes da – abhängig vor allem vom Land und ohne Kontrolle durch die Basis. Die Arbeit im Rahmen der Agenda verschärft die Situation zur Zeit erheblich. Sie wird fast immer von Hauptamtlichen betreut und initiiert, die folglich persönliches Interesse daran haben, daß die Umweltschutzarbeit unter dem ihnen den Arbeitsplatz verschaffenden Titel „Agenda“ läuft – und das auch noch möglichst lange.²⁹ Die Agendagelder kommen immer direkt vom Staat, die Agendabüros sind weisungsabhängig von den Kommunen, Ländern oder der Bundesregierung – je nachdem, wo sie angesiedelt sind. Da Agendaprozesse Koordinationsfunktionen übernehmen, in vielen Ort wie Dachverbände wirken, entsteht ein großer Einfluß staatlich bezahlter Hauptamtlicher auf die Umweltgruppen.³⁰

Materielle und personelle Hilfe: Unterstützungen finden nicht nur in Form von Geld statt. Typisch ist die Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten oder Geräten. Wieweit dadurch eine Abhängigkeit entsteht, hängt vom Einzelfall ab. Die Bereitstellung von Geräten und Räumen mit gesicherten langfristigen Kün-

digungsfristen bedeutet, daß im Falle einer Auseinandersetzung keine sofortigen Nachteile angedroht werden können. Auf solche Langfristigkeit sollte daher in einem Vertrag gedrungen werden. Gelingt dieses nicht, kann später z.B. der Entzug genutzter Räume erheblichen Druck aufbauen.

Noch weitreichender ist es, wenn Regierungsstellen gleich die Verbandsarbeit übernehmen, z.B. in der öffentlichen Werbung. Im Ringen um Werbung um jeden Preis lassen sich Verbände und Gruppen mitvermarkten, wenn ihnen selbst die Kapazitäten fehlen.

Beispiel: Verbändeausstellung am Zelt "Der Natur auf der Spur"

Jedes Jahr präsentiert sich das hessische Naturschutzministerium auf dem Hessentag mit einer großen Ausstellung. Dabei wird in einem Zelt eine Landschaft künstlich nachgebaut. Das Projekt verschlingt ca. 200.000 DM, hatte bislang nie örtlichen Bezug und zeigt ein bemerkenswertes Verhältnis zur Natur – statt konkretem Erleben draußen werden Tausende von Menschen an toten Bäumen und ausgestopften Tieren vorbeigeschickt. Die hessischen Naturschutzverbände tragen die Ausstellung mit, sind aber nicht vertreten. Neben einem der Eingänge stellen sich die Naturschutzverbände auf je einer Tafel vor. Die Tafeln werden allerdings nicht von den Verbänden selbst erstellt, sondern von der Landesregierung, die die Verbände vorstellt. Auf der ersten Ausstellungstafel wird behauptet, daß alle hessischen Naturschutzgruppen das Zelt "Der Natur auf der Spur" mittragen. Verschwiegen wird, daß 1995 einige unabhängige Gruppen auf dem Hessentag und im Vorfeld gegen die Geldverschwendung und die Kunstnatur protestiert hatten.³¹ Im Jahr 1997 wurden die Zuschüsse für Umweltgruppen aus Lottomitteln auf insgesamt 600 DM reduziert, da das Zelt "Der Natur auf der Spur" sämtliche Mittel verschlang.³²

Wesentlich schlimmer wirkt sich personelle Hilfe aus – zum einen durch die finanzielle Förderung von hauptamtlichen Kräften (Zuschüsse, ABM, Zivildienststellen und freiwilliges ökologisches Jahr) oder durch die Übernahme von Arbeiten seitens staatlicher Kräfte (z.B. Geschäftsführungstätigkeiten von Landschaftspflegevereinen, Naturschutzzentren). Verheerende Folgen hat die Abstellung staatlich Bediensteter in Leitungsfunktionen von Naturschutzeinrichtungen und -verbänden. In diesem Fall gleicht die Einrichtung einer Abteilung von Behörden und hat keinerlei Eigenständigkeit mehr.

Beispiel: Naturschutzzentrum Hessen

Ca. zehn führende MitarbeiterInnen, darunter der Geschäftsführer, sind nicht Angestellte des NZH, obwohl dieses ein eingetragener Verein ist und daher eigene Kräfte einstellen könnte. Stattdessen sind die Führungspersonen Beamte und Angestellte des Forst- und Naturschutzministeriums. Ihr Dienstvorgesetzter ist der hessische Minister des Innern.

Der Einfluß des NZH auf die Umweltorganisationen in Hessen ist groß: Das Naturschutzzentrum Hessen führt Schulungen für örtliche Vogelschutzbeauftragte und Mitglieder von Naturschutzvereinen durch. Es agiert als Dachverband der Naturschutzverbände und steuert die Mittelvergabe für Naturschutzprojekte. Ebenfalls wie ein Dachverband, aber für die Jugendverbände, arbeitet im Naturschutzzentrum seit Jahren die AG "Hessische Naturschutzjugend", die bei Jugendfördergeldern mitentscheidet.³³

Nordrhein-Westfalen

Das Naturschutzzentrum koordiniert die Bildungstätigkeit der Naturschutzverbände. Es ist gemeinsam getragen vom Land und den drei Verbänden BUND, NABU und dem Landesverband für Natur- und Umweltschutz, aber voll vom Land finanziert. Die Landesanstalt für Ökologie gibt die wichtigste landesweite Naturschutzzeitung des Landes heraus, die fast allen Naturschutzgruppen als Informationsquelle dient.

- Direkte Bestechung: Seltener als die Schaffung langfristig wirkender Abhängigkeit durch staatliche Förderungen ist das Zahlen von Geld für konkrete Gegenleistungen, z.B. den Verzicht auf Naturschutzaktivitäten, vor allem auf Widerstand gegen Großprojekte. Am bekanntesten wurde das "Goldisthal", wo der BUND gegen 7 Mio. Mark eine Klage zurückzog (siehe Kap. 5.2.2).³⁴

Im Original: Auszug aus dem "Spiegel" 14/1997 (S. 58)

Im baden-württembergischen Rastatt verzichteten der Bund für Vogelschutz und der World Wide Fund für Nature auf Einsprüche gegen ein neues Autowerk in den Rheinauen – die Landesregierung überwies daraufhin einen dreistelligen Millionenbetrag; ...

Neben den direkten Verflechtungen ist es im Laufe der Zeit zu einer immer stärkeren Orientierung von Naturschutzaktivitäten auf Geldflüsse gekommen. Gemacht wird nicht, was notwendig, wichtig oder für die aktiven Personen interessant ist, sondern das, wofür es Geld gibt. Damit kann der Staat über Förderprogramme steuern, was die Arbeit von Umweltschutzgruppen ausmacht.

Urkunden, Ehre, Karriere

Was auf den ersten Blick für den Naturschutz förderlich aussieht und von fast allen Umweltverbänden und -gruppen auch angestrebt und positiv beurteilt wird, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als geschicktes Mittel der Loyalisierung, d.h. des Brechens von Kritik und Radikalität: Ehrungen und Preise im Umweltschutz, Karrieremöglichkeiten für Naturschutzfunktionäre sowie zahlreiche andere Möglichkeiten, öffentliche Anerkennung zu erhalten.

Das Ganze hat sich aber erst spät entwickelt, denn zu Beginn der Umweltbewegung standen sich UmweltschützerInnen und Staat (Anti-AKW-Gruppen und Bürgerinitiativen) recht unversöhnlich gegenüber. Ehrungen und Preise gab kaum, eher Berufsverbote und juristische Zwangsmittel. Seit Mitte der 80er Jahre haben Behörden, Parteien und Firmen ihre Strategie deutlich gewandelt. Mit offenen Armen laden sie die Umweltgruppen zur Mitarbeit ein, ehren deren SpitzenfunktionärInnen und schaffen sogar Möglichkeiten, nach aktiver Naturschutzarbeit in den staatlichen Dienst zu wechseln.

- "Inflation" der Umweltpreise: Wer wird nicht gerne geehrt, und das noch nach einer langen Zeit des Umweltengagements, in der man von Medien und Politik ständig angegriffen wurde? Nach der Phase der kämpferischen Auseinandersetzungen in den 70er und 80er Jahren entstanden als Teil der "Umarmungsstrategie" viele Wettbewerbe. Kommunen und Landesregierungen stifteten Preise, auch Firmen und weitere Organisationen bis hin zu Privatpersonen schafften solche Formen der Anerkennung von Umweltschutzleistungen. Die Preise schufen eine Trennung von "guten" und "schlechten" NaturschützerInnen. In einigen Fällen war das auch gewollt, andere Preise entwickelten sich in diese Richtung.³⁵ Jede Preisverleihung zeigt den Menschen, die ein Engagement im Umweltschutz ins Auge fassen, zu zeigen, daß bestimmte Gruppen "erfolgreicher" und "besser" sind, weil sie eben bestimmte Ehrungen erhalten haben.

Geehrt werden ausgewählte Gruppen, vor allem klassische Naturschutzgruppen, die sich mit Artenschutzprojekten oder wirkungslosem Einzelbiotopschutz beschäftigen. Ende der 80er Jahre hatte fast jede Gemeinde ihren Umweltpreis. Schon fünf Jahre später wurden viele von ihnen nicht mehr vergeben. Die Umweltschutzszene war geschwächt, viele Gruppen ganz verschwunden. Dazu hatten die Preise beigetragen. Bewerbungen radikaler Gruppen wurden mit hinteren Plätzen bewertet oder "vergessen" – ein üblicher Weg, da der Rechtsweg ausgeschlossen war und Bewerbungen einfach verschwinden konnten.

Beispiele: 1. Umweltpreise als Trendsetter

Willy-Bauer-Preises 1992: Dieser Preis wurde vom Naturschutzministerium als höchste hessische Auszeichnung für eine/n NaturschützerIn in Hessen geschaffen. Er wurde verliehen an Reinhard Sander für seine Verdienste als Vorsitzender des Deutschen Umwelttages, der eher als Negativereignis Umweltgeschichte machte (siehe Kap. 5.2.2).

Umwelt und Wirtschaft: Die meisten großen Preise heute weisen auf Persönlichkeiten oder Organisationen hin, die Umweltschutz in Betriebe einführen. So wird der Umweltpreis der Deutschen Bundesstiftung Umwelt in der Regel an Firmen verliehen. WWF und Capital benennen jährlich den Öko-Manager des Jahres (in der Regel Großkonzernchefs).

Naturschutz 21: Mit diesem Wettbewerb der Bundesregierung werden Umweltgruppen zum Mitmachen angesprochen. Besonderes Kriterium bei der Preisvergabe sind kooperative Umsetzungsstrategien, also Runde Tische, Agendaprozesse usw. Der Wettbewerb prägt so die Basisarbeit. Die Geschäftsführung (nicht jedoch das Entscheidungsrecht) übernahm im Auftrag von Umweltministerin Merkel der DNR (siehe Kap. 5.1.2).

2. Verleihungen als politischer Kungel

Hessischen Jugend-Naturschutzpreises 1993: Die Jury entschied sich mehrheitlich gegen einen Gemeinschaftsvorschlag aller hessischen Jugend-Umweltverbände und der Projektwerkstätten³⁶ und verlieh den Jugend(!)preis an den ca. 70-jährigen Vorsitzenden eines Vogelschutzvereines, in dem eine Kindergruppe existierte, die schwerpunktmäßig im Artenschutz aktiv war – unter Anleitung von Erwachsenen.

Verleihung des saarländischen Umweltpreises: Umweltminister Jo Leinen (SPD), früher als radikal bekannter Vorsitzender des BBU, verlieh den Preis an die Vereinigten Elektrizitätswerke des Saarlandes (VEW) für Artenschutzmaßnahmen auf ihren Grundstücken. Die VEW gehören der RWE, dem größten Atomkraftwerksbetreiber der Republik.

3. Nichtberücksichtigung mißliebiger Bewerbungen

Naturschutzpreises der Sparkasse Grünberg 1995: Einziger Bewerber mit einem größeren Projekt³⁷ war die Projektwerkstatt im Kreis Gießen (Saasen), in der auch radikale Gruppen arbeiten. Der Wettbewerb fiel aus, die Arbeit wurde als "nicht bewertbar" abgelehnt.

Verleihung des Umweltpreises von GLOBUS Dutenhofen: Neben vielen anderen ging auch eine Bewerbung einer Gruppe aus der Projektwerkstatt in Saasen ein, die gerade erfolgreich daran mitgewirkt hatte, die Ansiedlung eines Globus-Großmarktes "auf der grünen Wiese" zu verhindern. Die Bewerbung wurde "vergessen", die Gruppe nicht benachrichtigt und auch nicht zur Preisverleihung eingeladen.³⁸

Verleihung des Sven-Simon-Preises: Monatlich wurde in der Zeitung "BILD" eine Aktion ausgelobt als MonatssiegerIn. Aus allen wird dann von den LeserInnen der/die JahressiegerIn gewählt. Anfang 1991 wurde Armin Torbecke auserwählt, Mitwirkender in der Jugendumweltbewegung und dort Ideengeber für etliche wichtige Projekte wie das Umweltfestival "AufTakt". Eingereicht hatte er aber ein "nettes" Artenschutzprojekt. Als er die Sponsoren des Preises (Deutsche Bank, Thyssen und Axel Springer) kritisierte und bei der Preisverleihung eine Aktion unter dem Motto "Mobil ohne Auto" vorstellen wollte, wurde eine andere Person zum Preisträger bestimmt und Armin Torbecke nie wieder erwähnt.

Umweltpreisverleihungen haben viele Wirkungen und wurden deshalb schnell zu einer wichtigen Kontaktform zwischen Politik und Industrie auf der einen und

ausgewählten UmweltschützerInnen auf der anderen Seite. Sie verbessern Image der PreisverleiherInnen, die sich als UnterstützerInnen des Umweltschutzes und FreundInnen des/r Geehrten präsentieren können. Außerdem fördern sie die Verbundenheit der Gruppen mit den PreisverleiherInnen, wodurch sie deren Verantwortliche auf einen regierungs-, behörden- oder firmenfreundlichen Kurs festlegen. Zuguterletzt fordern Preise umweltschutzinteressierte Menschen auf, den geehrten und damit offensichtlich erfolgreicher Gruppen beizutreten, statt selbst oder in unabhängigen, radikaleren Gruppen wie BIs aktiv zu werden. Besonders viele Preise gibt es für Jugendliche, um diese zu "mäßigen" und zu "netten" Aktivitäten zu verleiten. Während früher der Druck gegenüber Umweltgruppen oftmals nur deren Stil radikalisierte, bewirkt die öffentliche Ehrung eine Verbindlichkeit, die eine Entradikalisierung fördert.

In den letzten Jahren sind viele Preise wieder gestrichen worden, weil die Zahl von Umweltgruppen soweit zurückgegangen ist, daß eine Verleihung gar nicht mehr möglich war. Einige Gruppen hatten die Situation auch ausgenutzt, unter verschiedenen Namen oder mit verschiedenen Projekten gleich mehrfach an Wettbewerben teilgenommen und aufgrund der geringer werdenden Konkurrenz erhebliche Preisgelder für ihre Arbeit abgeschöpft. Gerade bei unabhängigen Projektgruppen wurden Preisgelder vorübergehend zu einer wesentlichen Einnahmequelle.

- Ehrungen: An Wettbewerben können sich viele beteiligen und ihr Verhalten den Kriterien anpassen – auch wenn nur wenige oder eineR gewinnt. Ehrungen erreichen nur wenige, dennoch hat der Staat auch seine verschiedenen Abzeichen und Orden inzwischen für "verdiente", d.h. loyale, UmweltschützerInnen eingesetzt. In verschiedenen Stufen bis zum Bundesverdienstkreuz vergeben Kommunen, Länder und der Bund Ehrenmedaillen. Solche Orden bringen die geehrten Menschen in den Vordergrund und sollen zeigen, daß diese erfolgreicher, eben einfach "besser" und nachahmenswert sind. Eigentlich müßte eine Ehrung aber genau umgekehrt bewertet werden, denn schließlich sind die Ehrenden (Staat oder Kommune) die Hauptschuldigen an der Umweltzerstörung. Wer sich im Umweltschutz engagiert, muß zwangsläufig in Konflikt mit den Mächtigen kommen. Geehrt würde man dann aber nicht. Trotzdem geschieht das, und jedesmal macht es aus den Geehrten Vorbilder und zeigt die ordenverleihenden PolitikerInnen als scheinbare UnterstützerInnen des Umweltschutzes. Bemerkenswert ist, daß kritische Redebeiträge der Geehrten während ihrer Ehrung sehr selten sind, obwohl gerade hier eine außergewöhnlich gute Öffentlichkeitswirkung vorhanden wäre. Ganz im Gegenteil: Preisverleihungen werden in den Verbänden gefeiert – statt daß es ihnen peinlich ist.

Im Original: Einhard Bezzel³⁹ im Vortrag auf der 20-Jahrfeier der AG Wanderfalkenschutz am 10.11.1985 in Leinfelden-Echterdingen

Wirklich Grund zu feiern? Zweifel sind angebracht, denn die zahlreichen Proklamationen, das sich gegenseitig "Auf-die-Schulter-klopfen", Ordensverleihungen und schöne Worte, die Verdienste der Naturschützer rühmen – all das hat die Zerstörung der Natur nicht aufhalten können. Im Ge-

genteil: Feiern wie diese können von den eigentlichen Problemen ablenken, sind für viele eine Alibi, geben sie doch Gelegenheit, Verbundenheit mit dem Naturschutz zu demonstrieren, ohne wirklich etwas tun zu müssen. Schlimmer noch: Viele glauben nach aufbauenden Sonntagsreden vielleicht wirklich, daß es mit der Natur wieder aufwärts gehe ...

- **Karrieredurchlässigkeit:** Unter diesem Begriff veröffentlichte der Naturschutzbund 1990 ein Ziel seiner Arbeit: Einen direkten Austausch von FunktionsträgerInnen zwischen Staat und Verbänden.

Im Original: Auszug aus der Zeitschrift des NABU Niedersachsen "Naturschutz in Niedersachsen", Nr. 2/90 (S. 15/16)

... Jo Leinen aus dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz im Saarland und Berndt Heydemann vom Landesnaturschutzverband Schleswig-Holstein auf den Ministersessel berufen ...

Der Verbandsnaturschutz muß diese Entwicklung mit Genugtuung aufnehmen. Hier beginnt sich etwas in der Umweltpolitik durchzusetzen, was in der Industrie-, Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Sportpolitik u.a.m. als "Karrieredurchlässigkeit" bezeichnet wird. Diese geht natürlich auch in die andere Richtung: führende Politiker übernehmen nach dem Ausscheiden aus ihren Ämtern Leitungsaufgaben in Verbänden ihres vorherigen Ressortbereichs. ...

Für die Weiterentwicklung des Naturschutzes kann Karrieredurchlässigkeit zwischen Verbänden, Verwaltung und Politik nur förderlich sein. Es ist aber verwunderlich, daß dieses von sehr vielen in Verbänden Tätigen und erst recht von Verbandsfunktionären im Naturschutz nicht so gesehen wird. Sonst würde den wenigen "Umsteigern" aus Verbänden auf Ministersessel oder in Führungsebenen der Verwaltung mehr Vertrauen, Loyalität und vor allem Solidarität begegnet werden, die gerade auf diesen Positionen gebraucht werden. Der Wind, der aus den Naturschutzverbänden weht, sollte doch wärmer sein als der, der aus den anderen Ressorts und Verwaltungsbereichen kommt.

Die eingeforderte personelle Verflechtung von Verbänden und Politik bzw. Verwaltung ist im Gegensatz zu obigem Text durchaus vorhanden. Vor allem ist deutlich zu sehen, daß kein Umweltverband mehr einen politischen Kurs fährt, der Konflikte schafft. Lobbyarbeit ist "in", nicht die öffentliche Auseinandersetzung. Etliche FunktionärInnen von Naturschutzverbänden sind in staatliche Verwaltungen, Regierungen oder Parlamente gewechselt.

Beispiele für "Karrieredurchlässigkeit"

Ende 80er/Anfang 90er Jahre: Mehrere Jahre war Eckard Engert Vorsitzender des BUND Hessen und 1992 auch stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Umwelttages e.V. Er war gleichzeitig Sachgebietsleiter im hessischen Landwirtschaftsministerium.

1988: Der Naturschutzbund-Geschäftsführer in Hessen, Peter Stühlinger, wurde Sachgebietsleiter im Naturschutzministerium in Hessen.

1991: Die stellvertretende BUND-Bundesvorsitzende und Landesverbandschefin in Schleswig-Holstein, Ulrike Mehl, wurde Bundestagsabgeordnete der SPD.

1993: Der bis 1992 als Naturschutzbundpräsident amtierende Klaus Dürkop wurde Umweltministerkandidat der CDU in Schleswig-Holstein. Die CDU verlor jedoch die Wahl.

1996/97: Ex-BUND-Bundesgeschäftsführer Onno Poppinga wird Chef der niedersächsischen Bingo-Lotterie (getragen von der Landesregierung, gesponsort von VW und ADAC). Die Lotterieüberschüsse gehen an Umweltgruppen. Michael Müller, SPD-Bundestagsabgeordneter, wird Bundesvorsitzender der Naturfreunde und Mitglied im Präsidium des DNR. Reinhard Loske vom Wuppertal-Institut (Projektleiter der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland") kandidiert für die Grünen zum Bundestag.

Daß Ämterhäufungen auftreten und SpitzenfunktionärInnen der Verbände gleichzeitig Führungspositionen in Politik oder Verwaltung besetzen, ist eine erhebliche Erschwernis unabhängiger Lobbyarbeit. Die, die Positionen des Naturschutzes gegenüber den Regierungen vertreten sollen, sind selbst Teil der Regierung – kontrollieren sich also selbst. Öffentlicher Druck ist mit ihnen nicht zu erwarten, Flugblätter, Demonstrationen oder Blockaden wären ja gegen sie selbst gerichtet. Kommt das Bestreben hinzu, die "Karrieredurchlässigkeit" weiter zu erhöhen, führt das unweigerlich zu einer noch stärkeren Anpassung, zu vorsichtigem Taktieren und dem Verzicht, öffentlichen Druck auszuüben oder deutliche Kritik in den Lobbygesprächen zu äußern.

"Karrieredurchlässigkeit" gibt es auch in Richtung Wirtschaft. Aktuelle Fälle sind ehemalige Top-Umweltleute wie der ehemalige Hamburger Umweltsenator und Umweltbuchautor Fritz Vahrenholt,⁴¹ der neu im Vorstand der Shell sitzt, und Jens Katzek,⁴² der Anfang 1998 vom Posten des hauptamtlichen Gentechnik-Referenten beim BUND-Bundesverband auf einen gutbezahlten Posten bei der Gentechnikfirma KWS wechselte (siehe Kap. 5.2.1).

Umweltbildung von oben

Einer der wichtigsten Bereich der Machtausübung eines Staates ist die Bildung. Kindergärten, Schulen, Universitäten, Berufsschulen und vieles mehr sind Orte, wo Menschen geformt werden. Der Staat hat diesen Bereich fest in der Hand. Zugelassen wird Bildungsarbeit "freier Träger" oder "freier Schulen" nur, wenn sie sich im vorgegebenen Rahmen bewegt und stark abhängig ist von Zulassungsbehörden und Finanzierungsstellen. Der Rahmen wird über die Unterrichtspläne, Genehmigungsvorschriften für Schulen und anerkannte Bildungsurlaube sowie über die Förderrichtlinien für Seminare festgelegt.

Umweltbildung ist Teil der Bildungsarbeit insgesamt und spiegelt alles wider, was staatliche Bildung insgesamt ausmacht. Sie ist ein Beitrag, die bestehenden Herrschafts- und Ausbeutungsstrukturen zu festigen. Dabei erhält die Umweltbildung aber noch eine zweite Aufgabe, denn Umweltschutz ist eines der Felder, wo anti-staatliches Protestpotential entsteht, weil die Umweltzerstörung eine direkte Folge staatlichen Handelns ist. Umweltbildung soll kanalisieren und beschwichtigen.⁴³

Bildung will das Denken der Menschen beeinflussen. Besonders prägend ist Bildungsarbeit dort, wo Kinder und Jugendliche erfaßt werden, die (noch) Schwierigkeiten haben, ihre eigene Position in der Fülle unterschiedlicher Beeinflussungen zu finden.⁴⁴ Umweltbildung ist zur Zeit bis auf wenige Ausnahmen gezielt eine Beeinflussung weg vom politischen Denken hin zu technischem Sachverstand oder unhinterfragten, erlebnisorientierten Spielen und Erkundungstouren, die keinerlei vertieftes Begreifen zulassen. Zudem gibt es einen Teil der Umweltbildung mit eher therapeutischen Ansatz, z.B. zur Selbstfindung, Wahrnehmung irgendwelcher "inneren Stimmen" (Übergangsbereich zu Mystik und Esoterik).

Der Staat greift in die Umweltbildung stark lenkend ein, wie er überhaupt den Bildungsbereich stark dominiert. Daraus wird deutlich, welche Bedeutung die Mäch-

tigen dem Bereich Bildung beimessen. Es ist eines der zentralen Mittel, Menschen in bestimmte Richtungen zu lenken, vor allem hin zu einer politischen und ökonomischen Orientierung, die die Selbstbestimmung bricht und die Menschen auf ihre jeweiligen Rollen im Ganzen vorbereitet. Umweltbildung dient dabei nur vordergründig als Nebenaspekt. Tatsächlich können natürlich die inhaltsleeren Naturerlebnisspiele, die seit Jahren die Umweltpädagogik dominieren und sich kaum weiterentwickeln, wenig beitragen zu den Fähigkeiten der Menschen, die politisch oder ökonomisch "verwertbar" sind. Aber: Sie haben eine wichtige Ablenkungsfunktion. Umweltbildung ist heute eine Beschäftigungstherapie, wie ja auch andere Mechanismen dieser Art bestehen (Landschaftspflegeverträge mit Umweltgruppen, Agenda-Arbeit usw.). Ein großes Aufgebot von Hauptamtlichen in LehrerInnenfortbildungseinrichtungen sowie die LehrerInnen selbst, hauptamtliche Jugendbildungskräfte, MitarbeiterInnen in Naturschutzzentren und -akademien, in Fachzeitschriften und Verlagen betreibt "Umweltbildung" und sucht so zum einen durch Öffentlichkeitsarbeit sowie zum anderen durch das Abblocken von Alternativen den eigenen Job zu sichern. Alle genannten Kreise sind direkt oder zumindest finanziell vom Staat abhängig. Selbst alternative Tagungshäuser und SeminaranbieterInnen müssen ihre Seminarthemen vor oder nach der Veranstaltung dem Staat vorlegen, wenn sie in den Genuß von Fördergeldern oder der Anerkennung als Bildungsurlaub kommen wollen.

Umweltbildung hat aber noch eine andere Aufgabe. Die bedrohliche Entwicklung der Naturzerstörung und die unmittelbaren Auswirkungen auf uns selbst schaffen einen Handlungsdruck.⁴⁵ Das offensichtliche Desinteresse von Regierung und Konzernen am Umweltschutz könnte zu antistaatlichen Positionen bei Menschen und Gruppen führen. Dem wirkt Umweltbildung entgegen. Sie suggeriert den Menschen, daß der Staat seiner Aufgabe nachkommt, indem er Umweltbildung betreibt. Zielgruppen sind die VerbraucherInnen.⁴⁶ Sie sollen zu umweltgerechtem Verhalten gebracht werden. Dabei sind die Inhalte immer noch auf dem Stand von vor 20 Jahren, nur industriegerechter.⁴⁷ Die Umweltbildung heute steuert die Menschen aber auch in der Wahrnehmung. Sie hat ihren Anteil an der Lebensstilorientierung im Umweltschutz ("Gutes Gefühl statt klarer Positionen"), sie prägt den Blick auf Naturerleben, oft sogar in pervertierter Kunstform, z.B. auf künstlich angelegten Fühlpfaden, in Naturerlebniszelten oder Streichelzoos, wo mich mehr von dem, was zu sehen ist, naturgemäß ist. Umweltbildung fängt ein Protestpotential auf und leitet es auf politisch unwirksame Wege. Trotz zunehmender Umweltbelastung und vermehrtem Wissen darüber, hat das Handeln in den vergangenen Jahren nachgelassen. Das Interesse für Umweltschutz ist so niedrig wie lange nicht mehr – ein beeindruckendes Ergebnis einer entpolitisierenden Arbeit auch in der Umweltbildung.

Beispiel: Zelt "Der Natur auf der Spur", jährlich auf dem Hessentag 10 Tage aufgebaut

Mit LKW und Bagger wird eine künstliche Landschaft geschaffen, abgesägte Bäume in die Erde gesteckt und mit Preßluftstempfern vom Umfallen gehindert. Zwischen eingetopften Büschen, an den Baumstämmen oder über Folienteichen schwimmen, stehen, liegen oder hängen in großer Dichte ausgestopfte Tiere.

5.1.2 Direkte Verflechtungen von Staat und Verbänden

Die beschriebenen Einflüsse auf die Umweltverbände, -gruppen und Einzelaktive sind indirekt, aber wirksam. Es gibt aber auch intensive, direkte Verflechtungen. Auch sie werden nur selten offen gezeigt. Am stärksten betroffen sind die zentralen Gremien der Umweltschutzorganisationen. Durch die hierarchische Struktur wirkt sich dieses verheerend aus, da örtliche oder regionale Gliederungen unter dem gleichen Namen wie der Gesamtverband agieren und somit politische Positionen auch dann mittragen müssen, wenn sie weder gefragt wurden noch diese teilen. Meist werden sie nicht informiert und kennen die Ziele der Lobbyarbeit nicht.

Partei- und Verwaltungsleute in den Verbänden

Die "Karrieredurchlässigkeit" bedeutet zum einen, daß Personen aus Naturschutzverbänden in Regierungsstellen (Politik oder Verwaltung) wechseln. Dieses gelingt dann, wenn enge Kontakte bestehen und der jeweilige Verband von der Regierung als regierungstreu angesehen wird. Es gibt aber zum anderen auch die umgekehrte Richtung, daß vormals nur in Parteien, Regierungen oder Verwaltung beschäftigte Personen in die Verbände einsteigen. Dafür gibt es viele Gründe:

- Wo ständig enge Beziehungen bestehen, sind die Übergänge zwischen Behörden und Umweltgruppen fließend. So können Personen in Ämter gewählt werden, die in beidem aktiv sind.
- PolitikerInnen, die wegen politischer Fehler, Erreichens der Altersgrenze oder Veränderungen" der politischen Mehrheiten "arbeitslos" geworden sind, suchen sich häufig Ehrenämter. Neben den Wohlfahrtsverbänden, sozialen Einrichtungen usw. nehmen auch Naturschutzverbände solche ausgedienten PolitikerInnen auf. Sie versprechen sich von deren Kontakte offensichtlich Vorteile für die eigene Arbeit, manchmal auch einen Imagegewinn durch den bekannten Namen.
- Von seiten der Parteien oder der Verwaltung werden gezielt Personen in Vorstände von Verbänden gebracht, um diese zu beeinflussen. Damit halten sich die Regierungsstellen Kritik vom Leib, zudem sind Verbände eine wichtige Organisationsbasis für Parteien und Staat zwecks Disziplinierung und erweitertem Einflußbereich.

Beispiele: Verwaltungs-, Regierungs- und ParteivertreterInnen in den Verbänden

70/80er Jahre: Sibylle Engel, F.D.P.-Landtagsabgeordnete, und dann Dr. Werner Best, vorher Landwirtschafts- und Umweltminister in Hessen (SPD), prägten als Landesvorsitzende den Deutschen Bund für Vogelschutz (heute: Naturschutzbund). Bis 1991 sorgte vor allem Best dafür, daß der Verband keinerlei umweltpolitische Arbeit leistet.⁴⁸ Seine Führungsposition sichert er durch Aufnahme weiterer Regierungsvertreter. F.W. Georg, Beamter des Forstministeriums, war sein Stellvertreter, der Forstabteilungsleiter im Ministerium, Dr. Dertz, Beisitzer. 1991 wird er durch einen Abwahlenantrag kritischer Basisgruppen gestürzt. Die NachfolgerInnen setzen den staatsnahen und hierarchischen Kurs aber fort.

1975: Gründung des Naturschutzzentrums Hessen. Als Vorstandsmitglieder werden (auch in den Jahren danach) unter anderem berufen: Dr. G. Bovermann als Gründungs-Vorsitzender (ehemaliger Staatssekretär), Hans-Otto Wilke als Vorsitzender, (F.D.P.-Landtagsabgeordneter, zeitweise sogar Fraktionsvorsitzender im Landtag), je ein Abgeordneter der Landtagsfraktionen.⁴⁹

BUND-Bundesverband: Fast alle führenden Personen der letzten Jahre sind Mitglied der SPD (siehe Kap. 3.2.1). Der Sprecher des BUND-AKS Verkehr war von 1987-94 SPD-Mitglied im Bundestag. Der Chemieexperte des BUND ist gleichzeitig Düsseldorfer Umweltdezernent, der Spre-

cher des AK-Energie, Klaus Traube, ist Mitglied der SPD und dort in Kommissionen der Bundespartei tätig. Vor Ort sieht es nicht besser aus: Bis 1986 gab es sogar CSU-Mitglieder und -funktionäre im Bund Naturschutz (Bayern) (siehe Kap. 3.2.1).

Anfang der 80er Jahre: Der Geschäftsführer der Biologischen Schutzgemeinschaft Hunte-Weser-Ems (BSH), Hauptträger des Naturschutzverband Niedersachsen (NVN), ist hauptberuflich Polizist und als Einsatzführer in Gorleben gegen DemonstrantInnen aktiv. Nebenberuflich leitet er die SPD-Fraktion im örtlichen Rathaus.⁵¹

1987-91: Der Jurist und Abteilungsleiter im nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministerium, Hans Scholten, ist Präsident des Naturschutzbund Deutschland.⁵²

Langjähriger Vorsitzender der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald und der Stiftung Wald in Not ist der ehemalige rheinland-pfälzische und thüringische Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU), der Anfang der 80er Jahre im Rahmen der Waldsterbediskussion mehrfach von Untergliederungen vergeblich zum Rücktritt aufgefordert wird, weil er als Politiker (z.B. im Bundesrat) gegen Maßnahmen zur Bekämpfung der Luftverschmutzung eintrat. Als Regierungschef in Rheinland-Pfalz lud er den BASF-Vorstand zu einer Kabinettsitzung ein.⁵³

Der in den 90er Jahren zu einer Art Chef-Theoretiker des Umweltschutzes gewordene Ernst-Ulrich von Weizsäcker ist SPD-Mitglied und dort auch in verschiedenen Funktionen tätig. Sein Wuppertal-Institut wird mit sieben Millionen Mark jährlich vom Land Nordrhein-Westfalen institutionell gefördert. Weizsäcker findet dabei noch Zeit, in verschiedenen Ländern den SPD-Wahlkampf zu unterstützen.⁵⁴

Der Dachverband der deutschen Naturschutzverbände, der Deutsche Naturschutzring (DNR), hat seit 1968 mit dem Präsidenten Prof. Wolfgang Engelhardt sogar einen CSUler an der Spitze. Im Vorstand wirkte zeitweise auch der Präsident des Verbandes der Gebirgs- und Wandervereine, Konrad Schubach, mit. Er war von 1973 bis 1979 CDU-Staatssekretär in Rheinland-Pfalz und propagierte als Vorsitzender des Eifelvereins den Weiterbau der Autobahnen A1 und A60, während er im DNR saß.⁵⁵

Beeindruckend war auch die Führungsriege des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), insbesondere zu dessen Gründungszeiten. Mit von der Partie waren als erster BBU-Vorstandssprecher der F.D.P.-Mann Wüstenhagen, seine Nachfolger Schumacher, Vogt und Leinen gehörten der SPD an. Letzterer wurde schließlich Umweltminister der SPD im Saarland (siehe Kap. 3.3.1). Auch 1998 sind im BBU immer noch fast alle Spitzenämter mit Parteileuten besetzt (vor allem SPD und Grüne, einmal PDS). Allerdings ist die Bedeutung des BBU so gesunken, daß eine gezielte Steuerung unterbleibt.

Im Kuratorium der Stiftung Europäisches Naturerbe sitzt der Ludwigsburger Oberbürgermeister Hans-Jochen Henke.⁵⁶

Im Bundesverband Erneuerbare Energie finden sich je ein CSUler als Ehrenpräsident, Vizepräsident und Beisitzer sowie ein SPDler als Vizepräsident.⁵⁷

Geschäftsführer der Initiative Pro Mehrweg ist Clemens Stroetmann, vorher CDU-Staatssekretär im Bundesumweltministerium.⁵⁸

Vorsitzender der Sielmannstiftung ist Gerhard Frank, vorher 10 Jahre lang Mitglied des bayrischen Landtags.⁵⁹

Im Wissenschaftlichen Beirat des Unabhängigen Instituts für Umweltfragen (UFU) sind von 8 Personen 2 EuropaparlamentarierInnen (SPD und Grüne), 2 MitarbeiterInnen von Bundesumweltbehörden und 3 weitere Staatsangestellte.⁶⁰

Den krasssten Fall einer Verflechtung von Staat und großem Umweltverband bildet die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW), die zudem noch bemerkenswerte Industriekontakte hat (z.B. zum ADAC und zu BMW, obwohl das Waldsterben eines der wichtigsten Themen der SDW ist). Die Liste von SpitzenvertreterInnen der Politik in den Vorständen der Schutzgemeinschaft ist fast endlos und setzt sich in die Untergliederungen fort, d.h. auch in Kreisgruppen usw. herrschen fast ausnahmslos Staatsbedienstete oder PolitikerInnen.

Beispiele: PolitikerInnen in den Gremien der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald

Präsident der SDW ist Wolfgang von Geldern. Von 1976 bis in die 90er Jahre saß er für die CDU im Bundestag, von 1983 bis 1991 war er Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium. Anschließend fungierte er als Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. In seiner Politikkarriere warb er unter anderem für Golfplätze (1986), warb für den Grünen Punkt und setzte sich für Aufforstungen von extensiv oder nicht genutzten landwirtschaftlichen Flächen ein, wodurch wertvolle Biotope zerstört werden.⁶¹

Sein Vorgänger als Präsident war Reinhard Freiherr von Schorlemer, ebenfalls Mitglied im Bundestag. Davor: Bernhard Vogel, CDU-Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz.

Weitere Mitglieder im SDW-Bundesvorstand sind u.a. Oberforstmeister Dr. Joachim Bormeister, Ministerialdirektor Dr. Paul Breloh, Landesforstmeister a.D. Prof. H.J. Fröhlich, Staatssekretär und MdL Ventur Schöttle und MdL Gerd Wendzinski.⁶²

1987 votierte der CDU-Kreisvorsitzende Kurt Rocker (Donnersbergkreis) für die Abholzung von 4 Hektar Eichenwald für die Bundeswehr. Rocker war Landesvorsitzender der SDW.⁶²

Im Jahr 1994 waren u.a. folgende Personen Vorsitzende von Landesverbänden: MdL Schöttle (Baden-Württemberg), MdL Nüssel (Bayern), MdL Grunert (Brandenburg), Landrat Hasheider (Hessen), MdL und Landtagspräsident Prachtl (Mecklenburg-Vorpommern), MdL Wendzinski (Nordrhein-Westfalen), MdL Lippmann (Sachsen) und MdL und Ex-Innenminister Braun (Sachsen-Anhalt).⁶³

Im Original: Text in der Zeitschrift "Unser Wald" zur Bundestagswahl (4/1994, S. 25)

Im Programm der PDS zu suchen, um Umweltversprechen zu finden und diese hier herauszustellen, wäre so wie in anderen Zusammenhängen von Hitlers Autobahnen zu schwärmen. Lassen wir's.

...

Umweltschutz ist nur zügig und erfolgreich und unter Erhalt unserer Freiheit und unseres Wohlstandes im Rahmen der sozialen und ökologischen Marktwirtschaft möglich. ...

Natürlich wählen gehen, sich durch den Stimmzettel quälen und sein Kreuz da machen, wo es einem selbst am wenigsten weh tut. Aber dann nicht aus der Wahlkabine wieder zurück in die private Idylle, sondern Mitglied in einer Partei werden. ... Ein Engagement in einer Partei ist die Fortsetzung des Umweltschutzes mit anderen Mitteln.

Auch bei den konkreten Aktionen lädt die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald bevorzugt SpitzenpolitikerInnen ein, z.B. Landwirtschaftsminister Jürgen Borchert zur Übernahme einer Patenschaft für eine 400jährige Eiche (1993)⁶⁴ sowie lokale und regionale PolitikerInnen bei Pflanzeinsätzen. Im Allenprojekt waren auch der ADAC und Rita Süßmuth dabei.⁶⁵ In Hessen setzte sich die SDW 1994 gegen eine Verschärfung des Naturschutzgesetzes zur naturnahen Waldwirtschaft ein.⁶⁶

Historisches Vorbild vieler Organisationen, mit prominenten PolitikerInnen im Vorstand das eigene Image aufzuwerten, ist der "Club of Rome". Dieser Kreis erlauchter Persönlichkeiten brachte das Thema Umweltschutz Anfang der 70er Jahre mit Buchveröffentlichungen in die Öffentlichkeit. Vorschläge zu tiefgreifenden Änderungen politischer Systeme erfolgen allerdings nie. Und das mit gutem Grund: Im "Club of Rome" sitzen Personen, die selbst SpitzenfunktionärInnen in Politik und Gesellschaft waren und sind (siehe Kap. 3.2.6).

Michail Gorbatschow, Ex-Präsident der Sowjetunion und Club-of-Rome-Mitglied, in einem Interview mit Franz Alt in Publik Forum Nr. 15/97 (S. 20)

Alt: Sollten wir – vielleicht in den nächsten 20 Jahren – alle AKWs schließen?

Gorbatschow: So rasch wird es nicht gehen. Wir haben unsere Erfahrungen mit Tschernobyl offengelegt. Anfangs freilich konnten wir nicht alles offenlegen, weil auch wir nicht alles wußten. Wir haben den Ausbau von AKWs reduziert und die Sicherheit erhöht. Die russischen AKWs gehören heute zu den sichersten der Welt. ... Alle Forschungsergebnisse zeigen, daß wir noch 30 oder 40 Jahre AKWs benötigen werden.

Die personelle Verflechtung ist zwar in den Spitzengremien der Verbände besonders ausgeprägt und wegen der Hierarchie dort sehr effizient, allerdings finden sich vergleichbare Fälle auch auf der regionalen oder lokalen Ebene. Dort wird schneller spürbar, wie konkrete Entscheidungen von Staatsbediensteten oder ParteivertreterInnen beeinflusst und Umweltschutzpositionen entschärft werden .

Beispiele: Aktionstag "Mobil ohne Auto" am 16.6.1996 in Gießen

Verschiedene Verbände planten einen autofreien Sonntag im Lahntal zwischen Marburg und Weilburg. Vielerorts scheiterte das am Widerstand von PolitikerInnen. Eine öffentliche Kritik daran fand nicht statt. Bemerkenswerter waren Auseinandersetzungen innerhalb der Vorbereitungsgruppe. Die zunächst führenden Köpfe waren Carsten Kamphausen (VCD-Funktionär und Hauptamtlicher der grünen Landtagsfraktion in Hessen) sowie Stephan Henrich (BUND Gießen und Angestellter im Planungsamt der Stadt Gießen). Sie setzten durch, daß die Hauptverkehrsadern im Lahntal unangetastet bleiben sollten. Die RadlerInnen hätten sich mit Nebenwegen begnügen müssen. Zudem sollte Ministerpräsident Eichel Schirmherr werden und das Regierungspräsidium Gießen die Aktion koordinieren. Die Projektwerkstatt in Weilburg wollte auf einem Infostand gegen die geplante Umgehungsstraße Stellung beziehen. Am 21.3.96 schickte Kamphausen ein Fax an die Projektwerkstatt:

" ... Über den ehemaligen Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen im Hessischen Landtag, Herrn Hertle, ist dem Ministerpräsidenten des Landes die Schirmherrschaft angetragen worden. ...

Die lokale Verankerung unseres Vorhabens schreitet voran. Es gibt bereits einige Aktionsplanungen, aber wir wünschen uns natürlich eine lebhaftere Aktion, in der der Volksfestcharakter dominiert. ... Ich hoffe, daß aus diesen wenigen Erläuterungen bereits die Richtung der Aktion deutlich wird. ... Genauso, wie ich Euch recht herzlich einlade, an der Umsetzung dieses Anliegens mitzuwirken, bitte ich darum, den Charakter der Aktion nicht durch politische Überladung zu verändern. Die Aktion eignet sich für Informationsstände und lockere Angebote; für Demonstrationen aller Art ist sie nicht geeignet.

Kurz möchte ich zum von Euch angesprochenen Projekt der Teilortsumfahrung Weilburg Stellung nehmen. Es handelt sich um die B 456. Ein Blick in den Bundesverkehrswegeplan informiert darüber, daß diese Umfahrung in den vordringlichen Bedarf aufgenommen ist. Das bedeutet für das Land einen gesetzlichen Planungsauftrag, dem es unbeschadet eines je gegebenen anderen Willens nachkommen muß ... Bei aller gemeinsamen Ablehnung weiteren Straßenbaus bitte ich Euch doch um eine von Voluntarismus freie Darstellung der Tatsachen, was dem politischen Ziel nützt, da es zu politisch richtigen Einschätzungen führt."

Im weiteren Verlauf der Aktionsplanung kommt es zu weiteren Auseinandersetzungen über die Inhalte der Aktion. Am Ende bleibt nur eine größere Aktion in der Stadtmitte von Gießen. BUND-Funktionär Henrich spricht sich in der Vorbereitungsgruppe immer wieder gegen politische Aktionen oder Redebeiträge aus und bemüht sich vor allem, amtierende PolitikerInnen für die Aktion zu gewinnen. So gelingt es ihm, den Gießener Oberbürgermeister Manfred Mutz, der auch Verkehrsdezernent ist, in das Rampenlicht der Presseberichterstattung zu rücken, obwohl Mutz selbst innerhalb seiner Partei (SPD) wegen seiner autoorientierten Politik umstritten ist.

Die grüne Fraktionschefin Karin Hagemann verzichtet aus Protest gegen die Anwesenheit des Umwelt-Aktionsmobils aus der grün-kritischen Projektwerkstatt auf ihren Redebeitrag.⁶⁹

Daß die Einstellung zur Politik und zu führenden PolitikerInnen wenig kritisch ist, dokumentieren viele weitere Vorgänge. Sehr beliebt sind Ehrenmitgliedschaften für PolitikerInnen, also für Personen, die in der Regel nichts oder wenig für den Verband, dessen Ehrenmitglied sie werden, getan haben – aktive Verbandsmitglieder, die politisch agieren, kommen dagegen nur selten in den Genuß solcher Ehrungen, häufiger dagegen in Streit mit den Vorständen. Schirmherrschaften und Grußworte bei Veranstaltungen und symbolische Aktionen sind "in".

Beispiele für Schirmherrschaften von PolitikerInnen

1993: Aktion "Wald erleben, Natur verstehen" der Deutschen Waldjugend Bayern, Schirmherr: Hans Maurer (Bayrischer Forstminister, CSU)⁶⁹

90er Jahre: Umweltmobil aus der Umweltprojektwerkstatt Idar-Oberstein, Schirmherr: Ministerpräsident Kurt Beck (SPD)⁷⁰

1996/97: Jugendumweltkongreß, Schirmherr: Hermann Scheer (SPD-Bundestagsabgeordneter und -Bundesvorstandsmitglied)⁷¹

1997: Der Deutsche Naturschutzring (DNR) führte 1997 im Auftrag des Bundesumweltministeriums (Ministerin Merkel, zuständig auch für die Atompolitik) einen Wettbewerb "Naturschutz 21 Natur braucht Zukunft". Schirmherr war Bundespräsident Roman Herzog.⁷²

Das Jugendumweltnetzwerk Niedersachsen veranstaltete eine Malaktion für Kinder, unter dem Titel Agenda und der Schirmherrschaft der Ministerinnen Griefahn und Alm-Merk.⁷³

Staat und Verbände, gemeinsam "aktiv"

Schirmherrschaften, Grußworte usw. sind typische, aber nicht die einzigen Kontaktformen zwischen UmweltschützerInnen und Politik, ohne daß eine inhaltliche Basis besteht. Die Kooperation verfolgt keine politischen Ziele und wird von beiden Seiten mit dem Ziel eingegangen, das jeweilige Image zu verbessern. PolitikerInnen wollen sich ein ökologisches Image verschaffen und sehen offenbar in den Verbänden eine akzeptable Möglichkeit. Die Verbände schmücken sich mit dem PolitikerInnen, um sich als erfolgreich sowie bei den Mächtigen akzeptiert zu präsentieren. Offenbar ist gar nicht gewollt, als unabhängig zu gelten. Wichtiger ist den Verbänden ein regierungsnahes Image.

Im Original: Brief des damaligen Ministerpräsidenten von Niedersachsen, Ernst Albrecht (CDU), an den Vorsitzenden des DBV, Dr. Fedor Strahl (6.7.88)

Sehr geehrter Herr Dr. Strahl, ich möchte Ihnen nur melden, daß die Neuntöter auch in diesem Jahr auf meinem Grundstück erfolgreich gebrütet haben. Mit besten Grüßen

Auszug aus dem Bericht des Naturschutzbund-Präsidenten Klaus Dürkop über den Besuch des damaligen Bundespräsidenten von Weizsäcker im DBV-Reservat Wallnau

Besuch des Herrn Bundespräsidenten Herrn Richard von Weizsäcker am 22.5.91 in Wallnau (ca. 75 min): Bei meiner Begrüßung will er sich nicht lange mit offiziellen Reden aufhalten, legt den Arm auf meine Schulter und sagt: "Lassen wir das Offizielle, gehen wir ins Naturschutzgebiet!" ... Im Beobachtungsstand, nachdem er die ersten Vögel direkt vor den Sehschlitzen erleben kann, meint der Bundespräsident: "Solch' eine Einrichtung habe ich noch nie gesehen. Ich bin beeindruckt." ... Auf dem Weg zum Turm, vorbei an Süßwasserteichen mit Wasserfröschen: "Wenn ich gewußt hätte, was mich hier erwartet, hätte ich meine Frau mitgenommen." Auf der Aussichtsplattform im Turm bei der Übergabe des Buches "Natur im Wandel der Jahreszeiten": "Das wird meiner Frau eine besondere Freude bereiten. Ich kann mir keinen besseren Nachweis für meinen heutigen Tag auf der Insel Fehmarn vorstellen".

Einladung vom 10.4.1995 zum ersten Spatenstich für das NABU-Informationszentrum "Blumberger Mühle" (Brandenburg)

Anläßlich des 1. Spatenstichs werden ... Umweltminister Matthias Platzeck, Wirtschaftsminister Dr. Burkhard Dreher, Landwirtschaftsminister Edwin Zimmermann, der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Wolfgang Birthler sowie ... zusammenkommen.

Beispiel: Schutz der Elbe und Kooperation mit dem Bundesverkehrsminister (1996)

Ende 1996 verschickte der Naturschutzbund ein Werbemailing. Hintergrund: Der NABU einigte sich mit Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann (CDU) auf einen Kompromiß. Den Titel des Werbeblattes schmückt ein Foto mit dem NABU-Präsidenten Jochen Flasbarth und dem Minister: Hand in Hand und beide lächelnd.

Auszug aus einer Mail von Michael Ganschow, Grüne Liga Brandenburg (1.10.1996), zu der Kooperation des NABU mit Wissmann in Sachen Elbeschutz

Es ist geschafft. Jochen Flasbarth, Präsident eines der großen Naturschutzverbände Deutschlands, hat den erträumten Deal mit der Politik vollzogen. Vorbei an allen kritischen Stimmen im Osten der

Republik - selbst die eigenen Landesverbände wurden nicht mit einbezogen. Dies ist der pure Naturschutzopportunisten, welcher nicht einen Funken einer gesamtgesellschaftlichen Sichtweise erkennen läßt. ... Ein wesentlicher Kritikpunkt heute wie damals war die Opferhaltung von WWF und NABU. Der Havelabschnitt zwischen Brandenburg und Berlin sollte den Renaturierungsideen und den Interessen einiger Verbandsfunktionäre des WWF und des NABU geopfert werden. ... Nun ist alles gekommen, wie es kommen mußte. Ein Jahr ist nach einem großen Kolloquium zum Projekt ... in Potsdam, auf dem es toten Hummer zu essen gab (wie pietätlos, der Hummer ebenfalls von der OTTO-Stiftung finanziert, wo WWF und Nabuvertreter im Vorstand sitzen), und einigen elitären Zusammenkünften der Spitzenfunktionäre mit dem sooo mächtigen Bundesverkehrsminister Wissmann im fernen Bonn vergangen, bis es diese opportunen Funktionäre ein zweites Mal versuchten, ihren politischen Schlingerkurs zugunsten ihres Presseprestiges durch Medien geistern zu lassen. ... Zuguterletzt wurde im Zusammenhang mit dieser Vereinbarung von "den Naturschutzverbänden" gesprochen. Es sei daran erinnert, daß wir nicht einmal informiert wurden und von diesem Skandal erst in der Presse erfuhren.

Beispiel: CASTOR-Streit und NABU-Präsident (März 1997)

Während im Wendland die Auseinandersetzungen um den CASTOR-Transport tobten, machte NABU-Präsident Jochen Flasbarth mit der Atomministerin Angela Merkel einen medienwirksamen Spaziergang – sie kennzeichneten zusammen Brutbäume von Spechten.

Beispiel: BUND-Unterstützung für SPD-Minister in Hessen

Nach der Landtagswahl 1995 in Hessen beendete der bisherige Landwirtschafts- und Naturschutzminister Jörg Jordan (SPD) seine politische Karriere und wechselte in die Wirtschaft. Während unabhängige Gruppen darin keinen Verlust sehen konnten, trauerte der BUND-Landesverband Hessen ihm nach – sie hielten ihn für unersetzlich gut.⁷⁴

Beispiel: NIZ-AG in Hessen

Die Arbeitsgemeinschaft der Naturschutzinformationszentren wurde in Hessen gegründet, um regionale und lokale Umweltzentren miteinander zu vernetzen. Die Koordination lag, wie in Hessen üblich, beim Naturschutzzentrum Hessen (NZH), einer staatlichen Einrichtung, die das aber verschweigt und versucht, als Dachorganisation im Naturschutz, im Jugendnaturschutz und bei der Umweltbildung aufzutreten. Im Dezember 1991 baten die hessischen Umweltwerkstätten darum, künftig an den Treffen teilnehmen zu dürfen. Daraufhin wurde das bereits angesetzte Treffen vom NZH abgesagt und längere Zeit kein neues angesetzt.⁷⁵

Beispiel: Wettbewerb "Naturschutz 21"

1997 führte das Bundesumweltministerium einen Wettbewerb "Naturschutz 21" durch. Partner waren unter anderem der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT), der Bundesverband Deutscher Industrie (BDI), der Deutsche Jagdschutzverband, das Bundesministerium für Verteidigung und das Bundesministerium für Wirtschaft. Mit dabei auch: Der Deutsche Naturschutzring (DNR). Er bekam die Geschäftsführung übertragen und verschickt nun die Broschüren zum Wettbewerb, in dem die genannten Mitträger aufgeführt sind.

Auszüge aus dem Begleitheft zum Wettbewerb: "Naturschutz zielt nicht darauf ab, wirtschaftliches Handeln zu verhindern. ... In Zukunft sind dafür verstärkt intelligente Konzeptionen und vor allem der Wille zur Kooperation zwischen den verschiedenen Interessengruppen notwendig. ... Eckpunkte der Bewertungskriterien: ... Kooperationserfolg, organisatorische Leistung, insbesondere Zusammenführung verschiedenartiger Interessen- und Nutzergruppen (gemeinschaftsstiftender Aspekt). ... Von besonderem Interesse sind kooperative Lösungen im Sinne des Naturschutzes mit verschiedenen Nutzergruppen."

Beispiel: Energie-Sparbuch "Meine Agenda 21" der Verbraucher-Initiative

Zusammen mit der Umwelt- und Atomministerin Angela Merkel führt die Verbraucher-Initiative die Aktion durch. Im Mittelpunkt steht eine Broschüre für Energiesparen im Haushalt. Auszug: "Beim Kauf eines neuen Autos/Motorrades lege ich besonderen Wert auf niedrigen Kraftstoffverbrauch". In der "Verbraucher konkret" 1/98 (S. 14+15) kommt Angela Merkel zu Wort, Kritik an der Bundespolitik fehlt völlig.

Um sich bei den Mächtigen anzubiedern, nutzen die etablierten Verbände noch eine zweite Möglichkeit: Offene Kritik an radikalen Gruppen und deren Methoden.

Im Original: Auszug aus einer Presseinformation des BUND Thüringen zu den Baumbesetzungen in der Nähe von Suhl (vom 20.8.1997)

... U.a. haben wir in der Gegenwart des Leiters der Suhler Polizeiinspektion, Herrn ..., sowie einem weiteren Beamten, mit den Baumbesetzern gesprochen und in ihrem Beisein auch versucht, die verbliebenen Baumbesetzer zur Aufgabe zu überreden.

Auszüge aus einer Erklärung des BUND zu den Auseinandersetzungen während des Baubeginns zur A20 (in: Deutschland-Rundbrief 1/98, S. 18+19)

Als ein Krankenwagen angefordert werden sollte, stellte sich heraus, daß die Polizei nach eigenen Angaben keinen Funkkontakt zur Einsatzzentrale hatte und – wie noch mehrfach an diesem Tag – ein Handy des BUND benutzen mußte. ... Unabhängig von dieser Aktion waren Tage zuvor von Unbekannten Bäume "vernagelt" worden und Stahlstangen in den Moorboden abseits des Waldes gerammt worden. ... In einer Auswertung der Tage wies der BUND darauf hin, daß er sich von jeglichen Gewalttätigkeiten frühzeitig und energisch distanziert hatte ...

Das international größte Ereignis in der Umweltschutzdiskussion war der Erdgipfel von Rio 1992. Parallel zum offiziellen Programm fand ein sogenannter Gegengipfel statt. Das wirkte vielfältig und kritisch. Tatsächlich aber war selbst der von staatlichen Stellen finanziert, je eine Millionen Dollar von der Bundesregierung und der britischen Regierung, 500.000 Dollar von der Präfektur Sao Paulo, eine Million von der Stadt Rio, 800.000 Dollar von einem Erdöl- und einem Stahlkonzern sowie 825.000 Dollar von der UNO.⁷⁶ Während die öffentlichen Medien die Ergebnisse der Rio-Konferenz als Fehlschlag brandmarkten und bundesdeutsche PolitikerInnen enttäuscht waren, fand sich in der Nachbetrachtung des Deutschen Naturschutzringes eine positive Einschätzung.

Im Original: Auszüge aus der Nachbetrachtung des Rio-Gipfels, Autor: DNR-Präsident Prof. Wolfgang Engelhardt (DNR-Kurier 3/92, S. 4/5)

... Trotzdem: Die Klimakonvention beinhaltet weit mehr Verpflichtungen als bisher in der Öffentlichkeit berichtet. Zum Beispiel ... Durch intensive Bemühungen des Bundesumweltministers Klaus Töpfer gelang es, sozusagen in letzter Minute, wenigstens die Formulierung "by all possible means" in die Schlußerklärung hineinzuschreiben. ...

Die Konferenz von Rio hat den hoffnungsvollen Anstoß gegeben, daß die vom Menschen verursachte Umweltkrise unseres Planeten beherrscht und überwunden werden kann. ...

Im nationalen Komitee zur Vorbereitung der Umweltkonferenz wurde der Text der Bundesregierung von den Vertretern des BUND (Hubert Weinzierl), des Naturschutzbundes und des Deutschen Naturschutzringes unterstützt.

Fünf Jahre später arbeiten Regierung, Großkonzerne und Umweltverbände im Nationales Komitee für Nachhaltige Entwicklung wieder gemeinsam am Thema.⁷⁷

Vielen UmweltschützerInnen scheint das Miteinander von Staat und Umweltschutz aber noch gar nicht weit genug zu gehen. So ist der Trend, in den Bundesgeschäftsstellen weitere Personen für Lobby- und Gremienarbeit einzustellen, ungebrochen. Höhepunkt ist der Vorschlag, daß staatliche Stellen (vor allem das auch für Atomenergie zuständige Bundesministerium für Umwelt, BMU) sich zur Aufgabe machen sollen, die Schwächen der Naturschutzverbände auszugleichen.

Im Original: Günter Mitlacher, ehemaliger NABU-Bundesgeschäftsführer in seinem Bericht "Akzeptanz des Naturschutzes – Rolle der Verbände" (S. 43+46, 29)

Ein interessanter Ausweg aus der Lethargie der Verbände könnte der Vorschlag sein, sich Unterstützung von außen zu holen, in dem beispielsweise das BMU eine Vermittlerrolle übernimmt. ...

Vom BMU aufgegriffen werden sollte der Vorschlag, als Initiator und Motor für die weitere Diskussion zwischen den Verbänden zu fungieren.
... erscheint die Einrichtung einer zentralen Ökosponsoring-Agentur der Umweltverbände überlegenswert. ... Die Akzeptanz für ein Engagement der Wirtschaft im Naturschutz könnte weiter gefördert werden, wenn der BMU (ggf. mit den Länderministerien gemeinsam) Initiator solch einer Agentur sein würde, ...

Naturschutz als Alibi für den umweltzerstörenden Staat

Der Staat braucht die Naturschutzverbände. Um die großflächigen und durchgreifenden Zerstörungsprozesse zu verdecken, die sich bis heute ständig steigern (siehe Kap. 3.1), muß er selbst einige Naturschutzprojekte starten, die als Feigenblatt in den Vordergrund rücken. Noch wirksamer ist es, ein gutes Verhältnis zu den Naturschutzverbänden oder, bei KommunalpolitikerInnen, den Gruppen vor Ort zu wahren, um deren Arbeit oder den guten Kontakt (Grußworte, Ehrungen, symbolische Aktionen) als Verschleierung und Imagepflege zu nutzen.

Hubert Weiger, Bund Naturschutz, auf der BUND-Bundesdeligiertenversammlung 1997

Wir müssen verhindern, daß unsere Jugendgruppen für Baumpflanzungen von Bürgermeistern mißbraucht werden, und der am Abend dann den Beschluß fällt, draußen im Großen Flächen zu versiegeln.

Im Original: Auszüge aus der "Gießener Allgemeine" vom 28.9.1990

Vogel- und Naturschutzverein Harbach feiert sein zehnjähriges Bestehen ... Als ersten Gastredner begrüßte Braun den Bürgermeister der Stadt Grünberg – Siegbert Damaschke. Damaschke hob in seiner Rede besonders die Notwendigkeit eines aktiven Vogel- und Naturschutzes in der heutigen Zeit hervor, was in Harbach früh erkannt worden sei und zielgerichtet durchgeführt werde. Gegenüber sonstigen "Schreibtischnaturschützern", so Damaschke,⁷⁸ werde in Harbach nachahmenswerter, effektiver Vogel- und Naturschutz im heimischen Bereich praktiziert. Damaschke ermunterte dazu, die bisherige konstruktive Zusammenarbeit mit dem Magistrat fortzuführen und spendete den Vogelschützern fünf Nistkästen. ...

Der ökologische Marshallplan

Eines der beeindruckendsten Beispiele für die Verflochtenheit von Staat und Naturschutz war der Ökologische Marshallplan. Schon der Begriff zeigte ein eindeutiges Bekenntnis zum bestehenden System, denn der Vorläufer (Marshallplan) diente als Programm für den Aufbau der Bundesrepublik Deutschland bzw. Westeuropas nach dem zweiten Weltkrieg. Der ökologische Marshallplan wurde vor allem von RegierungsvertreterInnen und SpitzenfunktionärInnen der Umweltverbände getragen. An der Basis gab es keine Resonanz, weswegen die Aktion auch kläglich scheiterte. Ihr Ziel war die Einflußnahme auf den Rio-Gipfel 1992 durch Unterschriftensammlungen und Erklärungen sowie die Gründung von Gruppen, die dadurch und durch konkretes Handeln für eine "globale Umweltpartnerschaft" eintraten. Hinter dem ganzen Aufwand steht die GAP Deutschland gGmbH des CDU-Mannes Johannes Karl.⁷⁹ GAP steht für "Global Action Plan" und verkaufte unter anderem Osram-Energiesparlampen, obwohl diese vom Atomkonzern Siemens stammen und viele Umweltgruppen den Siemens-Boykott mittragen.

Im Original: Auszüge aus Werbung und Presstexten zum Ökologischem Marshallplan

Unter dem Motto "Kooperation mit der umweltbewußten Wirtschaft erwünscht" lassen sich auch die Woolworth-Teams einordnen. Auf Anregung des Umweltbeauftragten Günter Wuttke bildeten

sich in 57 der 200 Woolworth-Filialen bislang 66 Öko-Teams. ... (Politische Ökologie, Sept./Okt. '93, S. 36/37)

Der Ökologische Marshallplan ist die erste globale Umweltpartnerschaft zum Schutz der Erde. ... Sie wurde gegründet von Franz Alt, ... Joschka Fischer, Jo Leinen ... Wolfgang Rauls ... (Eigenwerbung).

Auf einen ... Erfolg hofften die Initiatoren des ökologischen Marshallplans - Joschka Fischer und Eva Quistorp von den GRÜNEN, Jo Leinen von der SPD, Wolfgang Rauls von der FDP, Lutz Wicke von der CDU und ...

... der heimliche Kampagnenleiter Franz Alt. ... Konzerne wie AEG oder Gerling würden sich den Öko-Plan "zum Vorbild nehmen". ... im Namen des Umwelt-Dachverbandes "Deutscher Naturschutzring" ihre Unterschrift geleistet ... Der Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) kritisiert in erster Linie die "falsche Schwerpunktsetzung" des globalen Forderungskatalogs. In der Bonner Schaltzentrale wird unter anderem beklagt, daß "der ökologische Umbau der Industriegesellschaft" nicht im Programm stehe, "die Atomenergie nicht ausdrücklich abgelehnt werde" und außerdem viele der Problemlösungen einseitig "auf die Entwicklungsländer" abgewälzt würden.

Noch umfassender ist die Kritik aus dem Öko-Institut in Freiburg: Der ökologische Marshallplan sei "im wesentlichen ein alter Hut", außerdem habe bereits der Titel einen "imperialen Beigeschmack" ... (Politische Ökologie Mai/Juni '94, S. 22)

Was will der "Ökologische Marshallplan" konkret? ... Ursachenerforschung der Tropenwaldzerstörung (Massenarmut, Bevölkerungsexplosion, ...) ... Entwicklung von Bevölkerungstabilisierungsplänen in den Dritte-Welt-Staaten ... (Politische Ökologie Nov./Dez. '93, S. 8/9)

Finanzielle Geberländer werden zur gleichen Zeit ökologische Nehmerländer: ... (Werbeblatt des Ökologischen Marshallplanes)

Joschka Fischer unterstützte den Marshallplan nicht nur mit seinem Namen. Als hessischer Umweltminister schickte er seinen Abteilungsleiter für Grundsatzfragen im Ministerium, Wenzel Mayer, durchs Land schickte, um weitere UnterstützerInnen einzuwerben.⁸⁰ Als Unterzeichner des Marshallplanes fanden sich neben den benannten InitiatorInnen auch NABU-Präsident Jochen Flasbarth und der gesamte DNR-Vorstand.

Verbände als Organisationsstruktur des Staates

Vereine, Verbände, Gewerkschaften und Parteien sind die Stützen des Systems. Jede dieser Gruppen stellt einen "Staat im Staate", die internen Strukturen sind mehr oder weniger identisch, nur die Begriffe ändern sich (Vorstand statt "Regierung", Delegiertenversammlung statt "Parlament"). Verbände und ihre Spitzengremien kontrollieren das politische und Freizeitverhalten der BürgerInnen. Da der Staat über vielfältige Verflechtungen die Verbände beeinflusst, bilden sie den organisatorischen Unterbau der Gesellschaft. Ohne sie würde der Staat nicht funktionieren.

Im Original: Auszug aus den Informationen zur politischen Bildung 256/1997, S. 13

In den fünfziger Jahren stellte sich immer stärker heraus, daß die Stabilität der parlamentarischen Demokratie in beträchtlichem Maße von funktionsfähigen Vereinigungen und Verbänden im gesamten Gesellschaftssystem abhängt.

In der Zeitschrift "Natur und Landschaft"⁸¹ werden die Struktur des Bund Naturschutz in Bayern und der Landesregierung verglichen – sie sind identisch. Im Gegensatz zu einem Netzwerk unabhängiger, unüberschaubarer und kaum kontrollierbarer BürgerInnengruppen und autonomer Projekte sind die großen Verbände

für den Staat besser einschätzbar. Zudem bieten sie mit ihren Hierarchien die Chance, über die Beeinflussung der SpitzenfunktionärInnen und die Besetzung weniger Ämter wesentliche Teile des Verbandes zu bestimmen. Verbände loyalisieren die Menschen, die bei ihnen Mitglied werden. Sie fangen ein Protestpotential auf und kanalisieren es. Das ist im Gedankengut vieler Verbände auch tief verankert. Sie fühlen sich als Partner des Staates, ihre Beteiligung an Planungen empfinden sie als Privileg und rücken Informationen nicht an BürgerInnengruppen heraus. Zwischen Staat und Verbänden läuft ein ständiges Hin und Her zwischen Annäherung und vorsichtiger Kritik, auf die der Staat mit Drohungen (Geldentzug, Kündigung von Räumen oder Imageverlust) und Lockmitteln (unverbindliche Gespräche oder neue Gremien) reagiert. Meist mäßigt diese Doppelstrategie die kritischen Menschen oder spaltet die Gruppe in einen etablierten und einen meist kleineren und dann leichter angreifbaren, radikalen Teil.

Im Original: Aus einer Anfrage der CDU im Landtag bezüglich der Förderung der Jugendaktion Natur- und Umweltschutz Niedersachsen (JANUN) vom 10.10.1990

Ist die Förderung von JANUN darauf zurückzuführen, daß maßgebliche Vorstandspersonen von JANUN im "Jugend- und Kinderrundbrief" Meinungen z.B. dieser Art veröffentlicht haben: "Wir sollten uns fragen, ob ein bißchen Vögel zählen, gegen AKW's demonstrieren und mit Politikern diskutieren, überhaupt etwas bringt. Müssen wir uns nicht fragen, wieviel von unseren Zielen in diesem Staat überhaupt umsetzbar sind? Müssen wir nicht diesen Staat grundsätzlich in Frage stellen? ..."⁸²

Hermann Scheer, bekannt als energiepolitisch aktiver SPD-Bundestagsabgeordneter und von Umweltgruppen gerne hofiert (z.B. als Schirmherr auf dem Jugendumweltkongreß 1996/97, siehe Kap. 3.6), sieht die Parteien als entscheidende Durchsetzungsform für politische Veränderungen.⁸³

Im Original: Auszüge aus dem Text "Mitmischen in der Kommunalpolitik" von Günter Metzges (Umweltwerkstatt Verden)

Wie oben gesagt, gibt es in einem Ort bestimmte ungeschriebene Gesetze, die in den Gesprächen nicht bzw. nur leicht verletzt werden dürfen, wenn Ihr wollt, daß Eure Argumente gehört werden sollen. Dafür gibt es einige Beispiele: Kleidung, Höflichkeit und Ordnung. Dadurch, daß ich mich auf die Ordnungsvorstellungen meines Gegenübers einstelle, signalisiere ich Offenheit auch für seine/ihre Einstellungen.⁸⁴

Seit die Agenda die Umweltschutzarbeit auch der Umweltgruppen selbst prägt, sind die Übergänge zwischen Staat und Umweltschutzgruppen noch fließender geworden. Gruppen übernehmen ständig Aufgaben im Auftrag oder mit freundlicher Unterstützung der Kommunen oder des Staates. Ebenso akzeptieren die Gruppen zunehmend, daß der Staat Teile ihrer Vereinsarbeit erledigt (Öffentlichkeitsarbeit oder Koordination zwischen Umweltgruppen).

Wer als Teil des Staatsapparates agiert, darf diesen nicht übermäßig angreifen. Das kann soweit gehen, daß sich Umweltschutzverbände bewußt politisch zurückhalten, um entweder ihnen genehmen Regierungen nicht zu schaden oder sogar generell schweigen. Der Vorsitzende des Naturschutzverbandes Niedersachsen berichtete, daß der dortige NABU-Landesverband sich selbst eine 100tägige Schweigepflicht zu politischen Fragen vor der Landtagswahl 1998 auferlegt hatte.

Umweltschutzeinrichtungen als Teil des Staates

Was oft nicht nach außen sichtbar wird, ist intern klar erkennbar: Viele, die als Umweltschutzeinrichtungen scheinbar unabhängig agieren, sind tatsächlich Einrichtungen des Staates und von diesem abhängig oder direkt betrieben.

Beispiele sind Naturschutzzentren und -akademien, die ihr Geld fast ausschließlich von Landes- oder Bundesregierung erhalten oder deren Hauptamtliche abgestellte BeamtInnen der Regierung sind. Ebenso ist auch der Dachverband der Umweltverbände, der DNR, haushaltstechnisch direkt ein Teil der Bundesregierung, denn seine Ausgaben und Einnahmen sind als Haushaltstitel dort zu finden.

Das bekannte Wuppertal-Institut, dessen Bücher und Positionen seit Mitte der 90er Jahre die Umweltschutzarbeit stark beeinflussen, ist eine Einrichtung des Landes Nordrhein-Westfalen.⁵⁴

Die in fast allen Bundesländern vorhandenen, nach außen hin als unabhängig auftretenden Akademien und Naturschutzzentren sind meist soweit in die Regierungsverwaltungen eingebunden, daß ihre Abhängigkeit über finanzielle Förderungen in der Regel erheblich hinausgeht. In den Vorständen sitzen mehrheitlich Partei- und Verwaltungsleute, in vielen Fällen sind die hauptamtlichen MitarbeiterInnen, zumindest die zentralen, gar nicht Angestellte der Einrichtungen, sondern der Regierungen, die für diese Tätigkeit nur abgestellt sind. Dienstvorgesetzte bleiben aber die ReferentInnen, AbteilungsleiterInnen der Ministerien und damit der/die MinisterIn selbst. In dieser Mischung der vollständigen Abhängigkeit vom Staat und dem Auftreten im Gewand einer unabhängigen Umweltschutzeinrichtung üben die Akademien und Zentren eine besondere Wirkung aus: Sie sind Schaltstellen bei der Integrationsarbeit, d.h. über sie werden Verbände, Projekte und regionale Einrichtungen an den Staat angebunden und deren Unabhängigkeit untergraben. Über ihren Einfluß bei der Vergabe von Aufträgen, Fördermitteln und Personal binden sie große Teile der Umweltbewegung an sich. Wer Geld oder anderes will, muß sich mit der jeweiligen Einrichtung gut stellen.

Staat und Firmen in Sachen Umweltschutz

Während der Staat radikale Umweltschutzgruppen bekämpft, die angepaßten Verbände für seine Zwecke einsetzt, baut er zu verschiedenen Firmen Kontakte auf, um bestimmte Umweltschutzinhalte gemeinsam zu vertreten. So gibt es gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Abfallentsorgung (Grüner Punkt), der weiteren Nutzung von Atomkraftwerken und der Förderung von Biotechnologie. Bei Biotechnologie und Abfallentsorgung treten CDU-geführte Regierungen gleichlautend mit SPD/Grünen-Regierungen auf.

Beispiel: Bundesregierung und Grüner Punkt

Im Januar 1997 gab das Presseamt der Bundesregierung (BPA) eine Information heraus, in der es für eine Veranstaltung des Dualen System Deutschland warb. Als Kontaktadresse wurde auch das DSD angegeben.

1997 berichtete der Spiegel, daß Ministerien und die Firma Siemens regelmäßig MitarbeiterInnen austauschen, d.h. von Steuergeldern bezahlte BeamtInnen arbeiten für Siemens und Siemens-MitarbeiterInnen führen staatliche Aufgaben aus.⁸⁶

5.1.3 Repression gegen radikale UmweltschützerInnen

Das Doppelspiel von Einbindung und Repression paßt zur angestrebten Spaltung in "gute" und "schlechte" NaturschützerInnen. Während der Staat die einen lobt, fördert, ehrt und gleichzeitig durch Unterwanderung und finanzielle Abhängigkeit kontrolliert, werden alle, die sich diesem Filz entziehen, bekämpft. Dabei zeigt sich, daß der Staat wirksame "Waffen" der Unterdrückung hat und sich auch der von ihm abhängigen Einrichtungen, Verbände und Medien bedient. Ziel ist die Isolation unabhängiger Gruppen. So sollen Menschen, die sich für den Umweltschutz interessieren, in die Arme der staatsnahen Umweltverbände getrieben werden. Die erhalten durch die Unterstützung und öffentliche Imagepflege einen Ruf, erfolgreich und wichtig zu sein. Einzelpersonen oder ganze Gruppen neigen dann dazu, dort Anschluß zu suchen. Unabhängige, kleine und öffentlich ständig in der Schußlinie stehende Gruppen werden gemieden. Die Strategie des Staates funktioniert zur Zeit hervorragend, Beispiele für die angewendeten Mittel gibt es viele:

- Entzug der Gemeinnützigkeit bei Vereinen bis hin zu finanziellem Druck gegen Einzelpersonen (Finanzamt).
- Baurechtliche Verfahren gegen Vereinsheime oder andere Gebäude, bei Zuspitzung auch gegen Einzelpersonen (Bauamt).
- Hausdurchsuchungen, Ingewahrnahme und Verhaftungen, Bußgelder und Strafen (Polizei und Justiz).
- Ausgrenzung von Festen, Märkten, Veranstaltungen, Verbote für Demonstrationen und Infostände. Verbot der Nutzung öffentlicher Gebäude und Plätze.
- Streichung von Zuschüssen und anderen Zuwendungen.
- Gezielte Diffamierungen gegen Gruppen und Einzelpersonen über Presse und Mund-zu-Mund-Propaganda.
- Zensur in Medien, falsche oder einseitig negative Berichterstattung.
- Druck über Eltern, NachbarInnen, Ausbildungsstelle, Schulleitung, ArbeitgeberInnen, Partei- und Vereinsführungen.
- Unterdrückung des Mitspracherechtes auf Anhörungen und Diskussionen.
- Indirekter Druck über Nachteile oder auf Familienangehörige, z.B. Kinder.
- Sachbeschädigung an Gebäuden und Materialien.
- Verhinderung der Auslage von Infomaterial, des Aufhängens von Plakaten oder der Verbreitung von Schriften. Anzeigenboykott gegen unabhängige Medien.

Beispiel: Repressionen gegen die Projektwerkstätten in Stadt und Kreis Gießen

1992: Versuche des Bürgermeisters (damals noch in Hungen), die Projektwerkstatt über Baurecht zu schließen.⁸⁷ Allerdings war er nicht zuständig.

1992: Fristlose Kündigung der Projektwerkstatt durch den Hauseigentümer (NABU), der wenig später den Hungenener Umweltpreis und erhebliche staatliche Förderungen erhielt.⁸⁸

1993: NABU-FunktionärInnen, die 1992 der Projektwerkstatt kündigten, stahlen wesentliche Teile der Einrichtung, um der Projektwerkstatt zu schaden. Darunter war auch Privateigentum der Mitwirkenden in der Werkstatt. Polizei und Justiz lehnten eine Verfolgung ab ("nicht im öffentlichen Interesse"). Partei- und Vereinsbosse am neuen Standort der Projektwerkstatt verweigerten den UmweltschützerInnen Gespräche über Kooperationen. Kleinere Sachbeschädigungen am Haus wurden z.T. im Auftrag aus diesen Kreisen durchgeführt.

1994: Das Finanzamt entzog dem Förderverein die uneingeschränkte Gemeinnützigkeit. Das Bauamt versiegelte auf Bitte der Landesregierung Hessen einige Räume, um ein Treffen zu verhin-

den.⁸⁹ ProjektwerkstattvertreterInnen wurden im Streit um das freiwillige ökologische Jahr in Hessen per Polizei von Veranstaltungen abgehalten und mit Anzeigen eingedeckt (siehe unten). Das Finanzamt Gießen lehnte nach Rücksprache mit der Stadt Gießen die Gemeinnützigkeit eines Vereins ab, der die Selbsthilfe von Obdachlosen fördern sollte (Aufbau eines Bauwagendorfes mit Werkstätten usw.). Infostände in Gießen wurden mit Bußgeldern geahndet (selbst wenn sie angemeldet waren). Auch gegen eine einzelne Person ging das Finanzamt vor und forderte z.B. mehr Steuern als der Gesamtjahresverdienst. Im Sommer kam es zu einem Angriff mit Sense gegen Projektwerkstätten, anschließend sollte das Haus angezündet werden. Polizei stoppte den Täter. Das Verfahren gegen ihn wurde eingestellt, die CDU in Reiskirchen äußerte öffentlich Verständnis für den Anschlag.⁹⁰

1995: Ab diesem Jahr erhielt die Projektwerkstatt keine Zuschüsse mehr aus staatlichen Quellen. Räumungen, Verhaftungen und Polizeiprügeln bei Auseinandersetzungen um einen geplanten Golfplatz. Infostände und Demonstrationen in Gießen wurden mit Hinweis auf die "Gefährdung des Lebens" verboten. Eine kleine, niemanden behindernde Mahnwache von zehn Personen am Rand des Marktplatzes führte zu mehreren Gerichtsverfahren.⁹¹

1996: Das Bauamt Gießen untersagte die Nutzung der Projektwerkstatt in Gießen (grüner Baudezernent) und verhängte gleich noch ein Bußgeld. Die Projektwerkstatt mußte umziehen.⁹² Das Finanzamt Gießen lehnte die Gemeinnützigkeit des Instituts für Ökologie ab, nach einem Ortswechsels des Sitzes kam die Anerkennung sofort durch.

1997: Das Bauamt Kreis Gießen sperrt die überwiegenden Teile der Projektwerkstatt in Saasen. Der Bauantrag für den Anbau eines Raumes an die ehemalige Scheune wird seit zweieinhalb Jahren nicht bearbeitet.⁹³

Viele der genannten Repressionsmittel (und weitere, z.B. Durchsuchungen) treffen unabhängige Gruppen in Deutschland – sowohl im Umweltschutz wie auch bei sozialen Themen, bei Antifa- oder unabhängigen Frauengruppen. Ziel ist, Frustration und Resignation hervorzurufen, zudem aber auch immer wieder anzubieten, nach einem Kurswechsel vom Staat unterstützt zu werden. Die Gruppen stehen oftmals schon nach kurzer Zeit vor der Spaltung, weil diejenigen, die aus größerer Staatsnähe und veränderter Taktik Vorteile erwarten, mit denen in Streit geraten, die einen unabhängigen, in der Sache harten Kurs weiterverfolgen wollen. Streit, Zermürbung und direkte Schwächung sind das Ziel von Repression.

In der Geschichte des Natur- und Umweltschutzes sind die stärksten Repressionen von Seiten des Staates gegen die gerichtet worden, die unabhängig und radikal aufgetreten sind und vor allem Netze aktiver Gruppen gebildet haben: Die Anti-AKW- und Anti-Gentechnik-Bewegung und einige unabhängige Umweltzentren und Projektwerkstätten.

Beispiel: Kurze Chronologie der Auseinandersetzungen um das freiwillige ökologische Jahr in Hessen (1993/94), verändert nach "Projektor" 3/1994, S. 17)⁹⁴

Schon Anfang der 90er Jahre lief in Hessen ein Modellversuch zum FÖJ mit fünf Stellen, eine davon in der Projektwerkstatt im Kreis Gießen (vormals "Alter Bahnhof Trais-Horloff").

Bei der Vorbereitung der endgültigen Einführung des FÖJ (1992/93) wurden UmweltschützerInnen aus Projektwerkstätten mit der falschen Behauptung, es gäbe noch keine Besprechungen, von der Debatte abgehalten. Sie übersandten trotzdem in schriftlicher Form Vorschläge, die insbesondere die Qualität der Arbeitsstellen (ökologische Standards) und das Selbst- und Mitbestimmungsrecht der TeilnehmerInnen am FÖJ betrafen.

Am 18.1.1994 besuchten mehrere UmweltschützerInnen aus den Projektwerkstätten ein ihnen bekannt gewordenes Treffen, kritisierten die bisherigen Regierungskonzepte und brachten eigene Vorschläge ein. Offenbar als Beruhigungsmaßnahme versprach ihnen der zuständige Sachgebietsleiter im Naturschutzministerium, Peter H. Niederelz, daß die Werkstätten je eine oder zwei Stellen erhalten würden. Anschließend schicken die Werkstätten erneut ihre Vorschläge zum FÖJ an das Ministerium.

Am 28. und 29.1.1994 fand eine Tagung zur zukünftigen Umweltbildung in Hessen statt. Veranstalter war das Naturschutzzentrum Hessen mit Sitz in Wetzlar. Keine Projektwerkstatt wurde eingeladen. Dieses Verfahren kritisierten die Werkstätten in einem Brief an die TeilnehmerInnen. Als Reaktion und Bestrafung strich das Ministerium die zugesagte FÖJ-Stelle für die Projektwerkstatt im Kreis Gießen. In einem Telefonat mit Niederelz begründete dieser die Streichung damit, daß es dem Naturschutzzentrum nicht zugemutet werden kann, FÖJ-Einsatzorte zu koordinieren, die dem NZH kritisch gegenüber ständen.⁹⁵

Von Seiten der anderen Projektwerkstätten wurde Niederelz unter Druck gesetzt, von ihm ein Gespräch in Aussicht gestellt, aber nicht durchgeführt. Gegenüber einem Mitwirkenden der Jugend-Umwelt-Info-Stelle in Bad Hersfeld sagte Niederelz zu, die Stelle in der Projektwerkstatt im Kreis Gießen wieder in die Liste aufzunehmen. Das erfolgte aber nie.⁹⁵

Am 12. Mai sollte in der Projektwerkstatt im Kreis Gießen ein bundesweites Koordinierungstreffen der SprecherInnenräte des FÖJ beginnen. Der Ort wurde wegen der zentralen Lage gewählt. Hessische TeilnehmerInnen waren nicht vorgesehen, weil in Hessen die Wahl einer eigenen Interessenvertretung der FÖJ-TeilnehmerInnen nicht vorgesehen war. Am 9. Mai besuchte Peter Niederelz die Projektwerkstatt im Kreis Gießen unter dem vorgeschobenen Grund, weitere Absprachen für den Einsatz als FÖJ-Stelle zu klären. Tatsächlich aber besuchte er schon vorher politische Entscheidungsträger und befragte diese nach politischen GegnerInnen der Projektwerkstatt.⁹⁶ Auch rief er in anderen Ministerien an, die die Tagung finanziell unterstützten. Dort wurde aber der eigentliche Hintergrund der Aktivitäten von Niederelz schnell erkannt und die Projektwerkstatt informiert.⁹⁷ Schließlich fand Niederelz einen Partner im CDU-Kreisbaudezernenten des Landkreises Gießen, Wilfried Schmied. Dieser schickte am Tag des Beginns des Treffens MitarbeiterInnen der Bauabteilung in die Projektwerkstatt, um die Räume des Treffens zu versiegeln. Eine vorherige Ortsbesichtigung fand nicht statt, die Versiegelungsurkunden waren schon geschrieben, als die MitarbeiterInnen das Grundstück erstmals betraten. Wegen Protesten gegen die Versiegelung mußte die Polizei die Aktion absichern. Das Treffen fand dennoch in der Projektwerkstatt in anderen Räumen statt. Die Versiegelungen sind auch vier Jahre später, nicht aufgehoben, ein Antrag auf Aufhebung konnte nicht bearbeitet werden, weil nicht zu klären war, wer warum die Versiegelung verfügt hatte. Ein Mitarbeiter des Bauamtes sagte später aus, daß der Vorgang "die seltsamste Versiegelung" sei, die er je erlebt hätte.⁹⁸

Unter der Androhung der Regierung, deren FÖJ-Stellen zu streichen, stellten sich in den folgenden Tagen die BUNDjugend Hessen und die Umweltwerkstatt Wetterau auf die Seite der Regierung. Damit gelang der Regierung die Spaltung in "Gute" und "Schlechte".

Wenige Wochen später, am 24.5.1994, kam es zu einer Besprechung der FÖJ-Einsatzstellen. Da die Zusagen niemals offiziell aufgehoben wurden, daß Projektwerkstätten als Einsatzstellen zugelassen werden sollten, gingen verschiedene UmweltschützerInnen aus Projektwerkstätten zum Versammlungsort. Dort kritisierten sie das Verhalten der anwesenden FÖJ-Sachbearbeiter (Peter H. Niederelz vom Ministerium und Norbert Lemb vom Naturschutzzentrum Hessen). Beide lehnten eine Debatte ab und setzten die Nichtbefassung damit durch, daß sie ansonsten sofort nach Hause fahren würden. Außer den Projektwerkstätten waren keine Umweltgruppen vertreten. FÖJ-Einsatzstellen gab es nur in Jugendherbergen, Schullandheimen, CVJM-Feriendörfern usw. In der Mittagspause verweigerte der Leiter des Versammlungsortes einem Projektwerkstättler den Zugang zum Mittagessensraum und wurde dabei auch handgreiflich. Der dann gegen ihn gerichtete Satz "Hast Du ein Rad ab?" wurde als Grund genutzt, um mit Hilfe der herbeigerufenen Polizei eine weitere Teilnahme des Kritikers bei der Versammlung zu verhindern. Andere Projektwerkstätten-Mitwirkende verließen daraufhin ebenfalls unter Protest das Treffen. Als Folge reichten die Projektwerkstätten eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Peter H. Niederelz ein.

Im Original: Auszüge aus der Antwort des Abteilungsleiter Wolfgang Ehmcke (Grüner und Ex-Vorstandsmitglied im Naturschutzzentrum Hessen), am 22.7.1994

... Ihre Dienstaufsichtsbeschwerde entbehrt jeder sachlichen Grundlage und wird deshalb zurückgewiesen. ...

Die Auskünfte durch zuständige Stellen des öffentlichen Dienstes über Ihre Eignung als Träger oder Einsatzstelle waren negativ. Nicht zuletzt muß Ihnen die Mitwirkung am "Freiwilligen Ökologischen Jahr Hessen" auch deshalb verwehrt werden, weil erhebliche Zweifel an einer den allgemeinen staatsbürgerlichen Zielen förderlichen Arbeit Ihrer Projektwerkstatt bestehen, die auch für das FÖJ maßgeblich sind. ... Die Feststellung Ihrer Nichteignung als Träger oder Einsatzstelle er-

geht im übrigen in Übereinstimmung mit dem für das Freiwillige Ökologische Jahr zuständigen Bundesministerium.
Bitte wollen Sie dieses Antwortschreiben als abschließend betrachten. ...

Im Verlauf des geschilderten Prozesses gelang es der Regierung, die ihm nahestehenden Naturschutzverbände zu Unterstützern des Kampfes gegen die unabhängigen Projektwerkstätten zu machen. Zunächst konnte die BUNDjugend Hessen und die Umweltwerkstatt Wetterau mit der Androhung, die zugewiesenen Stellen des FÖJ zu streichen, zu Distanzierungen von die Kritik aus der Projektwerkstatt im Kreis Gießen gebracht werden. Treibende Kraft in der BUNDjugend Hessen gegen die Projektwerkstätten war die vom Land Hessen finanzierte BUNDjugend-Bildungsreferentin Sabine Wolters. Sie verneinte auf Nachfrage auch die Existenz eines Briefes der hessischen Umweltverbände an die Landesregierung, in dem sich diese gegen FÖJ-Einsatzstellen in Projektwerkstätten aussprechen.⁹⁹

Im Original: Auszug aus einem wahrscheinlich im Naturschutzzentrum Hessen formulierten Brief der Umweltverbände an die Landesregierung (17.3.94), im Briefkopf mit allen anerkannten Verbänden, Unterzeichner: NABU-Landesvorsitzender Prof. Fritz Jauker¹⁰⁰

Betreff: Freiwilliges ökologisches Jahr, Mittelvergabe ... Grundsätzlich halten die Verbände es für unerträglich, wenn FÖJ-Stellen an Bewerber vergeben werden, die selbst Initiatoren und Betreiber derjenigen Einrichtungen sind, die sich als Standort für eine FÖJ-Maßnahme gemeldet hat. Eine solche Praxis hätte den Charakter einer direkten Alimentierung von Bildungseinrichtungen, deren Qualität und Förderungswürdigkeit sich allein auf die eigene Einschätzung begründet. Sie verbietet sich deshalb von selbst.

Auszug aus der Auswertung einer Umfrage der BUNDjugend bei den Landesjugenden zum Thema Geldförderung durch Landesregierung (7.12.94)

BUNDjugend Hessen ... Probleme mit "Projektwerkstätten, die immer mehr fordern und beim FÖJ das Ministerium (...) geprellt haben"

Mit den obigen Formulierungen waren bestimmte Personen und Einrichtungen gemeint, vor allem die Projektwerkstatt im Kreis Gießen. Das war aus einem internen, handschriftlichen Vermerk des BUND-Geschäftsführers Thomas Norgall zu erkennen, der auf einer Korrektur zum Briefentwurf vorschlug, diese Projektwerkstatt namentlich zu erwähnen. Aus dem Brief geht zudem hervor, daß der Naturschutzbund Deutschland für die Ablehnung der Dienstaufsichtsbeschwerde Angaben über Personen aus Projektwerkstätten an das Ministerium gereicht hatte. Die Ausgrenzung der Projektwerkstätten geschah, obwohl schon deutlich früher sichtbar wurde, daß dort die Jugend-Umweltarbeit am intensivsten lief. Die Verbände, das Ministerium und das Naturschutzzentrum Hessen handelten folglich nach dem Motto: Lieber keine Jugendarbeit als eine unabhängige!

Im Original: Brief des Naturschutzministeriums an die Verbände und das Naturschutzzentrum Hessen (17.10.91), Absender: Abteilungsleiter Kaiser.

... seit ca. einem Jahr häufen sich die Anträge auf finanzielle Unterstützung sogenannter freier Jugendgruppen. Zu nennen sind dabei insbesondere sogenannte Umweltwerkstätten z.B. in Bad Hersfeld ..., eine Projektwerkstatt ..., die z.T. für sich in Anspruch nehmen, ganze Landkreise zu vertreten. Demgegenüber treten die früher bekannten Organisationen wie z.B. die Naturschutzjugend ... oder die BUNDjugend nicht mehr in Erscheinung. ...

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir hierzu Ihre Auffassung mitteilen könnten. ...

5.1.4 Nachhaltige Debatte

– – (Agenda, Zukunftsfähigkeit und Umweltplan)

Spätestens seit Anfang der 90er Jahre ist unübersehbar, daß ein neuer, umfassender Arbeitsschwerpunkt große Teile der Umweltbewegung einnimmt. Verschiedene, wenig präzise Begriffe bezeichnen das Gesamte oder Teile desselben. Ihre Aufzählung steht für den Trend der Umweltbewegung in den 90er Jahren, statt konkreter Aktionen oder Forderungen unklare Debatten zu führen nach dem Motto "Dabeisein ist alles".

Prägende Begriffe

– Dialog: Neuer Stil soll der Dialog bis hin zur Verbrüderung mit den bisherigen Feinden sein, vor allem der Industrie und der Politik. Arbeitskreise, Gremien und viele Einzelvereinbarungen entstehen. Öffentlicher Höhepunkt des Verbrüderungsversuches war der Deutsche Umwelttag 1992, bei dem für alle Industriebranchen (einschließlich den Chemiekonzernen und der Atomindustrie) Platz sein sollte, die Umweltgruppen der Basis aber ausgeladen oder auf unattraktive Plätze abgedrängt wurden (siehe Kap. 5.2.2).

– Konsensorientierte Prozesse: Mit einer Flut von Positionspapieren wird in den Umweltverbänden Anfang der 90er Jahre für einen neuen Stil des Umgangs miteinander geworben. Intern, z.B. zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen verschiedenen Teilen der Organisation, wie auch nach außen werden Runde Tische, Mediationen oder andere moderierte Gespräche gestartet. Konsensual bedeutet, daß als Ziel die Einigung aller dasteht. Damit wird das Ziel, ein möglichst starkes Gegengewicht zu NaturzerstörerInnen zu haben, durch das neue Ziel, deren Partner zu werden, ausgewechselt. Und auch intern gilt: Konflikte sollen gelöst oder vernebelt, auf keinen Fall aber ausgetragen oder gar zugespitzt werden. Entscheidungs"schlachten" und kämpferisches Verhalten nehmen sowohl in den Verbänden als auch zwischen Verbänden einer- und Politik sowie Industrie andererseits ab.¹⁰¹

Moderation bedeutet, daß Gruppenprozesse nicht von Führungsfiguren gelenkt, aber auch nicht aus der Gruppe heraus organisiert werden. Eine in der Regel außenstehende und bezahlte Person bestimmt die Abläufe. Ihre Aufgabe ist es, Diskussionsprozesse zu koordinieren und so zu lenken, daß alle Positionen zu Wort kommen, verstanden werden und dann möglichst faire, ergebnisorientierte Debatten laufen. Im positiven Fall kann dieses auch gelingen, im negativen allerdings übernimmt der/die ModeratorIn nur die Führungsrolle, übt diese aber nicht mit offensichtlich hierarchischen, sondern mit geschickteren, psychologischen Methoden aus. Das kann weit gefährlicher sein als eine offene Hierarchie. ModeratorInnen werden in der Regel durch die jeweils Mächtigen eingesetzt, die erkannt haben, daß Führung besser funktioniert, wenn die Untergebenen nicht nur BefehlsempfängerInnen sind, sondern ihre eigenen Ideen einbringen können und sich so mit dem Ziel, das in der Regel vorgegeben ist, besser identifizieren. Inzwischen werden Moderationstechniken vor allem von den Mächtigen selbst weiterentwickelt.

kelt. ManagerInnen und Führungspersonen sind Zielgruppe von Moderationstrainings und Eigenwerbung der ModeratorInnen.

Beispiele für den Einsatz von Moderation als Führungsmittel

Buchtitel "Führungsaufgabe Moderation" (WRS-Verlag)

Seminar der Organisation "Mehr Demokratie" (1997): "Führen, Leiten, Moderieren".

Auszug aus einem Papier aus der Bildungsgruppe für Ökologie und Selbstbestimmung (Verden, ohne Datum)

... kann Moderation nur glücken, wenn ich weiß, wozu ich da stehe und moderiere – denn, auf der obersten Ebene gibt es keine Regeln mehr, die jede Situation beschreiben, sondern nur noch Prinzipien, die mich in die Lage versetzen, situationsangemessene Regeln zu produzieren.

Moderationsmethoden werden heute in weiten Bereichen der Umweltschutzarbeit angewendet. Dabei wird übersehen, daß sie zwar gruppeninterne Probleme lösen können, aber nicht dazu beitragen, die Selbstbestimmung zu fördern. Stattdessen geraten die Gruppen in die Abhängigkeit geschulter Personen, die die Gruppenprozesse statt einer Organisation "von unten" steuern. Zusätzlich haben Moderationen die Wirkung, daß Bedenken und Ängste (z.B. bei der Vorbereitung von Projekten) durch die ModeratorInnen gestärkt und zum Mittelpunkt des Gruppenprozesses werden. Das führt zu einer Schwächung der Aktionsfähigkeit und verhindert inhaltlich klare und energische Aktionen oder Positionen.¹⁰² Statt Moderationsschulungen sollten diejenigen, die für Selbstverwaltung und Selbstorganisation eintreten, lieber Modelle entwickeln und verbreiten, die Gruppenprozesse ohne solche Fremdsteuerung verbessern.

- Mediation, Zukunftswerkstätten: Die bekanntesten Modelle der konsensualen Prozesse sind durchorganisierte Abläufe, bei denen die TeilnehmerInnen sich nach den Vorgaben derer zu richten haben, die den Prozeß anleiten. Mediationsverfahren wurden erfunden, um zwischenmenschliche Krisen (z.B. in Ehen) zu meistern. Bezahlt von Politik und Wirtschaft wurden die Verfahren so umgebaut, daß sie auch für gesellschaftspolitische Streiffälle nützlich waren.¹⁰³ Auch die Zukunftswerkstätten, ursprünglich erdacht zur Steigerung der Kreativität und Handlungsbereitschaft, werden vielerorts umgebaut zu Konfliktbearbeitungsmethoden. Alle haben ein Ziel: Am Ende soll ein Ergebnis stehen, das alle akzeptieren können.¹⁰⁴ Bei Auseinandersetzungen um Naturzerstörungen ist klar, wie das Ergebnis lauten muß: Die Zerstörung findet statt, vielleicht in einer etwas veränderten Form. Die, die etwas zerstören wollen, bezahlen die ModeratorInnen. Die vorhandene Hierarchie wird per Lohnzahlung auf Personen übertragen, die dank psychologischer Schulung und pseudo-neutralen Standpunkt viel effektiver naturzerstörende Projekte durchsetzen können.

BefürworterInnen von Zukunftswerkstätten¹⁰⁵ und anderen Verfahren beziehen sich bei ihren Beschreibungen der Methode nur auf den theoretischen Ablauf im Optimalfall. Tatsächlich kommen solche Abläufe äußerst selten vor. Die vorkonstruierten Abläufe schränken meist die Kreativität ein, spontane Ideen müssen in das vorgegebene Raster passen. Die vorab erfolgende Einigung, sich auf

den formalen Ablauf einzulassen, nimmt den TeilnehmerInnen den Mut, abweichende Vorschläge zum Verfahren zu machen.

Im Original: Ablauf einer Veranstaltung des DNR, "getarnt" mit dem positiv besetzten Begriff "Zukunftswerkstatt" (das Programm zeigt aber deren klassischen Elemente nicht)

Freitag: 16 Uhr Einführungsreferat ... 17 Uhr Vorstellung von Fallbeispielen ... 18.30 Uhr Klimapolitik Samstag: ... 9.30 Uhr – 12 Uhr Bildung von Arbeitsgruppen zu den Fallbeispielen, Leitung der Arbeitsgruppen ... 13.30 Uhr Vorstellung der Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen ... 15.30 Uhr Schlußfolgerungen ... 16 Uhr Ende der Veranstaltung

Auszüge aus dem Buch "Alternative Berufsfindung" von Martin Kalinowski (1997, Harms-Verlag, S. 31-44)

... Verwirklichungsphase: Die Gruppe kehrt auf den Boden der Tatsachen, Machtverhältnisse und Begrenzungen zurück. Vor dem Hintergrund des Machbaren werden ausgewählte Visionen konkretisiert. ... Phantasiephase: Zu Beginn dieser Phase ist eine geistige Lockerung notwendig. In einer kurzen Pause können zum Beispiel Luftballons verteilt und aufgeblasen werden. Es macht Spaß, damit wie Kinder zu spielen. ... Beispielhafter Zeitplan ... 11:00 Kritik ... 11:45 Pause (Luftballons ...) 12:00 Phantasiephase ... 16:00 Konkretisierung in Kleingruppen 16:30 Vorstellen der Ergebnisse ... 17:15 Aufräumen

Für größere Gruppen ist das Mittel der "Zukunftskonferenz" entwickelt worden. Da die Idee neuer ist, überrascht kaum, daß in ihre Abläufe gleich das Ziel der Konfliktvermittlung einzubauen.¹⁰⁶

Wer hier wie agiert und wo welche Interessenslagen bestehen, läßt sich am Beispiel des geplanten Instituts für Umweltmediation ersehen. Initiator ist die Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen (AGU), ein Verein, in dem in verschiedenen Arbeitskreisen über aktuelle Umweltschutzfragen debattiert wird. Die Mitglieder in den Arbeitsgruppen der AGU stellen je zu einem Viertel die Bundesregierung, die Unternehmen, die Gewerkschaften und die Umweltverbände, wobei bei letzteren auch Naturnutzergruppen vertreten sind (siehe Kap. 3.3.2). Schon diese Mehrheitsverhältnisse machen die Arbeit dort chancenlos, zudem ist die AGU auch insgesamt ohne formales Mitspracherecht, sondern mehr eine Anhörungsstelle der Regierung. Passend zu dieser Struktur (keine Mitbestimmungsrechte; die Umweltschutzgruppen sind an den Rand gedrängt, sie machen aber weiter mit) ist die Idee, von hier aus die Mediation voranzutreiben. Dazu gibt die Bundesstiftung Umwelt das Geld. Diese Stiftung fördert schon seit längerem die Erforschung und Anwendung von Dialogprozessen.

Auszüge aus dem von der AGU bezahlten Gutachten zur Errichtung eines Instituts für Umweltmediation, Gutachter: Horst Zilleßen (S. 20-22)

Die nachfolgenden Angaben und Daten stammen aus einer Untersuchung, die von der MEDIATOR GmbH mit finanzieller Unterstützung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt durchgeführt worden ist. Dabei sind 49 Verfahren dokumentiert und ausgewertet worden, ...

Entsprechend unterschiedlich waren auch die Kosten, die bei den Verfahren angefallen sind. Sie reichen von einigen tausend Mark bei kleineren Vorhaben bis zu fünfhunderttausend Mark bei Verfahren im Zusammenhang mit Großvorhaben. Diese Kosten wurden in fast allen Fällen entweder direkt oder indirekt von der öffentlichen Hand getragen. ... Die Auswertung der fast 50 Verfahren, die dem Bereich Umweltmediation in Deutschland zuzuordnen sind, hat zwei zentrale Problemfelder erkennbar gemacht. Das erste betrifft Schwierigkeiten bei der Durchführung des Verfahrens,

das zweite die Einbindung der Ergebnisse in den Entscheidungsprozeß. Bei der Durchführung des Verfahrens hat sich der hohe Arbeits- und Zeitaufwand als eine Hürde erwiesen, die insbesondere für ressourcenschwache Gruppen wie Umweltverbände und Bürgerinitiativen schwer zu überwinden ist. ...

Viele dieser Amts- und Mandatsträger müssen erst noch lernen, daß diese Verfahren aus ihrer Perspektive eine substanzielle Hilfe bei der Entscheidungsvorbereitung darstellen und keineswegs ihnen die eigene Zuständigkeit für die letztendliche Entscheidung wegnehmen. ... In den letzten Jahren haben in zunehmendem Maße professionelle Mediatoren oder Konfliktmanager aus privaten Beratungs- und Planungsbüros die Organisation und Durchführung dieser Verfahren übernommen.

– NRO (Nichtregierungsorganisation, NGO als englischsprachige Abkürzung): Dieser Begriff wurde im Zuge der Rio-Konferenz 1992 geprägt und schafft einen verbindenden Begriff für alle die Organisationen, die nicht an der Regierung selbst beteiligt sind, aber bestimmte Interessen vertreten. Dazu gehören die Umweltverbände, die Gewerkschaften, Kirchen, alle Firmen und deren Zusammenschlüsse sowie viele mehr. Die Schaffung des Begriffes NRO ist nicht nur eine Bezeichnung, sondern auch eine Denklogik. Die verschiedenen NROs bilden plötzlich etwas Gemeinsames. Einzelne Vorschläge, z.B. im Öko-Vordenker-Blatt "Politische Ökologie", gehen soweit, neben Bundestag und Bundesrat eine Dritte Kammer für die NROs schaffen zu wollen. Die Umweltverbände saßen dann plötzlich mit der Industrie, dem ADAC und anderen in einem Boot. Zusammen mit dem in den letzten Jahren entwickelten Bedürfnis nach Konsens und Dialog gehen die Feindbilder verloren – und damit auch klare Abgrenzungen samt ihrer inhaltlich-politischen Profile. Schlimmer noch ist eine zweite Wirkung: NROs sind zwar nicht die Regierung selbst, treten aber zu den Mächtigen auf die gleiche Ebene – als Berater und Lobbyisten, am liebsten aber als eigenständiger Machtfaktor (Klagerecht, NRO-Parlament usw.). Die deutlichste Abgrenzung verläuft damit zu den "normalen BürgerInnen". Die NROs kämpfen für ihre eigenen Rechte, nicht für die aller Menschen oder lokaler Gruppen. Da sich zudem neue Bündnispartner (eben die anderen NROs) anbieten, geht der Kontakt zur Basis sogar noch zurück. Folge in den großen Umweltverbänden: Die Geschäftsstellen werden mit immer mehr Personal für die Lobby- und Gremienarbeit aufgestockt, während der Kontakt zur Basis verkümmert. Einige der Basisgruppen übernehmen das Denken als NRO und entwickeln auf ihrer Ebene (Land, Region, Kommune) ähnliche Verhaltensweisen, bemühen sich um Posten in Gremien oder beteiligten sich an der Agenda. Wer radikal bleibt, verliert oft den Kontakt zu anderen. Andere agieren weiterhin als Bürgerinitiative, verbleiben als naturkundorientierte Gruppe im Hintergrund oder lösen sich auf.

Im Original: Ulla Peters in ihrem Beitrag "Neue kulturelle Kraft gesucht", in Politische Ökologie Mai '96 (S. 28)

Ist denn ein ungebremstes Anwachsen von lobbyistischen Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) und Gruppen eine angemessene Reaktion auf die verschärfte ökologische und soziale Bedrohung? Wäre es nicht lohnender, die NRO-Aktivitäten von Regierungs- und Industrieaktionen, -dynamiken, -zeitrhythmen und -handlungserfordernissen wieder ein Stück weit zu entkoppeln?

Auszug aus einem Text in der FR vom 24.10.95

Insgesamt ist die Umwelt-„Bewegung“ in einer zwiespältigen Situation. Zum einen haben die Umweltorganisationen sich weitgehend professionalisiert, sind in der Lage, der staatlichen Planung und Exekutive eigene Vorstellungen entgegenzusetzen. Auf reale Utopien wird dafür weitgehend verzichtet. Zum anderen aber „bewegt“ sich nicht mehr. Es fehlt der politische Druck, der die Herrschenden veranlassen könnte, Konzepte – oder Utopien – auch zu realisieren. Mit anderen Worten: Die einst agilen, spontanen und die Massen mobilisierenden Umweltverbände und -initiativen drohen immer mehr zu „Bürohengsten“ zu verkommen. Der Kleinkrieg mit Politik und Administration bindet die Kräfte. Weit verbreitet in den Büros der „non-governmental organizations“ (NGO's) ist die Angst, nicht ernst genommen zu werden, wenn der letzte fachliche und wissenschaftliche Beweis ihrer Position nicht erbracht werden kann. Überhaupt: Allein der Begriff NGO ist bezeichnend – haben Professionalisierung und Anpassung inhaltlich schon so weit geführt, daß nur noch mit solch ausdrücklichen Buchstaben-Kennungen der Unterschied „zum System“ verdeutlicht werden kann?

Christoph Spehr in seinem Buch „Die Ökofalle“ (1996, ProMedia, Wien, S. 125)

Wenn heute einige von einer neuen zukünftigen Elite aus „rationalen“ Unternehmen, VertreterInnen der ökologischen NGOs, „modernen“ Staatsbürokraten und multinationalen Konzernen sprechen, die sich die Führerschaft für weitere gesellschaftliche Entwicklung nehmen wird, dann ist das nicht falsch. Hier findet eine Integration und ein personeller Austausch statt, so wie in der ersten Jahrhunderthälfte die alte Herrschaftselite einzelne Repräsentanten der Sozialdemokratie akzeptierte, aufnahm und mit ihnen zusammenwuchs. Es ist, wie gesagt, eine Art neuer Offizierskaste, die hier entsteht. Effizient im Denken, soldatisch in der Organisation, launig im Kasino und meilenweit getrennt von den Erfahrungen und der Alltagspraxis normaler Menschen. Fähig zur Kritik und zum Widerspruch, wo es um die Verbesserung des kapitalistischen Projektes geht; und persönlich gar nicht mehr in der Lage, Alternativen dazu überhaupt zu denken.

Auszug aus dem Beitrag der Frauen-Fisch-AG in: „Zeitgeist mit Gräten“ (1997, YetiPress, Bremen, S. 48)

Eine wichtige Rolle wird auch Umweltverbänden, Bürgerinitiativen, alternativen Forschungseinrichtungen (sic!) und NGOs aller Formen und Größe zugeschrieben. Unterbelichtet bleibt, wer wozu legitimiert, wie Partizipation im nationalen und internationalen Rahmen „gesichert“ werden sollte, wie Entscheidungsfindungen im kommunalen, regionalen, nationalen und internationalen Rahmen organisiert werden können.

Auszüge aus dem Buch „Vernetzt und verstrickt“ von Elmar Altvater u.a. (1997, Westfälisches Dampfboot, Münster, S. 13, 15 und 25)

NGOs dürfen in „Sandkästen“ spielen, wie Jens Martens (WEED) meint. Ihre Expertise ist allenfalls im Rahmen der Institutionen der „global governance“ gefragt, um umwelt- und sozialpolitisch Porzellan zu kleben, das die Finanz- und Wirtschaftspolitiker zerschlagen. ... Die alten und neuen sozialen Bewegungen sind demnach weder in Deutschland noch in anderen Ländern von der Bildfläche verschwunden, um „den“ NGOs Platz zu machen. Wenn sie alle sich der neuen Typologisierung unterzuordnen hatten, dann schlicht aus politisch pragmatischen Gründen. Nur so konnte von den Segnungen des NGO-Booms in Form von Spenden und Staatsgeldern, medialer, öffentlicher und auch wissenschaftlicher Aufmerksamkeit oder internationaler Anerkennung und Reputation profitiert werden. ...

Die „Zeit der Unschuld“ (Die Zeit vom 6.9.96) ist jedenfalls für die NGOs vorbei. Die Entwicklung eigenständiger Initiativen einer autonomen, regierungsunabhängigen Vernetzung scheint unabdingbar für eine langfristige Perspektive. Andernfalls würden NGOs eine gesellschaftliche Produktivkraft in der „Netzwerkgesellschaft“ sein (oder werden) und allenfalls einen Beitrag zur Symptombehandlung der typischen Schäden von Industriegesellschaften in der Umwelt oder im sozialen Bereich leisten. Ihr Status würde zu dem von zivilgesellschaftlichen Akzeptanzbeschaffern für das Entwicklungsmodell degenerieren, das zu ersetzen oder zu korrigieren NGOs (und neue soziale Bewegungen) ursprünglich angetreten sind.

Auszüge aus dem Rundbrief 2/1997 des Forum Umwelt&Entwicklung (S.12+18)

Die starke Ausrichtung des NRO-Handelns am offiziellen internationalen Konferenzzeschehen, dem von Seiten der einzelnen Regierungen bisher kaum konkrete Taten folgten, schlägt nun auf die NRO selbst zurück. Jetzt sitzen sie – mitgegangen, mitgefangen – in der Kooptationsfalle. Die

vielgepriesene NGO-community gab dementsprechend in New York ein trauriges Bild ab. Die NRO waren "ein Schatten ihrer selbst, geschrumpft auf ein kleines Häufchen konferenzgehärteter Lobbyisten und ein noch kleineres Fähnlein kritischer Warner und Mahner", so Uwe Hoering im Freitag von 4.7.97.

Christa Wichterich vom NRO-Frauenforum bringt das Dilemma der deutschen NRO auf den Punkt: "Die NRO sind als Tiger abgesprungen und als Schoßhündchen gelandet."

- Ökologische Steuerreform: Sie gilt bei den etablierten Umweltverbänden und in der Nachhaltigkeitsdebatte als das zentrale Element einer Veränderung von Rahmenbedingungen für die Wirtschaft hin zu einem nachhaltigen Wachstum. Selbst Parteien wie die F.D.P. erkennen die Notwendigkeit generell an¹⁰⁷ und halten eine Steuer auf umweltbelastende Vorgänge (z.B. Energie- und weiterer Rohstoffverbrauch) für ein marktwirtschaftlich zulässiges Mittel, d.h. eine ökologische Steuerreform ist mit der Marktwirtschaft verträglich. Ziel einer solchen Reform ist es, den Verbrauch von Energie und Rohstoffen zu verteuern. Durch die daraus resultierenden zusätzlichen Einnahmen sollen erstens Umweltschutzinvestitionen gefördert und zum anderen die Kosten der Arbeit gesenkt werden, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Im günstigsten Fall also führt die Steuer zu einer Verringerung der aus Energie- und Rohstoffeinsatz resultierenden Umweltverschmutzung sowie zu einer Sicherung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen. Eine generelle Veränderung der Wirtschaftsstruktur ist nicht zu erwarten, schon gar nicht international. Insofern ist die Steuerreform nützlich, aber nur ein kleiner Schritt. Für diesen wird jetzt ein Jahrzehnt ohne erkennbare Fortschritte gefochten, obwohl seit etlichen Jahren alle Parteien die Reform zumindest in Teilen in ihrem Programm haben.
- Nachhaltigkeit: Diese, vom Wort kaum kritisierbare Zielsetzung ist mißbraucht worden dazu, den vielen konsensualen Prozessen eine inhaltliche Richtung zu geben. Seit dem Erscheinen des Buches "Zukunftsfähiges Deutschland"¹⁰⁸ wächst die Zahl der Gruppen und Gremien, die für bestimmte Themen oder Regionen über die Zukunftsfähigkeit debattieren. In solchen Runden sitzen Politik, Industrie und die großen Umweltverbände in dominierender Stellung. Die Beteiligungsrechte der BürgerInnen werden nicht oder kaum behandelt. Konkrete Ergebnisse fehlen. Schon im Vorbild, der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" fehlt die Kritik an Industrie und Politik fast gänzlich. Schuld sind dort die VerbraucherInnen – die waren ja auch bei der Erstellung der Studie nicht dabei.

Im Original: Auszug aus einem Werbeblatt des BUND-Bundesverbandes zur Studie

Keine der üblichen Langweiler-Studien. Die gelungene Mischung aus "Zählen" und "Erzählen" führt den Leser leicht verständlich in das Thema Nachhaltigkeit ein.¹⁰⁹

- Deregulierung: Die Verbindung, die zwischen der "Dialogbereitschaft der Industrie" und dem Abschaffen von Umweltschutzgesetzen besteht, wird von den Umweltschutzgruppen nicht richtig erkannt oder, um die VerhandlungspartnerInnen nicht zu hart zu kritisieren, verschwiegen. Mit der Andeutung, freiwillig auf Regelungen zugunsten des Umweltschutzes einzugehen,¹¹⁰ haben die Kon-

zerne und die Wirtschaftsflügel der Parteien die Umweltschutzgruppen "eingebelt", so daß spürbare Proteste gegen das Streichen von Umweltschutzgesetzen und -regelungen unterbleiben. Dabei werden zur Zeit die über Jahrzehnte erkämpften, ohnehin noch nicht ausreichenden Rahmenbedingungen für den Umweltschutz binnen kurzer Zeit eliminiert. Die Quoten und Begriffe beim Recycling¹¹¹ von Wertstoffen, die Umweltschutzstandards in vielen Planverfahren, vor allem aber die Mitbestimmungsrechte der Naturschutzstellen, -verbände und BürgerInnen sind erheblich verschlechtert worden (siehe Kap. 3.1). Weitere Gesetzesverschlechterungen sind angekündigt. Statt die bestehenden Gesetze als Druckmittel nach dem Motto zu nutzen: "Erst wenn wir gemeinsame Lösungen verbindlich festgelegt haben, können die dann überflüssigen Gesetze verschwinden", gehen die NaturschützerInnen den umgekehrten Weg und akzeptieren die Aufhebung nach dem Motto: "Aber dann bitte, bitte hinterher auch ernsthaft diskutieren". So stehen sie schon bei Verhandlungsbeginn mit leeren Händen da. Das, was existierte, wurde aufgegeben, ohne daß irgendjemand verbindliche Zusagen gemacht hatte.

- **Nationaler Umweltplan (NUP):** In den Spitzengremien des Umweltschutzes sowie bei den PolitikerInnen ist dieses Mammutprojekt in aller Munde. Ziel ist ein umfassender Katalog von Handlungsleitlinien für die Bundesrepublik. In einem jahrelangen Prozeß sollen dafür Diskussionsrunden von UmweltschützerInnen, Wirtschaft, Politik und Wissenschaft gebildet werden. Der Umweltplan ist die konsequente Weiterentwicklung der laufenden Diskussionen und wird über Jahre fast alle Kräfte der bundeszentralen Strukturen binden. Aktionen "auf der Straße" und öffentlicher Druck werden in dieser Phase der ständigen Debatten und Gremienarbeit kaum mehr möglich sein. Die Umweltverbände werden zu einem Teil der Regierungspolitik – eingebunden in zahlreiche Gremien, in denen sie freundlich behandelt werden, zu den Mächtigen sprechen dürfen, aber eben doch keinerlei formale Mitwirkungsrechte besitzen. Eine Beteiligung der Öffentlichkeit ist gar nicht geplant.

Im Original: Auszug aus einem Schreiben von B '90/GRÜNE vom 26.6.1997 zum NUP

Wir freuen uns, daß das Thema nun zunehmend Eingang in die politische Diskussion auf verschiedenen Ebenen (Bund und Länder) und bei den Umweltverbänden gefunden hat ...

Agenda 21¹¹²

Ebenfalls aus der Rio-Diskussion entstand die Forderung, auf allen Ebenen Diskussionskreise zu bilden, die lokale, regionale oder nationale Leitbilder für eine nachhaltige Entwicklung entwerfen. Die Denkklogik, die den Agenda-Gruppen zugrundeliegt, entspricht der schon dargestellten integrierenden Unverbindlichkeit. Es geht darum, möglichst alle Interessensgruppen an einen Tisch zu bringen und den Dialog sowie am Ende den Konsens zu suchen. Umweltgruppen formulieren selbst als Ziel, mit den regierenden Parteien, die Konzernen, dem ADAC, der IHK usw. einen gemeinsamen Maßnahmenkatalog zu finden und umzusetzen. Das geht an der Realität der unterschiedlichen Interessen weit vorbei, so daß die Agen-

da-21-Kreise überall zu langatmigen Debattierclubs geworden sind, die konkret wenig bewegen. Zudem läuft der Agenda-Prozeß an der Mehrheit der Menschen vorbei. Irgendwelche selbsternannten LobbyistInnen sitzen am Tisch und pflegen den Dialog. Die Umweltverbände sind durch die Agenda nun in scheinbar wichtigen Zirkeln dabei und feiern es als Erfolg, endlich auch zu den Privilegierten zu gehören, während die "normalen" Menschen außen vor bleiben. Kein Umweltverband tritt für die Öffentlichkeit ein, alle sind nur bemüht, selbst dabei zu sein. Der tatsächliche Text der Agenda 21 ist den meisten AkteurInnen nicht bekannt. Es erregt auch keinen Verdacht, daß dieser Text von den Staats- und RegierungschefInnen der Welt verabschiedet wurde. Was da rauskam, dürfte eigentlich nicht überraschen: Eine klare Befürwortung der Gentechnologie und eine positive Haltung zur Atomkraft. Selbst das Versenken des Atommülls im Meer wird in der Agenda als noch zu klärende Frage offengelassen. Die Mitbestimmungsrechte der BürgerInnen sollen der Stärkung der Privatwirtschaft weichen. Schon in der Präambel wird gefordert, daß der Lebensstandard aller Menschen verbessert werden soll, also auch der ohnehin schon Reichen.

Im Original: Auszug aus einer Rede von Ralf Strobach, BIU Hannover, bei der Auftaktveranstaltung der Lokalen Agenda 21 am 23.4.96 in Hannover

Also, eins muß einem klar sein: Einfach ein Hannoverprogramm 2001 schreiben, 150 Millionen Mark als Kredit aufnehmen, reinpacken, was für die Expo nötig ist und noch was, was man sowieso macht, dann bunt bebildern und Nachhaltige Entwicklung draufetikettieren, so kann's ja wohl nicht gehen. Wer die Lokale Agenda 21 als Politik-Recycling versteht, wenn alte Politik nur unter neuem Namen verpackt wird, um sie besser verkaufen zu können, dann können wir den Abend gleich beenden.

Auszüge aus einem Text von Jörg Bergstedt, Olaf Nitsch und Jutta Sundermann (veröffentlicht u.a. in *Contraste* Jan. 98, S. 4 und *alaska* Dez. 97, S. 29-31)

... Agenda-Kritik Nr. 1: 90 Prozent Worthülsen und "Blabla"

Umweltorganisationen wissen natürlich, daß es sich bei der Agenda 21 um das Hunderte von Seiten starke Schlußdokument des Welt-Umweltgipfels 1992 in Rio handelt. Darin beschlossen VertreterInnen von Regierungen, Nichtregierungsorganisationen (NRO, lieber aber NGO in der englischen Variante) sowie Wirtschaftsveteranen ihr Verhandlungsergebnis. Erst 1994 übersetzte das deutsche Umweltministerium das Papier vollständig und brachte den Wälzer in Umlauf. Zu verschiedenen Umweltthemen sind Entwicklungsperspektiven aufgeführt. Nur das kürzeste Kapitel der Agenda 21, das 28. von insgesamt 40, widmet sich der Umsetzung vor Ort und wurde zur Aktionsgrundlage für immer mehr Umweltgruppen überall im Land. Doch als "Lokale Agenda" agieren sie zwangsweise ohne konkrete Ziele, weil alles, was uns die Agenda 21 sagen will, nicht etwa kurz und deutlich ausgedrückt ist. Ihre VerfasserInnen haben das meiste von vorne bis hinten übelst verklausuliert und garantieren auch so (neben dem Umfang des Werkes und dem Namen), daß kaum ein normaler Mensch sich diese Wortverknüpfereien zu Gemüte führen wird. Ein Beispiel gefällig?: "(...) Die Staaten sollen, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit den einschlägigen internationalen Organisationen, a) ... b) im Rahmen des Londoner Dumping-Übereinkommen (...) darauf hinwirken, daß die Bemühungen um die Beendigung der Untersuchungen über einen Ersatz des freiwilligen Moratoriums über die Einbringung schwachradioaktiver Abfälle ins Meer durch ein Verbot unter Berücksichtigung des Vorsorgegrundsatzes beschleunigt werden, damit eine gut informierte und baldige Entscheidung in dieser Frage getroffen werden kann. (...)"

Agenda-Kritik Nr. 2: 10 Prozent falsche Ziele

Fast scheint es, als ob die Umweltbewegten, die in Sachen Agenda 21 Bündnisse schmieden, diskutieren und Presseinformationen verfassen, selbst das Buch nicht gelesen hätten. Oder würden sie sonst so viel Kraft in ein Werk stecken, das Gentechnik und Atomenergie befürwortet? In je einem

eigenen Kapitel wird hier herausgearbeitet, daß in der Gentechnik die Zukunft von Medizin und Welternährung liegt, während ebenfalls ausführlich von der Notwendigkeit sicherer Atomwütransporte und -lagerung gesprochen wird (ohne daß auch nur ein Halbsatz zum Thema Ausstieg aus der Atomenergie zu finden ist). Atomkraftwerke sollen weltweit auf den modernsten technischen Standard gebracht werden. Und noch ein Kapitel in der Agenda müßte UmweltschützerInnen die Haare zu Berge stehen lassen: Zur Förderung der Privatwirtschaft sollen Beteiligungsrechte in Umweltdingen eingeschränkt werden. Die Industrie soll bei der politischen Beteiligung bevorzugt werden, nirgends sind die Formulierungen so weitgehend wie in diesem Kapitel. Frauen, Kinder, ArbeitnehmerInnen – ihnen allen ist ein Kapitel mit netten Sprüchen gewidmet, nur bei der Beteiligung der Industrie finden sich konkretere Positionen. Danach sollen Unternehmen zukünftig gleichberechtigt mit PolitikerInnen die Zukunft des Landes bestimmen.

Agenda-Kritik Nr. 3: Lokale Bürgerbeteiligung ist gar nicht gewünscht

Daß in der Agenda ein Aufruf zu einer "Lokalen Agenda" enthalten sei, bei deren Bearbeitung die BürgerInnen gleichberechtigt mitreden sollen, ist schlicht erfunden. Tatsächlich sind die Kommunen nur aufgerufen, mit den BürgerInnen (und der Wirtschaft, das wird gleich mitbenannt!) zu reden, um deren Wissen für die eigene Arbeit verfügbar zu machen. Zitat aus Kapitel 28: "Jede Kommunalverwaltung soll in einen Dialog mit ihren Bürgern, örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft eintreten und eine 'kommunale Agenda 21' beschließen".

Agenda-Kritik Nr. 4: Wir verlieren unser klares Profil

Bundesatom- und -umweltministerin Angela Merkel weiß, was sie an der Agenda hat. Wenn sie (wie im Dezember 1996) einlädt, bundesweite Agenda-Arbeitskreise zu gründen, kommen illustre Gäste aus Wirtschaft (Chemie-/Auto-), Wissenschaft, Ministerien und Verbänden (BUND, Grüne Liga, Beamtenbund...). Dort, wo die Lokale Agenda vor Ort zum Thema wird, kommen am "Runden Tisch" ebenfalls Vertreter aus Parteien, Wirtschaft, Kirchen, Verbänden usw. zusammen. Muß das nicht stützig machen? Die Vertreter der härtesten, umweltzerstörenden Industrie brauchen vom Agenda 21-Prozeß nichts zu fürchten. Überall geht dort der Dialog vor. Es gibt tatsächlich keine Passage im Rio-Dokument, die die Großindustrie grundsätzlich in Frage stellt oder auch nur kritisiert. Der Schutz der Menschenrechte angesichts eines liberalisierten Welthandels gerät z.B. vollständig unter die Räder, kommt in der Agenda nicht vor.

Dafür läuft die Expo 2000 in Hannover als Agenda-Projekt – das ist doch was zum Aufschauen für die kleinen UmweltschützerInnen, die ein solch großen Umweltprojekt, für das so viel gebaut und umgekrempelt wird, niemals hinkriegen würden. Ein weltweites Happening mit dem Agenda Banner – "Das, was zu tun ist." (Übersetzung von "agenda").

Agenda-Kritik Nr. 5: UmweltschützerInnen werden beschäftigt

Die Agenda 21 enthält viele Seiten mit vielen Kapiteln mit vielen, vielen Worten. Die Agenda-Bündnisse zeichnen sich ebenfalls vor allem durch viele Worte aus. Das merken immer mehr Menschen und Medien, ohne daß die Agenda-Begeisterung bisher merklich abgenommen hätte: "Einen Aufstand muß man machen, und nicht nur von ihm reden. Bisher wurde viel geredet, unglaublich wenig gemacht, obwohl es unzählige Menschen gibt, die sich für nachhaltige Politiken und Projekte einsetzen" (Politische Ökologie 5/96). Frankfurter Rundschau vom 24.10.95: "Die einst agilen, spontanen und die Massen mobilisierenden Umweltverbände und -initiativen drohen immer mehr zu Bürohengsten zu verkommen. Der Kleinkrieg mit Politik und Administration bindet die Kräfte..."

Agenda-Kritik Nr. 6: Alle werden verarscht!

Agenda ist ein Mythos geworden. Dafür wurde gelogen, daß sich die Balken biegen. Die Kritik von 1992 wurde ausgeblendet. Selbst die Nachfolgekonferenzen von 1995-97 haben keinen Verdacht geschürt, daß die Sache vielleicht grundsätzlich faul ist. Der Mythos ist Ergebnis einer Darstellung der Agenda zunächst von Seiten der Mächtigen, dann der typischen MitläuferInnen (LobbyistInnen, auch die Umweltverbände) und schließlich einer immer breiteren Szene von Menschen und Institutionen, die mit dem Begriff Agenda inzwischen gutes Geld machen: Verlage, ModeratorenInnen, Bildungseinrichtungen. Der Blick in die Hefte, die die Agenda vorstellen, ist offenbar überall vernebelt. Sonst müßte auffallen, daß fast ausnahmslos bei der Vorstellung der Inhalte nicht nur Dinge gesagt werden, die so nicht in der Agenda stehen (z.B. die Beteiligungsrechte von BürgerInnen).

nen), sondern vor allem auch die kritischen Texte einfach weggelassen werden. In der Agenda wird der Ausbau der Atom- und der Gentechnologie in zwei umfangreichen Kapiteln gefordert. In den Broschüren und Ausstellungen, die vorgeben, die Inhalte der Agenda zu beschreiben, fehlen diese Kapitel immer.

Agenda-Kritik Nr. 7: Die Falschen werden unterstützt

Industrie und Bundesumweltministerin haben gut lachen: Die meisten Umweltgruppen, vor allem aber die etablierten Verbände unterstützen die Agendaarbeit und die Nachhaltigkeitsdebatte. Neue Modewörter wie "Nationaler Umweltplan" geistern herum und werden über Jahre alle Kapazitäten binden, ohne daß etwas herauskommt. Wer heute Agendaarbeit macht, kann auf gute Presse, Zuschüsse oder vielleicht sogar ein Pöstchen im neugeschaffenen Agendabüro hoffen. Auf Landes-, Bundes- und überregionaler Ebene aber haben ganz andere Kreise die Agendathematik besetzt: Umweltministerin Merkel, die Expo und andere. Die RWE-Zeitung heißt "Agenda". Sie können sich auf die vielen hundert (oder gar schon tausend?) Gruppen vor Ort berufen, die mit ihnen einer Meinung sind: Agenda ist die Zukunft. Wer vor Ort die Agenda und ihre Ziele unterstützt, fällt denen in den Rücken, die auf überregionaler Ebene gegen Gen- und Atomtechnik sowie gegen die Deregulierung und zunehmende Macht der Großkonzerne kämpfen. Ist es ein Wunder, daß dieselben Umweltorganisationen, die bundesweit Agenda und Nachhaltigkeitsdiskurs fördern, jetzt bei der Expo mitmachen wollen oder Ökosteuerreformvorschläge machen, bei denen die Großenergieverbraucher Ausnahmen erhalten sollen?

Da hilft es auch nichts, wenn sich Agenda-Leute vor Ort rausreden, daß die Agenda zwar problematisch sei, aber sie vor Ort ja was Besseres daraus machen. Dadurch, daß sie ein Dokument stützten, in dem Gen- und Atomtechnik befürwortet werden und die Stärkung der Privatwirtschaft zum Ziel aufsteigt, machen sie wirksame Umweltschutzarbeit landes- und bundesweit schwieriger. Sie stehen (mindestens symbolisch) einfach auf der Seite von Merkel, RWE usw.

Agenda-Kritik Nr. 8: Geld als Schmiermittel

Ohne Geld und Pöstchen wäre aus der gescheiterten Rio-Konferenz '92 niemals der Mythos entstanden, den die Agenda jetzt darstellt. Dazu war Geld nötig, sehr viel sogar. Es floß auf unterschiedlichen Ebenen. Zuerst wurden Bundes- und Landesregierungen aktiv (egal, wer dort gerade regierte). Arbeitskreise zum Thema Nachhaltigkeit bzw. Agenda banden die Hauptamtlichen der Umweltverbände. Aber dort wurde auch über Projekte diskutiert, Finanzierungen ausgelotet – das Mitmachen lohnte sich also. Auf kommunaler Ebene dauerte alles zunächst recht lange. Geld half auch hier. Die Landesregierung stellte 6 Mio. DM zur Verfügung für alle, die Agenda machen wollten. Das half. Ob CDU- oder SPD-regiert, viele Kommunen fingen an. In den Metropolen laufen die Agenda-Prozesse schon länger. Sie sind in der Regel mit einigen hauptamtlichen Stellen verbunden, Projekt- und Öffentlichkeitsmitteln. Und wer kann dazu schon Nein sagen ...

Fazit: Selber Maßstäbe setzen!

Im Zuge der Agenda-Aktivitäten vor Ort werden BürgerInnen eingeladen und häufig kommen etliche Menschen zusammen. Das ist neu, UmweltschützerInnen haben sich lange gar nicht um BürgerInnen-Beteiligung geschert. Sie haben in diesem Bereich sicher "Hausaufgaben" zu machen. Das Ziel einer breit getragenen Gesellschaftsveränderung und echten Umweltschutzes ist sicher nur mit BürgerInnen-Rechten zu erreichen. Das ist aber kein Argument für die Agenda, denn mehr Rechte für die Menschen will sie gar nicht. Anhörungen und runde Diskussions-Tische sind im Rio-Papier aufgeführt. Dann machen die PolitikerInnen den Rest – oder auch nicht.¹¹³ BürgerInnenentscheide z.B. sind Elemente einer echten Mitbestimmung. Es gibt da gute Vorschläge und aktive Gruppen – die Agenda braucht es auch hier nicht.

Bündnisarbeit ist eine gute Sache und wichtig, um Zielen näher zu kommen. Aber immer muß dann die Frage geklärt sein, ob ein Bündnis mit jedem diesem Ziel noch dienlich sein kann. Jede Umweltgruppe, die sich von Merkel für einen Arbeitskreis gewinnen läßt, der nichts erreichen soll, muß sich fragen, ob das wirklich der Weg sein kann. Jede Umweltgruppe, die die Agenda 21 hochhält, muß daran denken, daß sie damit klare Positionen gegen Gentechnik und Atomenergie vertritt. Es stehen auch vernünftige Sachen in dem Rio-Papier. Aber das sind Forderungen, auf die die Umweltbewegung vorher schon gekommen ist, die sie auch vertrat, ohne dabei ein Gesamtwerk salonfähig zu machen, das ganz vielen Forderungen der Umweltbewegung total zuwider läuft. Es ist eben der faule Kompromiß, den die Mehrheit der Regierungs-, Wirtschafts- und NGO-Vertrete-

rInnen nach langen Diskussionen mittragen konnte. Übrigens: Die in der Agenda angepeilten Prozesse sollten zum Nachfolgegipfel in New York bereits abgeschlossen oder in vollem Gange sein. Der New Yorker Gipfel ist rum, nichts ist passiert. Soweit hat sich die Agenda schon selbst ins Abseits gespielt. Jeder Teil der Ökologiebewegung könnte jetzt anfangen und endlich die heilige Kuh schlachten: Wo bleiben neue Maßstäbe und wer fordert lautstark Umweltschutz ohne doppelte Moral? Es ist möglich, für eigene Ideen und Konzepte BündnispartnerInnen zu finden und gemeinsam was zu erreichen, ohne daß der Rest der Menschheit abschaltet und samt seiner Umwelt dem Dialog mit der Wirtschaft geopfert wird!

Agenda-Arbeit wird in der Regel "von oben", d.h. von den jeweiligen Regierungen initiiert und kontrolliert. In seltenen Fällen kommt es darüber zum Streit, nie zum Bruch. Änderungen konnten bislang nie durchgesetzt werden. Die kritisierenden Gruppen zogen keine Konsequenzen, sondern blieben weiter am runden Tisch dabei. Vor Beginn von Agendaprozessen läuft in den Verwaltungen meist eine intensive Vorbereitung ab. Die späteren Koordinierungspersonen sowie ausgewählte VertreterInnen beteiligter Organisationen werden darin geschult, Konflikte zu glätten, die Agenda positiv darzustellen und vorher feststehende Abläufe oder Ergebnisse einzuhalten. Wenn zur Agendaarbeit öffentlich eingeladen wird, ist alles schon geklärt.¹¹⁴ Ein Großteil der für die Agendaarbeit bereitstehenden Mittel fließt in diese Vorbereitungsphase, z.B. als Honorare für die AusbilderInnen.

Im Original: Texte zur Agenda in Berlin, aus der BUND-Broschüre "Agenda 21" (S. 41)

Es ist bedauerlich, daß diese Maßnahmen nicht in Absprache mit VertreterInnen der zahlreichen Agenda-Initiativen entwickelt wurden. Anstatt Maßnahmen in Konsultation mit den BürgerInnen der Stadt zu entwickeln, wie es schließlich in der Agenda 21 gefordert wird, werden von oben Themen vorgegeben.

Auszug aus einem Interview zur Agenda in Köpenick, dort "Vorzeigebispiel" genannt (aus "Berliner Briefe" Dez./Jan. 97/98, S. 2)

(Zum ersten Entwurf) Der 230 Seiten dicke Entwurf ist nicht bürgerfreundlich. (Zum zweiten Entwurf) ... Bei einem Umfang von 80 Seiten auch nicht sehr bürgerfreundlich. Und wieder ist die Verantwortlichkeit völlig offen. Oft ist es so, daß die Ideen von LKZ- oder ABM-Mitarbeitern in Fleißarbeit ausführlich formuliert wurden, daß aber keinerlei Kompetenz und Verbindlichkeit dahintersteht ... Leider werden die vielen Ideen nicht gewertet, es müßten doch Prioritäten gesetzt werden. Außerdem kommen die Vorschläge zu 90% aus der Verwaltung und nur zu 10% aus den Arbeitsgruppen und aus der Kirche.

Auszüge zur Agenda im Bezirk Tempelhof (aus "Berliner Briefe", s.o., S. 2)

Damit nun aber in der Öffentlichkeit der Schein gewahrt bleibt, versucht die CDU sich quasi an die Spitze zu setzen und hat die Bildung eines Ausschusses Lokale Agenda mit allen Rechten vorgeschlagen, dessen Mitglieder aus 6 CDU, 2 SPD-, 1 Bündnis 90/Grünen-Bezirksverordneten und 3 Bürgerdeputierten bestehen soll. Damit wäre die direkte Bürgerbeteiligung am Agenda-Prozeß praktisch ausgeschlossen. Der größte Fauxpaß ist aber sicher der generelle Maulkorb, der den Bezirksamtsmitarbeitern verpaßt wurde. Ohne Einverständnis des Stadtrates für Bauen und Umwelt darf Bürgern zur Lokalen Agenda keinerlei Auskunft gegeben werden.

Auszug aus den Berliner Briefen (Ausgabe davor, ohne Benennung, S. 5)

Am 16. Mai 1997 wurden 25 erwerbslose Akademiker von der Senatsverwaltung für Arbeit etc. für die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung etc. eingestellt. In einer "Maßnahmen zur produktiven Arbeit" (MpA, vergleichbar ABM) werden sie als Koordinatoren für die lokale Agenda 21 in den 23 Bezirken eingesetzt, zwei Koordinatoren bleiben bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung. Dieser Vorgang wird sich höchstwahrscheinlich zum 1. Oktober wiederholen. ... Gemeinsam ist, daß die Maßnahme über keine Sachmittel verfügt ... nur wenige Bezirke haben dafür einen

AGENDA-Etat. Einen Überblick über die Aktivitäten der Koordinatoren gibt die folgende Liste: Koordinierung von Aktivitäten wie Bündelung von Inis ... Initiierung von fehlenden Aktivitäten ... Integration von Aktivitäten, die bisher keinen Bezug zur lokalen Agenda 21 hatten ... Formulierung gemeinsamer Leitlinien ... Zusammentragen der Einzelergebnisse ...

Auszug aus dem Presstext der Grünen Liga Berlin zur Agenda-Arbeit (10.12.1997)¹¹⁵

Auf ihrer Jahresmitgliederversammlung am ... hat die GRÜNE LIGA Berlin e.V. ihre Arbeitsschwerpunkte für das kommende Jahr festgelegt: So wird die Lokale Agenda 21, die Erarbeitung kommunaler Entwicklungskonzepte für das 21. Jahrhundert, weiterhin im Mittel ihrer Arbeit stehen.

Auszüge aus einer Rede von Tilman Heller (Landesvorstand B'90/Grüne) am 1.11.1997¹¹⁶

Ich sehe schon rotgrüne Koalitionsverhandlungen vor mir, wo die Grünen ihren Umweltrat und die Agenda bekommen, die SPD dagegen setzt sich bei Transrapid, Autobahnring und ein paar neuen Großflughäfen durch. Der erste Einwand, der gleich in der Gegenrede kommen wird, heißt: Wir beziehen uns in den Reformprojekten und in unserer Arbeit in den bezirklichen Agenda-Gruppen doch nur auf das Kapitel 28, also die Kommunale Agenda. Doch wir müssen uns darüber klar sein, daß damit das Gesamtwerk salonfähig gemacht wird. Wenn ich das Kapitel 28 des Grundsatzprogrammes der CDU zu meiner Arbeitsgrundlage mache oder mich positiv darauf beziehe, unterstütze ich eben auch die CDU. ... "Der Weg ist das Ziel". Das ist der Spruch derjenigen, die meine Argumente entkräften wollen. Es sei schon toll, wenn sich überhaupt mal zehn Bürger zusammensetzten, um ihre Umgebung zu gestalten, was inhaltlich geschehe, sei egal. ... Ich möchte klare Ziele, die sich grundlegend von denen der Agenda 21 unterscheiden. Wir müssen selbst wissen, wo wir hinwollen ...

Auszüge aus dem Text "Agenda 21: Die Basis rührt sich" von Phil Hill (B'90/Grüne) in Stachlige Argumente 4/97 (Zeitung der Berliner Grünen, S. 44/45)

... Agenda ... sie lebt von der Euphorie darüber, daß die große Politik endlich das Klimathema ernst nimmt. ... die Parteiunabhängigkeit der alternativen Bewegungen hat sich nie eindrucksvoller bewährt als gerade im Zustandekommen dieser Initiative mehr oder weniger an der Umwelpartei vorbei. ... Das Reformprogramm, das bei einer grünen Regierungsübernahme in Land und Bund ansteht, muß in weiten Teilen die Agenda 21 zum Leitfaden nehmen. Das ist unsere Antwort auf Schröder.¹¹⁷

Auszug aus der Gießener Allgemeinen vom 13.2.1998 zur Agenda in Gießen¹¹⁸

Allzweckwaffe Agenda 21 produziert bislang nur heiße Luft. Erstes "Agenda Forum" ein Feuerwerk aus Worthülsen und Sprechblasen ... Der neueste Renner scheint alle bis jetzt dagewesenen Plauder-Hits in den Schatten zu stellen. Die Rede ist von der Lokalen Agenda 21, in der Spötter nichts anderes als einen Robinson-Club zur Animation von Umweltmuffeln sehen. ... Beim ersten Gießener "Agenda-Forum" ... im vollbesetzten Kerkradezimmer der Kongreßhalle ist die Übermacht der grünen Parteigänger fast erdrückend, und auch die stadtbekanntesten Animatoure sind alle da: Wissenschaftsladen, Greenpeace, Stadt-Auto, NABU, BUND, Dritte-Welt- und Fraueninitiativen, das ZAUG, Ausländerbeirat und die SPD. Aber auch die CDU hat Vertreter entsandt, ... Vertreter der Wohnbau, der Kirchen, der AWO, aus städtischen Ämtern ... Und immer wieder diese Worte: Vernetzungsprojekt, Projektmanagement, Delegationsprinzip, Frauenplenum, Leitbildgruppe, Agenda-Rat, Kriterienkatalog, Frauenlandschaft, aktivierende Untersuchung und so weiter ... Bei der Diskussion um die praktische Umsetzung der Agenda werden "Ängste" formuliert, die die Moderatoren "extrem gut verstehen" können ...

Die Debatte zur Nachhaltigkeit¹¹⁹

Während die bisher beschriebenen Begriffe von außen die Tätigkeit der Umweltverbände prägten und wesentlich genutzt wurden, um aus einer Widerstandsbewegung einen Teil des Herrschaftssystems zu machen, in dem die großen Umweltverbände an offiziellen Gremien und inoffiziellen Kungelrunden beteiligt wurden, bewirkte die Nachhaltigkeitsdebatte auch eine inhaltliche Fixierung auf ein Ziel, das keine Position des Natur- und Umweltschutzes mehr darstellt. "Sustainable Development" (nachhaltige Entwicklung) wird auch von den NaturschützerInnen

selbst als Kompromiß (bzw. Konsens, Ausgleich oder andere Begriffe) für ein Miteinander von Wirtschaft, sozialen Aspekten und Ökologie betrachtet. Die Umweltverbände versuchen einen Rollentausch vom "Parteiisch für die Umwelt" zu (Ver)Mittlern in der Gesellschaft, selbst wirkend als Initiatoren von Diskussionsprozessen, die verschiedenen Interessengruppen (aber nicht die Öffentlichkeit!) beteiligen. Da diese Diskussion national und international begann und erst sehr zögerlich auch in regionale und lokale Zusammenhänge vorstößt, ist wenig überraschend, daß auch die "Großen" die Diskussion prägen: BUND, WWF, DNR usw. statt der Vielfalt an Basisgruppen; Bayer, Hoechst, Daimler-Benz, Lufthansa usw. statt kleiner und oft umweltfreundlicherer Betriebe; CDU, SPD, GRÜNE, der BDI, der Deutsche Städtetag, die Expo usw. statt Selbsthilfegruppen, BürgerInnengruppen zur direkten Demokratie oder kleinen Gemeinden.¹²⁰

Die Stationen zu der heutigen Situation, in der das Thema "Nachhaltige Entwicklung" fast alle Aktivitäten der großen Verbände und Dachverbände prägt, zeigen deutlich, daß immer ein deutlicher Hang zu einer Kooperation mit den Mächtigen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft entscheidend war.¹²¹ Den Anfang der weltweiten Diskussion machte der Brundtland-Report, genannt nach der norwegischen Ministerpräsidentin, unter deren Leitung ein weltweites Gremium einen Bericht über die Lage der Welt und notwendige Strategien verfaßte. In diesem Buch wird der Begriff einer nachhaltigen Entwicklung erstmals deutlich benannt. Eine umfangreiche Diskussion darum entstand aber noch nicht. Der Begriff selbst war damals aus der Forstwirtschaft entliehen, wo nachhaltige Bewirtschaftung bedeutete, daß nicht mehr Substanz entnommen wird als nachwächst.

Den Durchbruch schaffte der Begriff "Nachhaltigkeit" dann 1992: Rund um die Weltumweltkonferenz in Rio verbündeten sich die großen Umweltverbände (BUND, DNR usw.) mit der Bundesregierung, ließen sich ihren parallel laufenden Kongreß von europäischen Regierungen, der Weltbank und einigen Großkonzernen finanzieren und stimmten auf dem Kongreß so ab, daß die europäischen Regierungen in ihren Positionen unterstützt wurden. Außer diesen großen Verbänden sahen aber die meisten Gruppen, die Medien und auch viele PolitikerInnen die Rio-Konferenz (und damit auch deren Ergebnis, die Agenda 21) als Fehlschlag.

Im Original: Auszug aus dem Konzept zum Jugendkongreß bei der Nachfolgekonferenz in Kyoto (5.-7.12.98 in Köln)

1992 trafen sich in Rio de Janeiro über 170 Staaten zur größten bisher dagewesenen weltweiten Konferenz ... Doch schon im Verlauf der Konferenz zeigte sich, daß die übergeordneten Probleme den meisten Staaten egal zu sein schienen und sie nur ihre altbekannten Interessen unter einem neuen Deckmantel verfolgen wollten.

Michail Gorbatschow, Ex-Präsident der Sowjetunion, in einem Interview in Publik-Forum vom 8.8.97 (S. 20)

Der letzte UNO-Umweltgipfel war eine Pleite.

Auszug aus dem Presstext in der Frankfurter Rundschau vom 8.9.92

Die Bundesregierung spricht von einem Erfolg. Internationale Umweltverbände wie Greenpeace oder die "Freunde der Erde"¹²² aber beklagen, daß eine historische Chance verpaßt worden sei, daß die Politik sich auf globaler Ebene dem Druck mächtiger Wirtschaftsinteressen gebeugt habe. ... Alle beteiligten NGOs sind sich einig, daß es nach den enttäuschenden Ergebnissen von Rio ...

Auszug aus RAUS! (Magazin der Naturschutzjugend im LBV, S. 8-11)

Die Jugend hielt ihren eigenen Umweltgipfel schon im März 1992 in San Jose, Costa Rica ab. ... Auf dem eigentlichen Gipfel in Rio sollte der Jugend eine Stunde Redezeit gegeben werden. Beim Eintreffen der Gruppe verkündete man ihnen dann, daß ihnen lediglich 10 Minuten zur Verfügung ständen. Bereits nach zwei Minuten wurden sämtliche Fernsehkameras abgeschaltet. Die Reporter, welche die Konferenz in Presserräumen beobachteten, konnten aufgrund dessen nichts hören. Nach der Redezeit wurden die Jugendlichen von der interessierten Presse nach dem Gesagten befragt, diese hatten jedoch kaum Zeit zum Antworten, da sie von der Polizei wegen "Abhaltung einer illegalen Pressekonferenz" verhaftet wurden.

Direkt nach der Rio-Konferenz fand in Deutschland der Deutsche Umwelttag statt (siehe Kap. 5.2.2), auf dem radikale Umweltgruppen und teilweise die gesamte Basis auch der Umweltverbände selbst ausgegrenzt wurde, während die Großindustrie und die Regierenden umworben wurden. "Dialog" hieß das Motto des Umwelttages, gemeint war der Brückenschlag zu den bisherigen GegnerInnen, ohne daß diese ihr umweltschädliches Verhalten geändert hätten. Die Umweltverbände als DUT-Ausrichter bewegten sich zu den Konzernen, nicht umgekehrt. Weitere Stationen sind erste umfangreichere Veröffentlichungen in Buchform bzw. vor allem in Zeitschriften, der Versuch, das Thema "Nachhaltigkeit" (oder Teile davon wie Agenda, Ökologische Steuerreform usw.) zur entscheidenden Kampagne der gesamten Umweltbewegung zu machen.¹²³ Das erste, in Deutschland und international bekannter gewordene Buch zu dieser neuen Strategie hieß "Wege zum Gleichgewicht".¹²⁴ Es stammte von Al Gore, der heute Vizepräsident der USA ist und keinen Umweltgipfel ausläßt, um auf diesem gegen Umweltschutzmaßnahmen einzutreten. In Deutschland entwickelte sich die Debatte auf verschiedenen Ebenen zeitgleich – vom BUND über die CDU bis zur Großindustrie legten alle ihre Strategien für das kommende Thema fest. Bemerkenswert war, daß die entstehenden Grundsatzpapiere kaum voneinander abwichen. Das Positionspapier des DNR zur ökologischen Steuerreform von 1997 enthält ganz ähnliche Vorschläge wie die gemeinsamen Vorschläge von BUND, Unternehmerverbänden und Großkonzernen oder das Programm der Frauen-Union von 1995.¹²⁵ Die Grundsätze der BASF zur Nachhaltigkeit gleichen den Aussagen der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland". Und die Agenda 21, beschlossen von den Regierungschef der Welt (u.a. Helmut Kohl und George Bush), ist nun auch Sache der Umweltschutzverbände – in unveränderter Fassung.

Im Original: Auszüge aus dem Beschluß "Wege zur ökologischen und sozialen Marktwirtschaft" der Frauen-Union (4./5.11.95)

Wir wollen: die nationale und europaweite Weiterentwicklung unseres Steuersystems, verbunden mit der Entlastung von Arbeitskosten. ... Wer Energie stärker besteuert und Erwerbsarbeit dafür steuerlich entlastet, bekämpft gleichzeitig die mit der Energiegewinnung verbundene Umweltbelastung und die durch hohe Arbeitskosten verursachte Arbeitslosigkeit. ... Wir fordern eine verbesserte Ausnutzung von Energie und Ressourcen. Eine Vervierfachung der Effizienz der Wirtschaft im Umgang mit Energie und Stoffen ist heute in vielen Bereichen technologisch bereits möglich. ... "Effizienzrevolution".¹²⁶ ... Wir fordern die Automobilindustrie, 3l-Autos umgehend auf den Markt zu bringen und den Flottenverbrauch (...) bis zum Jahr 2000 auf fünf Liter zu senken.

Hubert Weinzierl in der Eröffnungsrede zur BUND-Delegiertenversammlung (6.6.97)

Im Rahmen dieser Diskussion muß 1997 mehr denn je die Verkehrsvermeidung propagiert und dort, wo das Auto unverzichtbar ist, das 3-Liter-Auto, bzw. der 5-Liter-Flottenverbrauch eingeführt werden, ...

Auszug aus Spiegel special 2/1995, "Öko-Bilanz '95" (S. 157)

Für eine ökologische Steuerreform etwa haben sich auch nachdenkliche Automanager wie BMW-Chef Bernd Pischetsrieder und Daimler-Benz-Vorstand Edzard Reuter ausgesprochen.

Auszug aus einer Pressemitteilung des BUND vom 8.12.1995

BUNDjugend, Junge Unternehmer und Junge Abgeordnete präsentieren gemeinsames Grundsatzpapier – "Der Jugend gehört die Zukunft, so heißt es. Weil wir nicht mehr länger mit ansehen wollen, wie auf Kosten dieser Zukunft gewirtschaftet wird, fordert jetzt eine organisations- und parteiübergreifende Große Koalition der Jugend die sofortige Ökologisierung des Steuersystems". Das erklärte der Sprecher der BUNDjugend, Marc Engelhardt, am Freitag vor der Presse in Bonn. Gemeinsam mit dem Bund Junger Unternehmer (BJU) und jungen Bundestagsabgeordneten von CDU, FDP, SPD und Bündnis 90/Grüne stellte die Jugendorganisation des BUND ein Grundsatzpapier zum Thema Klimaschutz durch Öko-Steuern vor. Die "Jugend-Initiative für Zukunft" ..., die auf Anregung des BUND und des CDU-Bundestagsabgeordneten Hermann Gröhe zustande gekommen war, ...

Statt sie als Vordenker zu titulieren, läßt sich eher feststellen: Die Umweltverbände hinken der Entwicklung hinterher. So war es auch kein Umweltverband, sondern die damals noch rein SPD-geführte nordrhein-westfälische Landesregierung, die das Wuppertal-Institut als Teil des Landes-Wissenschaftszentrums schuf und finanzierte. Als Präsident wurde SPD-Mann Weizsäcker eingesetzt, fortan wurde an Nachhaltigkeitsideen geforscht. Kurz nach der Gründung erteilten der BUND und das katholische Hilfswerk Misereor dem Institut den Auftrag für eine Studie über eine nachhaltige Entwicklung in Deutschland. 1995 erschien das Buch "Zukunftsfähiges Deutschland", wurde aufwendig öffentlich präsentiert¹²⁷ und sorgte für einen Durchbruch in der Umweltbewegung selbst. Binnen kürzester Zeit wurde auf überregionaler Ebene fast nur noch über dieses Thema geredet. Arbeitskreise gründeten sich, in den Verbänden wie zusammen mit anderen NROs. Doch schon der Ansatz der Studie zeigt, was hinter ihr stand: Die Verstärkung des Trends zur Verbrüderung mit der Industrie und Politik und der Abbau klarer Ziele und Forderungen. Möglicherweise war auch das Ziel der Auftraggeber, die Führungsrolle in der Debatte zurückzuerobern – schließlich war den deutschen Umweltverbänden genau diese durch die internationalen Konferenzen und Regierungserklärungen verloren gegangen. Inhaltliche Akzente oder politische Positionen setzte das Buch nicht. Es faßte nur längst bekannte Forderungen zusammen, verschwieg dabei aber alles, was Gesellschafts- und Wirtschaftssystem grundlegend in Frage stellte.

Im Original: Kommentare zur Studie "Zukunftsfähiges Deutschland", zunächst Zeitschrift der BUNDjugend "aktuell" 3/96, Bonn (S. 3)

Die Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" ist nun schon seit über einem Jahr auf dem Markt. Die "grüne Bibel" nannte sie der SPIEGEL. Der Umweltminister von Brandenburg, Platzeck, sprach bei einer Podiumsdiskussion etwas prosaischer von dem "wichtigsten Beitrag zur gegenwärtigen Umweltdiskussion".

Edgar Endrukaitis, Leiter der Studie beim BUND, in der "aktuell" 3/96 (S.3)

Frau Merkel bescheinigte der Studie auf der Präsentationsveranstaltung "den Atem des Machbaren".

Stellungnahmen der Parteien zur Studie, ebenfalls in "aktuell" 3/96 (S. 14-16)

F.D.P. ... bietet auch die Studie Anlaß zu Kritik und Verbesserungen. So ist der methodische Ansatz des Umweltraumes rein konsumentenorientiert und läßt beispielsweise den Umweltverbrauch außer Acht, der im Herstellerland eines Autos auftritt, wenn das produzierte Auto exportiert wird.

...
B'90/Grüne: ... Eindruck, daß die Studie in einigen Bereichen zu allgemein und damit schwer nachvollziehbar bleibt, ...

Aus welcher Denkrichtung Auftraggeber und das Wuppertal-Institut kommen, wird beim Blick auf andere Politikfelder sichtbar. Der Hauptgeschäftsführer von Misereor, Norbert Herkenrath, gab nicht nur den Auftrag, sondern saß z.B. auch in Führungsgremien der Expo 2000 zusammen mit den Polit- und Wirtschaftsgrößen des Landes. Der BUND als zweiter Auftraggeber hatte mit dem Deutschen Umwelttag schon gezeigt, daß ihm Industriekonzerne wichtiger geworden sind als Basisgruppen oder die einzelnen Menschen. Seine Kooperationen mit JungunternehmerInnen, AEG, BASF und dem Ford-Automobilkonzern zeigten das ebenfalls. Zudem sind die SpitzenfunktionärInnen des BUND, die die Umarmung mit Industrie und Politik befürworteten, selbst SPD-Mitglieder (siehe Kap. 3.2.1), zum geringeren Teil auch Grüne. Der Auftragnehmer, das Wuppertal-Institut, paßt dazu: Abhängig vom Land Nordrhein-Westfalen, verfilzt mit SPD und Grünen, tätig für die Expo (siehe Kap. 5.2.2 und am Ende dieses Kapitels).

Eine umfangreiche Darstellung der Mängel im Detail, der grundlegenden Fehler in der Herangehensweise der Studien des Wuppertal-Institutes und der Positionen der Umweltverbände zur Nachhaltigkeit ist bereits an anderer Stelle erfolgt.¹¹⁹ Wichtiger war hier, deutlich zu machen, daß die Ergebnisse der Studie in einem Zusammenhang stehen mit den Auftraggebern und dem durchführenden Institut. Es ist nicht nur so, daß hier hochkarätige Wissenschaftler und renommierte Verbände ein bedauerlich schlechtes Produkt auf den Markt gebracht haben, sondern sie haben das aus einem dazu passenden Umfeld, begleitet von dazupassenden Aktivitäten und folglich aus einer genau dahin zielenden Strategie gemacht. Die Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" sollte keine Argumentationshilfe für klare Umweltschutzforderungen sein, sondern eine Grundlage für eine gemeinsame Position mit den Mächtigen aus Industrie und Politik. Und das ist gelungen, wie die Kommentare dieser Mächtigen zu der Studie sowie zu Papieren im Verlauf der Diskussion zeigten. Einen weiteren Beleg für die Grundfehler der Studie bot das Vorgehen der Auftraggeber bei der Umsetzung: Während die Basis über Diavorträge und inhaltsleere Werbung nur informiert und um Unterstützung gebeten wurde, entstanden die wichtigen Diskussionen und Kooperationen nur mit den großen Konzernen und überregionalen Regierungen.

Im Original: Auszüge aus der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" (S. 14, 34/35, 191)

An Korruption, Nepotismus, Mißwirtschaft, Menschenrechtsverletzungen und fehlender Demokratie in vielen Ländern des Südens tragen sicher nicht die Industriestaaten Schuld.

Jenseits von nationalen Vorurteilen sind die Unterschiede zwischen verschiedenen Kulturen bemerkenswert und bei näherer Betrachtung recht gut auf Umwelteinflüsse zurückzuführen. Es wäre folglich ökologisch, ökonomisch und kulturell unangemessen, weltweit gleiche Rechte für einzelne Rohstoffe zu formulieren.

Die wirtschaftlichen Institutionen sind auf der ganzen Welt die mächtigsten Kräfte. Deshalb können nur mit ihnen die notwendigen Veränderungen herbeigeführt werden.

Auszüge aus "Die Liebe der Männer zu nachhaltigen Zahlen – Eine Betrachtung der Wuppertal-Studie aus feministischer Sicht", in AKP 4/1996 (S. 57-60)

Der Anspruch der Studie, eine "sozial-ökologische Umorientierung der Gesellschaft" aufzuzeigen (...), ist deshalb aus frauenpolitischer Sicht nicht erfüllt. ...

Ist die Errechnung und statistisch-graphische Darstellung von global und national hoch aggregierten Verbrauchs- und Emissionsmengen von Stoffen und Materialien, von Energie, Böden und Wasser sinnvoll? Was bewirkt die dabei stattfindende Reduktion von Naturqualitäten auf Zahlenquantitäten? Was blendet sie aus? Trägt diese Art der Naturbilanzierung nicht letztlich zu einem neuen Schub der Abwertung aller gesellschaftlichen Praxisformen bei, die nicht dem Rechenprinzip gehorchen und mit Begriffen wie lokale Verankerung, alltägliche Lebensgestaltung, Subsistenzwirtschaft, Körpererfahrung und Sinnlichkeit verknüpft sind?

Auszüge aus dem Faltblatt "Zukunftsfähiges Deutschland – Zukunft für Frauen?" des FrauenUmweltNetzes in Frankfurt

Das abstrakte Gleichheitsversprechen der Studie unterschlägt patriarchale Dominanzstrukturen und ihren Einfluß auf Lebenschancen und Mitwirkungsmöglichkeiten. ... Damit bleibt die Studie nicht nur hinter der von der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio verabschiedeten Agenda 21, sondern auch hinter dem Abschlußdokument der Weltfrauenkonferenz in Peking zurück. ...

In der Studie fehlen personale Kapazitäten und soziale Räume für denjenigen Teil des Wirtschaftens, der sich außerhalb von Produktion und Konsum am gemeinsamen Wohlergehen orientiert. ... Unsicherheiten und Grenzen naturwissenschaftlicher Erkenntnisse werden ausgeblendet, als gäbe es keinen Zusammenhang zwischen der Zerstörung der Natur und dem Versuch, sie zu berechnen und zu beherrschen.

Auszüge aus "Die ökologische Krise umweltverträglich gestalten", in: BASTA 1/1997 (ASTA Uni Hannover, S. 25-31), zunächst zum Vorbild "Sustainable Netherlands"

Das Umweltraumkonzept ist ... ein Rezept für effiziente Ökonomie anstelle von Ökologie: ein nachhaltig genutzter tropischer Sekundärwald mit 3 Arten ist nach dieser Logik wertvoller als ein Primärwald mit 10000 Arten. ... Hierarchische Entscheidungsstrukturen und technokratische Lösungen werden dadurch forciert, und folgerichtig wird beispielsweise in der Frage der Nahrungsmittelsicherheit die Lösung in optimierter Vernutzung bisher ineffizient genutzter Flächen (z.B. in der ehemaligen Sowjetunion), in Biotechnologie und in bodenloser Landwirtschaft (Treibhausanbau auf künstlichem Nährboden) gesehen. ...

Zur Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" (im gleichen Text)

1. Die Studie entbehrt einer Analyse gesellschaftlicher Herrschaftszusammenhänge: ... bietet so zwar für die auftraggebenden Organisationen BUND und Misereor Orientierungen für deren Lobbyarbeit (...), trägt aber nichts zur Lösung ökologischer und sozialer Probleme bei.

2. Material- und Energieverschwendung aufgrund kapitalistischer Produktionsweise wird verschleiert: Staats- und Wirtschaftsverbrauch wird ausgeblendet und nationaler Verbrauch allein den Haushalten zugeschoben. ...

3. Ausbeutung von Frauen wird untermauert: ...

4. Weltkapitalistische Arbeitsteilung wird nicht analysiert: Der Weg zur Dienstleistungsgesellschaft funktioniert eben nur bei Auslagerung schmutziger Grundstoffindustrie. ...

5. Die Lösung wird denen anvertraut, die kein Interesse daran haben: ...

Die Analyse ist wenigstens noch um einen Punkt zu erweitern, und zwar um die Offenheit der Studie gegenüber stark ordnungspolitischen bzw. patriarchal-hierarchischen Politikmodellen unter Inkaufnahme klarer Demokratiedefizite. So wird u.a. Al Gore zitiert: "Es ist zutreffend, daß Wähler bereit sind, viel weiter zu gehen, als die meisten Politiker für möglich halten – aber sie warten auf Führung." Unter Berufung auf Rudolf Bahro ("Eigentlich ruft es in der Volkstiefe nach einem grünen Adolf") und Herbert Gruhl, dem rechtsextremistischen Ex-ÖDP-Vorsitzenden, wird die Einsetzung eines "Ökologischen Rates" formuliert: ...

Ulla Peters bringt die Ursachenblindheit der Wuppertal Studie auf den Punkt: "Zukunftsfähigkeit ohne Kritik an den vernichtenden Konsequenzen und der Gewalt der kapitalistischen Ökonomie und eines neuzeitlichen Naturverständnisses ist unmöglich. Wir sind doch nicht deshalb in der jet-

zigen Situation, weil wir alle uneinsichtige Endverbraucher in einer Weltwirtschaft sind, die leider die Natur vergessen hat. ...

Auszug aus dem Text "Pseudo-Grüne" von Vandana Shiva (taz vom 21.3.1993, S. 11)

Im Umweltschutz von oben treten technologische Mittel und Marktintervention an die Stelle wesentlicher ökologischer Prozesse und der Macht des Volkes. Sowohl die Beteiligung der Menschen als auch die ökologische Regeneration werden im wesentlichen ausgeschaltet, aber rhetorisch beschworen. Das Ergebnis ist häufig eine Verschärfung der ökologischen Krise und eine weitere Zuspitzung der sozio-ökonomischen Ungleichheiten, mit neuen Bedrohungen für die am wenigsten privilegierten Gruppen der Gesellschaft.

Die Strategien der Opfer sind eine authentischere Strategie für den Umweltschutz – aber zunehmend werden sie als Rechtsverstöße behandelt. Solange dieser Trend nicht umgekehrt wird, solange der Stimme der Menschen gegen die Zerstörung der Umwelt nicht wirklich demokratischer Raum gewährt wird, werden "Beteiligung der Menschen" und "Umweltschutz" rhetorische Leerformeln bleiben.

Daß die Nachhaltigkeitsdiskussion einen erheblichen Teil der vorher unabhängigen Umweltschutzgruppen in Debatten verwickelt und damit von direkten Widerstandsaktionen abgehalten hat, mag ein gewollter oder ungewollter Nebeneffekt sein – zur Schwächung der Umweltschutzbewegung hat er jedenfalls beigetragen. Anfang 1997 hatte allein der BUND-Bundesverband schon über 600 Veranstaltungen zum Thema registriert.¹²⁹

Ähnliche Kontroversen mit identischer Rollenverteilung finden sich rund um die Agenda 21. Während die eine Seite (etablierte Umweltverbände, Konzerne, Regierungen) sie als Meilenstein für die Umweltschutzarbeit hochjubeln, kritisieren unabhängige Gruppen die Inhalte (vor allem die Förderung der Atom- und Gentechnik sowie die Stärkung der Privatwirtschaft insbesondere im globalen Rahmen) und die mit der Agenda betriebene Beschäftigung engagierter BürgerInnen.

Im Original: Auszug aus der Hamburger Zeitschrift "Ökomarkt", im Text "Ist der Agenda-Prozeß eingeleitet?" von Jochen Schneck (S. 4)

... der Inhalt diese Programms – sollten wir die Kraft haben, es umzusetzen – könnte das Zusammenleben auf diesem Erdball revolutionär verändern ... und die ökologische Katastrophe ... noch einmal abwenden.

Auszug aus dem Thesenpapier des Deutschen Naturschutzrings vom 1.9.1997 (S. 6)

"Zukunftsfähiges Deutschland", "AGENDA 21", "Nationaler Umweltplan" – das sind Konzepte der Hoffnung auf mehr Lebensqualität in der Zukunft.. ... Ungewöhnliche Zeiten verlangen ungewöhnliche Antworten: Die mutige Vision für ein ehrgeiziges Projekt, wie es in Rio definiert wurde.

Auszug aus dem Text "Uns gehört die Zukunft", Robin-Wood-Magazin 3/97 (S 35)

"Deutschland kommt in Bewegung": So optimistisch äußern sich Jugendumweltverbände zum Thema Agenda 21. "... die Agenda 21 bietet Chancen, weil sie Gemeindeverwaltungen zwingt, mit BürgerInnen/Umweltgruppen zusammenzuarbeiten", sagt Daniel Mittler von der BUNDjugend.

Auszug aus der BUND-Broschüre "Agenda 21" (S. 8)

Man hätte es der internationalen Bürokratie kaum zugetraut, aber sie hat es entworfen: ein Konzept, das einer revolutionären Umwälzung gleichkommt, ...

Auszug aus einer Veranstaltungseinladung von future e.V. (Umweltinitiative von Unternehmen) vom 28.8.97

Der Weg zur Nachhaltigkeit ist in der Agenda 21 vorbildlich beschrieben. ... Unterstützt von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt hat die Umweltinitiative von Unternehmen future e.V. deshalb das Projekt "Agenda 21 als Grundlage von Unternehmensleitbildern" initiiert.

Auszug aus "Was ist eine Lokale Agenda 21 Berlin" in "Berliner Briefe", Febr./98 (S. 2)

Herzstück der UN-Konferenz ... politische Sprengkraft ... detaillierte Handlungsaufträge¹³⁰

Die Propaganda für die Agenda wird zum einen ohne konkrete Argumente und
266

mit vagen, aber euphorischen Hoffnungsbildern betrieben, zum anderen werden die Kritikpunkte von den BefürworterInnen der Agendaarbeit immer verschwiegen. In den Broschüren unter Titeln wie "Was ist Agenda?" wird nicht erwähnt, daß der Ausbau der Atom- und Gentechnik gefordert wird. Stattdessen wird behauptet, die Beteiligungsrechte der BürgerInnen sollen gestärkt werden (was in der Agenda tatsächlich nirgends zu finden ist). Auch Allgemeinplätze werden aufgelistet und sollen belegen, wie neuartig die Agenda ist. Am wirkungsvollsten aber dürften die umfangreichen Gelder sein, die für die Agendaarbeit inzwischen bereitgestellt wurden. Fast überall gibt es Zuschüsse, wenn lokale Agendaprozesse starten. An anderen Orten werden auch andere Zuschüsse nur noch an Gruppen vergeben, die sich an der Agendaarbeit beteiligen.¹³¹ Und auch hier zeigt sich wieder: UmweltschützerInnen arbeiten nicht dort, wo sie es wichtig finden, sondern daran, wo es Geld für gibt. Agendawerbung wird auch von allen gemacht, die freiberuflich von der Agenda leben, z.B. ModeratorInnen und TrainerInnen. Immerhin: Für 1250 DM ist ein dreiteiliges Einführungsseminar (insgesamt 9 Tage) zu buchen.¹³²

Im Original: Auszug aus der Broschüre zur Ausstellung "Agenda 21" des Team 21¹³³

Die Gleichberechtigung von Frau und Mann ist eine wichtige Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit. Gleichberechtigung ist damit kein reines Frauenproblem. (S. 12)

265.000 Menschen werden täglich geboren. Das bedeutet, die Weltbevölkerung wächst jährlich um 95 Mio oder 2%. Die Getreideernte steigt dagegen nur um 1% an. Die Folge ist, daß jährlich 1,3 Mio. Menschen verhungern. (S. 19)¹³⁴

Auszug aus der Politischen Ökologie Juli/Aug. '97 (Schwerpunkt Agenda, S. 70/71)

Der Niedersächsische Landtag stellt in diesem Jahr Gelder für solche niedersächsischen Projekte (über 5.000 Mark) zur Verfügung, die Agenda-Aktivitäten auf lokaler Ebene unterstützen, die Bezug zur Nord-Süd-Problematik und/oder Expo 2000 haben. ... Bis Ende 1998 will die bayerische Staatsregierung eine Bayern-Agenda vorlegen. ... Um die begrenzten Ressourcen der Kommunen ... möglichst gewinnbringend einzusetzen, hat das Land Schleswig-Holstein im März 1997 eine Agenda-Leitstelle ... eingerichtet. Nordrhein-Westfalen: ... Die Landesregierung unterstützt den lokalen Agenda-Prozeß in den Kommunen über ihr Gemeindefinanzierungsgesetz. Gemeinden erhalten bis zu 50 Pfennig pro EinwohnerIn für Nord-Süd bzw. lokale Agenda-21-Aktivitäten. 1997 werden insgesamt neun Millionen Mark bereitgestellt.

Auszug aus einer Pressemitteilung der Umweltministeriums Hessen vom 7.1.1998

Bisher hatte in Hessen erst eine Minderheit von Kommunen einen Beschluß zur Erstellung einer lokalen Agenda gefaßt. ... Einen finanziellen Anreiz hierfür soll das neue Förderprogramm bieten, an dem bereits jetzt großes Interesse besteht. ... Die Beratung und Abwicklung wird über das RKW (Rationalisierungs-Kuratorium der Deutschen Wirtschaft e.V.) in Eschborn erfolgen. ... Die Fördersumme ist abhängig von der Einwohnerzahl und kann bei Kommunen mit weniger als 25.000 Einwohnern bis zu 50.000 DM, bei ... und bei mehr als 80.000 Einwohnern bis zu 100.000 DM betragen.

Die Zukunft: Alles wird zukunftsfähig!

Mit der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" wurden nicht Pläne und Leitbilder entwickelt, um nun in die Umsetzung zu gehen (was mit dieser unkonkret gehaltenen Studie auch gar kaum möglich ist), sondern es begann eine intensives Kopieren der Idee. Ob "Zukunftsfähiges Bayern" als Projekt des Bund Naturschutz dort, "Zukunftsfähiges Hessen" vom Naturschutzzentrum Hessen, "Zukunftsfähiges

NRW" vom BUND des Landes oder regionale bzw. gar kommunale Studien – ein Großteil der Natur- und Umweltschutzverbände, -einrichtungen und -verwaltungen versucht seit 1996, den Prozeß im eigenen Bereich zu wiederholen. Neue Ergebnisse sind auch dabei nicht zu erwarten, da die für einen wirksamen Umweltschutz notwendigen Maßnahmen schon seit Jahrzehnten bekannt sind. Gleiches gilt für eine nicht auf Ausbeutung und Unterdrückung basierende Wirtschaftsform. Die aktuellen Studien zur Zukunftsfähigkeit bleiben sogar meist deutlich hinter den lange bekannten Positionen zurück.

Das eigentliche Ziel der ausufernden Diskussion wird aber auch hier erreicht: Viele Umweltschutzgruppen wechseln von praktisch arbeitenden oder auch teilweise Widerstand leistenden Gruppen auf die Seite der Mächtigen. Dialog – so heißt das neue Prinzip, das nun auch in die Regionen und Orten um sich greift. Aus den Kontakten mit Politik und Wirtschaft ziehen die Gruppen eigennützige Vorteile. Sie erhalten mehr Informationen, mehr Geld, mehr Sitze in Gremien usw. Die Sache des Umweltschutzes tritt in den Hintergrund.

Deutschlandweit wird die Debatte um die Nachhaltigkeit in den "Nationalen Umweltplan" münden, der von Bundesumweltministerin Angela Merkel genauso gefordert wird wie von den Verbänden und viel mehr Gremienarbeit, Debatten und Papiere erfordern wird als bisher die Studie und die Diskussion um sie.

Im Original: Auszüge aus dem Text "Die ökologische Krise umweltverträglich gestalten", in BA-STA 1/1997 (S.30)

Nachhaltigkeit ist keine Lösung, sondern das Problem: Inzwischen ist es notwendig, die erarbeiteten Ergebnisse ökologischer, sozialer und feministischer Bewegungen vor dem alles plattwalzenden Nudelholz Nachhaltigkeit zu retten. ...

Es besteht kein "Sachzwang" für Nachhaltigkeit - vielmehr besteht der Sachzwang eines "Moratoriums für Zerstörung", um erst einmal Schadensbegrenzung der in Gang gesetzten Zerstörungskreisläufe zu betreiben. Das hieße: Keine weiteren Straßenbauten, keine Rüstungsproduktion, keine Nutzung der Atomenergie, keine gentechnisch veränderten Organismen, keine Agrarindustrie, keine Sondermüllexporte und keine Abholzung tropischer Wälder. Erst ein Moratorium für Zerstörung bietet die Freiräume für einen kreativen Aufbau gerechter und nicht-zerstörerischer Gesellschaften.

Nicht nur die Umweltverbände selbst machen "Zukunftsfähigkeit" zum zentralen Thema ihrer Arbeit, auch Konzerne und Regierungen beteiligen sich an der historisch einmaligen Gremiengründungswahn. Die meisten der Gremien sind eine Ansammlung von SpitzenvertreterInnen, in denen die UmweltschützerInnen hoffnungslos in der Minderheit sind. Das Ruder sollen die Mächtigen in der Hand behalten. Vorschläge für den Nationalen Umweltplan sehen vor, daß das Bundesumweltministerium, das Umweltbundesamt, der Bundeskanzler oder die einzelnen Ministerien rotierend die verschiedenen Phasen der Erarbeitung durchführen.

Im Original: Auszug aus dem ALLIGator, Rundbrief der Grünen Liga, 2/97 (S. 18)

Frau Merkel hat im Rahmen der Nachhaltigkeits-Initiative ... 6 Arbeitsgruppen ins Leben gerufen. ... Am 6. Dezember 1996 fand das erste Arbeitsgruppentreffen der AG 4: "Schutz der menschlichen Gesundheit" in Bonn statt. ... Die Arbeitsgruppe setzt sich aus Mitarbeitern von Bundesministerien (Umwelt- und Gesundheits-), Wissenschaftlern verschiedenster Einrichtungen (GSF-For-

schungszentrum für Umwelt und Gesundheit Neuherberg, Umweltforschungszentrum Leipzig/Halle, Robert-Koch-Institut, Umweltbundesamt, Öko-Institut Freiburg und einige Universitäten), Vertretern der Industrie (Auto- und Chemie-), des öffentlichen Gesundheitswesens und Vertretern aus Verbänden (Berufsgenossenschaften, Beamtenbund, Dt. Allergie- und Asthmabund, BUND, Grüne Liga) zusammen. ...

Auszug aus dem Vorstandsbericht des BUND zur Delegiertenversammlung 1997

Es gilt nun, die Inhalte der Studie über einen Nationalen Umweltplan, den wir initiieren werden, schrittweise in konkrete Schritte umzusetzen.

Auszug aus dem Text "BUND: Nationaler Umweltplan statt 'Politik der leeren Versprechungen'", in Deutschland-Rundbrief 11/97 (S. 24+25, BReg. = Bundesregierung)

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und die Friedrich-Ebert-Stiftung fordern die Erarbeitung eines Nationalen Umweltplans. ... Übergeordnetes Ziel ist es nicht zuletzt, Ökonomie und Ökologie gemeinsam voranzubringen. ... Für die stellvertretende Vorsitzende des BUND Angelika Zahrt bedarf es, um Deutschland zukunftsfähig zu machen, eines langfristig angelegten, systematischen, verursacherbezogenen Plans zur Realisierung zentraler Umweltziele. Der BReg. komme dabei die Aufgabe zu, den demokratischen Aushandlungsprozeß einer mit Zahlen und Zielen konkretisierten Selbstverpflichtung zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu organisieren.

Auszug aus dem Infoblatt von B'90/Grünen zum Nationalen Umweltplan

Zwei Drittel der Industrieländer und eine große Anzahl von Entwicklungs- und Schwellenländern haben inzwischen einen nationalen Umweltplan oder eine Nachhaltigkeitsstrategie verfaßt. Länder wie die Niederlande, Dänemark und Südkorea haben in ihren Plänen konkrete Umweltziele mit Zeitrahmen formuliert. Schon nach kurzer Zeit konnten sie erste umwelt- und wirtschaftspolitische Erfolge verbuchen.

Auszug aus einem Text von Sabine Lehmann (B'90/Grüne) in der Politischen Ökologie Juli/Aug. '97 (S. 67)

Ein nationaler Umweltplan nützt der Umwelt, der Gesellschaft und der Wirtschaft. ... Länder wie die USA und Südkorea setzen ihre Umweltpläne bereits als Modernisierungsfaktor ein und nutzen mit der Entwicklung umweltfreundlicher Technologien und Produkte Wettbewerbsvorteile auf dem Weltmarkt.

Pressemitteilung von B'90/Grüne vom 13.8.97

So verbindet ein nationaler Umweltplan die Ziele des Umweltschutzes mit den Zielen der Wirtschaft.

Um das Nachhaltigkeitsthema zu fördern, entwickeln die Umweltverbände, Kirchen, Gewerkschaften, Regierungen und Konzerne umfangreiche Aktivitäten. Und häufig agieren sie zusammen – lokale Agenda- oder Nachhaltigkeitsrunden setzen sich aus verschiedenen Richtungen zusammen. Häufig werden radikalere Umweltgruppen, unabhängige BIs, selbstverwaltete Betriebe oder Bauwagendörfer allerdings nicht eingeladen. Berichte von den Diskussionstreffen zeugen davon, daß der Gang dorthin fast schon zu einem gesellschaftlichen Ereignis wie ein Theaterbesuch wird: Schick gekleidet fahren die Gäste mit dem Auto vor, um dann einen netten Abend zu verbringen, bei der sie sich in ihrer Sorge um die Welt höflich gegenseitig überbieten.¹³⁵

Aktuelle Mittel, möglich viele Umweltgruppen auf das Thema zu bringen, sind:

- Wettbewerbe, z.B. "Zukunftsfähiger Naturschutz" mit hohen jährlichen Preisgelder, mit dem der BUND seine Ortsgruppen auf das Thema bringen will,¹³⁶ oder "Naturschutz 21", ein Kooperationsprojekt des Deutschen Naturschutzringes, des Bundesumweltministeriums, Industrieverbände usw. (siehe Kap. 5.1.2).
- Durchführung von moderierten, bis ins kleinste vorbereiteten Diskussionsabenden in den Gemeinden und Kirchengemeinden.

- Massive Pressearbeit, Broschüren, Faltblätter usw.
- Vortragsveranstaltungen von BUNDlerInnen zum Thema "Nachhaltigkeit".
- Volkshochschulkurse, Seminare und Bildungsurlaube.

Das wichtigste Mittel aber ist Geld. Förderungen "schmierem" Kommunen, Umweltverbände und PR-Agenturen. Inzwischen lebt eine große Zahl von Menschen davon, Agendaprozesse zu begleiten, zu moderieren und damit auch auf den vorgegebenen Wegen zu halten. Sie sind bereits selbst zu einem Einflußfaktor geworden und fordern aus eigenem, beruflichen Interesse den Ausbau der Agendaarbeit. Kommunen und manchmal auch die Umweltverbände erhalten Gelder, wenn sie Agendaarbeit initiieren.

Trotz allem stellt sich die Frage, warum bislang keine spürbare Kritik aufgekommen ist. Daß sich die Agenda für Atom- und Gentechnik ausspricht, müßte eigentlich reichen, daß alle UmweltschützerInnen die Finger davon lassen. Doch der Trend, Kooperationen und Dialog um jeden Preis haben zu wollen, läßt sie nach jedem Mittel greifen. Agenda schafft die erträumten Runden, aus denen dann aber selten etwas folgt. Die einzige deutliche Kritik entwickelte eine kleine Gruppe im BUKO entwicklungspolitischer Gruppen, die sich AK "Fisch" nannte und bei der Präsentation der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" kurzzeitig die Bühne stürmte. Allerdings war diese Gruppe weder im Umweltschutz- noch im entwicklungspolitischen Bereich stark verankert, zudem verfassen sie ihre Kritiken in einer recht unverständlichen Sprache, geben ihren Büchern oft Titel, diese unkenntlich machen (z.B. "Zeitgeist mit Gräten") und fühlen sich in ihren eigenen Theoriezirkel wohler als dort, wo Basisumweltgruppen erreicht werden könnten.¹³⁷

Die Folgen

Die verschiedenen Prozesse, die die Nachhaltigkeitsdiskussion bzw. verwandte Themen hervorgerufen haben, bergen eine Reihe von Gefahren.

- Riesige Kapazitäten (Geld, Personal, öffentliches Image) werden in die Nachhaltigkeitsdebatte gesteckt, ohne daß gesichert ist, daß etwas Konkretes daraus entsteht. Die bereits laufenden Prozesse zeigen, daß Skepsis angebracht ist.
- Die bisherigen gesetzlichen Umweltschutzregelungen werden abgeschafft oder ausgehöhlt, ohne neue Instrumente zu schaffen.
- Die Anbiederung an die Konzerne verändert die inhaltlichen Positionen durch Aufweichung, durch personellen Austausch und Strategieänderungen hin zu mehr Personen in Geschäftsstellen und Vorständen, die dem neuen Bild des Dialogs mit der Wirtschaft entsprechen. Innerhalb weniger Jahre haben wichtige Verbände Grundsatzbeschlüsse zu einer ökologischen Wirtschaft völlig abgeschafft oder wesentlich aufgeweicht, z.B. Beschränkungen bei der Geldannahme von umweltschädigenden Konzernen.

Bemerkenswert ist der Wandel der BUNDjugend, einst radikaler Teil des Gesamt-BUND. Noch 1994 erschien eine Schrift, die ökologische Marktwirtschaft als nicht ausreichend brandmarkte. Ab 1996 lag die BUND dann voll auf der Linie von Ökosponsoring und Wirtschaftskooperationen.

Im Original: Auszüge aus dem Heft "Ökologisch-soziale Marktwirtschaft – Möglichkeit und Grenzen" vom AK Wirtschaft der BUNDjugend (von 1994)

... ist es nötig, die bestehende Wirtschaftsordnung zu hinterfragen. (S. 4) ... Ein Hauptproblem für die Nachhaltigkeit von Marktwirtschaft ist, daß sie auf Wirtschaftswachstum angewiesen ist. (S. 5) ... Es zeigt sich: Die Reinkonzepte (zur Steuerreform, Anm. des Autors) haben alle ihre Schattenseiten. Nutzen wir doch die fortschrittlichen Anteile der verschiedenen Ansätze zu einem gar nicht so faulen Kompromiß. Erhöhen wir durch die ökologische Steuerreform doch erstens die Steuerquote in gewissen Maßen. Geben wir zweitens zum Ausgleich sozialer Härten einen Teil der Ökosteuermilliarden für die Senkung der Lohnsteuern auf niedrige Einkommen und für soziale Grundsicherung aus, und tragen somit zur Umverteilung von oben nach unten bei. Finanzieren wir drittens viele neue Arbeitsplätze. Und geben wir viertens den Rest für notwendige ökologische Investitionen aus. (S. 14) ... In Zeiten, wo ein negatives Umweltimage den guten Ruf etwa von Chemiefirmen nachhaltig schädigen kann, gewinnt auch der Umweltaspekt eine größere Bedeutung. Es gibt noch viele gute Rufe aufzubessern. Das Bedürfnis der Unternehmen, Geld für diese Zwecke loszuwerden, deckt sich wunderbar mit dem Finanzbedarf der Umweltverbände. (S. 32) ... Diese Form der Geldquelle oder gar Zusammenarbeit ist für die Umweltverbände allerdings auch gefährlich. Denn nicht nur die Unternehmen haben einen guten Ruf zu gewinnen, sondern wir haben einen zu verlieren. ... Gewonnen haben die Unternehmen dann, wenn sie die Verbände durch Drohung von "Liebesentzug" unter Druck setzen können. (S. 33) ... Eine gründliche Analyse der Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Umweltzerstörung muß unserer Ansicht nach zu folgenden Einschätzungen führen: 1. Freie Marktwirtschaft führt zu Umweltzerstörung. 2. Instrumente ökologischer Marktwirtschaft sind unzureichend, insbesondere dann, wenn sie liberal gehandhabt werden. 3. Tatsächlich wirksame Instrumente "ökologischer Marktwirtschaft" sind stark regulierende Eingriffe in die Wirtschaft – sie werden also dem liberalen Anspruch nicht gerecht. (S. 41)

Kritik an BUND-Veröffentlichungen, in der gleichen Schrift im Anhang (S. 58)

Zu kurz kommt allerdings Frage nach den Rahmenbedingungen, die nötig sind, damit Unternehmen bzw. UnternehmerInnen ökologisch umstellen.

- Durch die Abschaffung von Mitbestimmungsrechten verschlechtern sich auch Möglichkeiten, auf zukünftige Entwicklungen Einfluß zu nehmen. Die Umweltverbände werden in breiter Form abhängig von den freiwilligen Zugeständnissen in Politik und Wirtschaft.
- Die UmweltschützerInnen verlernen ihre Fähigkeit zum "Kämpfen", verlieren den Kontakt zu denen, die weiterhin in der direkten Auseinandersetzung stehen, um die Auswirkungen der Deregulierung (Straßenbau, Industrieansiedlung, Atomkraft oder Gentechnik) zu verhindern. Insbesondere die Spitzengremien und zentralen Geschäftsstellen der Verbände sind nicht mehr in der Lage, dann Widerstand zu leisten, wenn ihre Strategie der Gremienarbeit nicht aufgeht.
- Die UmweltschützerInnen verlieren den Blick für die tatsächlich notwendigen Forderungen und Positionen. Im Nachhaltigkeitsbrei gehen klare Aussagen verloren. Eine Unterscheidung der Positionspapiere der Umweltverbände von denen der Industrie oder Parteien ist schon jetzt kaum noch möglich.

Im Original: Auszug aus dem Jahresprogramm '97 des BN-Bildungswerkes (S. 16)

Die neu eingerichtete (vom bayrischen Umweltministerium geförderte) ökologische Lehrküche im BN-Umweltzentrum Wiesenfelden bietet ... beste Voraussetzungen. Umweltpolitisch sollen damit Leitbilder der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" mit ihren Forderung nach einer "Ernährung mit Weitblick" und der Aufruf der "Lokalen Agenda 21" zu einer regionalen Kreislaufwirtschaft umgesetzt werden: eine Umweltpolitik mit Kochtopf und Einkaufskorb sozusagen."

Auszug aus der BUNDjugendzeitung "aktuell" 2/97 (S. 3)

In der Nähe von Edinburgh wird dieses Jahr ein Musterdorf der Nachhaltigkeit gebaut. ... Du hast bisher nur gegen Straßen protestiert? Hier ist Deine Chance, selber welche zu bauen!

- Durch den Abbau gesetzlicher Rahmenbedingungen und die nachlassende Widerstandskraft gehen denen, die an den Verhandlungstischen sitzen, Druckmittel verloren, da Konzerne und Politik wissen, daß die UmweltschützerInnen außer dem Dialog nichts mehr zu bieten haben.
- Da nicht mehr die Auseinandersetzung "auf der Straße" Hauptziel der Umweltverbände ist, sondern die Lobby- und Gremienarbeit, werden Personen, die dieses besonders gut können, in die Spitzengremien und Geschäftsstellen geschickt. Schließlich wird der Verband dominiert von ManagerInnen, die verhandeln können, aber möglicherweise keine Inhalte mehr vertreten.¹³⁸
Viele Einzelpersonen, aber auch Gruppen mit der fundamentaleren Ansicht, daß diesem Staat ein direkter Widerstand entgegengesetzt werden muß, verlassen frustriert die großen Umweltverbände, vereinzeln oder geben ganz auf.
- Die Industrie kann sich im Laufe des "Dialogs" ein grünes Mäntelchen umhängen. Werbekampagnen ohne inhaltliche Festlegungen in Kooperation von Umweltverbänden und Industrie zeugen davon ebenso wie die Veröffentlichungen großer Umweltverbände, in denen diese sich mit Zitaten der Führungspersonen aus Industrie und Politik schmücken.

Im Original: Auszug aus der BUND-Broschüre "rückblick 96" (S. 12)

Es ist das Verdienst dieser Studie, die vom Wuppertal-Institut erarbeitet wurde, daß gesellschaftlich breit diskutiert wird, was nachhaltige Entwicklung konkret für Deutschland bedeuten kann. Bildungswerke, Burschenschaften und die BASF setzten sich mit der These der Studie auseinander.

Auszüge aus den BASF-Grundsätzen, 1. Satz, Erläuterungen (Umweltbericht 1996, S. 7)

Wir bekennen uns zu einer nachhaltigen zukunftsverträglichen Entwicklung im Sinne von "Sustainable Development" und richten unser Handeln danach aus. ...

Das unternehmerische Handeln der BASF orientiert sich am Leitgedanken "Sustainable Development", der nachhaltigen zukunftsverträglichen Entwicklung, wie er auf der UN-Konferenz 1992 in Rio de Janeiro in der Agenda 21 festgeschrieben wurde. ...

Auszüge aus dem Text "Die ökologische Krise umweltverträglich gestalten", in BASTA 1/1997 (ASTA Uni Hannover, S.30)

Der Versuch, organisierter Interessenpolitik einzelne Zugeständnisse abzurufen, hat schon zahlreiche soziale Bewegungen um die Orientierung und die Existenz gebracht, während Unternehmen und politische Gremien die Akzeptanzgewinne verbuchen konnten. Ein Einbringen von unten in einen herrschenden Diskurs, der politische Verhältnisse ausblendet und Harmonie suggeriert, ist politisch naiv, bringt weder sozial noch ökologisch Fortschritte, kostet Kraft und untermauert etablierte Herrschaftsstrukturen.

- Die neu entstehende Nähe zwischen Industrie und Naturschutzverbänden wird auch auf anderer Ebene zu Veränderungen führen: Ökosponsoring wird zum prägenden Finanzierungselement des Umweltschutzes. Insbesondere Großkonzerne sind wegen deren Finanzstärke für die Umweltschutzgruppen interessant, umgekehrt bevorzugen die KonzernchefInnen die großen Umweltverbände als Partner, da so die Außenwirkung steigt. Summiert ergibt das einen "Club der

Großen", der dem Umweltschutzgedanken doppelt widerspricht. Für eine Durchsetzung des Natur- und Umweltschutzes wäre vor allem eine Stärkung der Umweltschutz-Basisgruppen und der Kleinbetriebe wichtiger, da diese direkte Veränderungen erreichen bzw. regionale Vermarktungs- und Beschaffungsstrukturen schaffen können. Die großen Umweltverbände geraten durch die steigenden Einnahmen aus dem Ökosponsoring in eine Abhängigkeit. Insbesondere die in der Lobby- und Gremienarbeit dominierenden Hauptamtlichen werden immer im Auge haben müssen, daß ihr eigener Job vom positiven Verhältnis zu den Großkonzernen abhängt.

- Nutznießer werden auf jeden Fall alle die sein, die aus dem neuen Thema ein Geschäft machen können, seien es Verlage (Bücher, Zeitschriften), Institute (Studien und Beratung) oder Bildungseinrichtungen. Sie werden aber genauso schnell wieder abspringen, wenn die Zugwirkung des Themas nachläßt.

Im Original: Ulla Peters in ihrem Beitrag "Neue kulturelle Kraft gesucht", in Politische Ökologie Mai '96 (S. 31)

Und nicht zuletzt: Einen Aufstand muß man machen, und nicht nur von ihm reden. Bisher wurde viel geredet, unglaublich wenig gemacht, obwohl es unzählige Menschen gibt, die sich für nachhaltige Politiken und Projekte einsetzen. Angesichts der in der Debatte vorgelegten Zahlen wäre ein regelrechter Aufstand vonnöten, sofern sie denn ernst genommen werden.

Die Gruppen, die hinter der Debatte stehen

Einige der die ökologische Steuerreform oder die Nachhaltigkeits-/Agenda-Debatten unterstützenden Gruppen verdienen eine besondere Betrachtung, weil sie Etablierungsprozesse und Verfilzung besonders gut darstellen.

- BUND und Misereor: Der Umweltverband und das katholische Hilfswerk sind Auftraggeber der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland". Norbert Herkenrath, bis zu seinem Tod im Mai 1997 Hauptgeschäftsführer von Misereor, saß auch in Expo-Gremien (siehe Kapo. 5.2.2). Im BUND ist vor allem die Gruppe um Angelika Zahrt, stellvertretende Bundesvorsitzende und SPD-Mitglied, federführend, was das Thema "Wirtschaft und Umwelt" angeht. Auch die BUNDjugend hatte hier in den frühen 90er Jahren einen wesentlichen Schwerpunkt. Die Auseinandersetzung mit dem Thema hat zu einer dramatischen Entradikalisierung geführt. Die thematischen Arbeitskreise vertreten heute die Position, daß in der Kooperation mit Firmen die wichtigste Perspektive für den Umweltschutz liegt. Papiere um 1990 (beim BUND) und bis 1994 (bei der BUNDjugend) nannten noch deutliche Vorbehalte gegen Kooperationen mit Großkonzernen.
- Wuppertal-Institut:¹³⁹ Das durch die Nachhaltigkeitsdiskussion bekannt gewordene Institut ist keine frei getragene Einrichtung. Ihr Träger ist das Land Nordrhein-Westfalen, zu Gründungszeiten rein SPD-regiert. 7 Millionen kostet den SteuerzahlerInnen das Institut jedes Jahr. Der Präsident des Instituts, Ernst-Ulrich von Weizsäcker, ist seit vielen Jahren in der SPD tätig, immer wieder auch mit verschiedenen Funktionen bis hin zu Kandidaturen für Ministerämter. 90 MitarbeiterInnen sind der Grundstock für die Arbeit. Dennoch fehlen klare

politische Positionen und Handlungsszenarien ganz. Das Institut bewegt sich im abstrakt-politischen Raum, verzichtet aber vollständig auf eine fachliche Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. So ist es eher mit einer Regierungskommission zu vergleichen, auf keinen Fall aber als unabhängige Einrichtung anzusehen. Die SPD-Orientierung weisen das Wuppertal-Institut und die Nachhaltigkeitskreise im BUND gemeinsam auf.

Ein Blick auf Posten und Aufträge, die das Wuppertal-Institut im weiteren auszeichnen, verdeutlicht noch mehr, wo diese Einrichtung steht. So hat sie für die Ausgestaltung der Expo gutachtlich gearbeitet, Ernst Ulrich von Weizsäcker sitzt in zwei Expo-Gremien, in einem Fall (Projektauswahlgremium Niedersachsen) sogar auf dem Posten des Vorsitzenden. Ebenso ist Weizsäcker Mitglied im Club of Rome, sitzt bzw. saß in verschiedenen SPD-Gremien, kandidiert 1998 für die SPD zum Bundestag und berät die EU-Kommission. Andere MitarbeiterInnen des Wuppertal-Instituts sitzen im Gremien bei Thyssen, in der Umweltkommission des Bundesverbandes der mittelständischen Wirtschaft, in der ÖDP-nahen Stiftung für Ökologie und Demokratie, in Arbeitskreisen der regionalen IHK oder im Deutschen Verpackungsrat. Veröffentlichungen des Instituts werden von Bundestagsabgeordneten der SPD oder der Bundesumweltministerin der Öffentlichkeit vorgestellt. Institutspräsident von Weizsäcker leitet seit 1985 den von der Waschmittelindustrie eingerichteten Arbeitskreis WAGE¹⁴⁰ ("Waschmittel und Gewässerschutz") und sitzt in einigen weiteren Gremien, in denen sich Prominente aus Politik und Wirtschaft die Klinke in die Hand geben. Der Projektleiter von "Zukunftsfähiges Deutschland", Reinhard Loske, steht für die Bundestagswahl 1998 auf einem Spitzenplatz der Grünen. In diese Konstellation entstand die Studie, die Kritik an der Industrie fast ganz ausläßt, die Herrschaftsverhältnisse nicht problematisiert und nur Verbesserungen vorschlägt, die die Weltmarktverhältnisse beläßt und die VerbraucherInnen zu Verhaltensänderungen aufruft. Das ist typisch: Die Mächtigen verlagern die Schuld auf die "normalen" Menschen. Deren Verhalten ist in der Tat oft wenig umweltgerecht, aber sie als Alleinschuldige hinzustellen, kann nur Leuten passieren, die sich selbst als Oberschicht ("NROs") verstehen.

Das zweite wichtige Buch im deutschsprachigen Raum ist "Faktor Vier",¹⁴¹ der Bericht an den "Club of Rome". Mitautor ist wieder Ernst-Ulrich von Weizsäcker. Bemerkenswert ist, wer von Verlag und Autoren als sinnvoller Begutachter des Werkes eingestuft wird. So sind auf der Rückseite des Buches Kommentare von drei Personen zum Buch abgedruckt. Zuerst meint Gerhard Schröder, Ministerpräsident von Niedersachsen und Atomkraftbefürworter: "Endlich neue Substanz für die Energiekonsensgespräche ...". Dann meldet sich Kurt Biedenkopf, CDU-Ministerpräsident von Sachsen mit den Worten: "Mutig und wegweisend". Schließlich zeigt noch der Bischof von Brandenburg, Wolfgang Huber, daß das Buch keine Munition für UmweltschützerInnen aufweist, sondern das Gegenteil: "Enthält großes Konsenspotential für unsere zerstrittene Gesellschaft". Kein Wunder ist, daß z.B. die Expo das Buch "Faktor Vier" zu ihrer

Grundlage gewählt hat und damit dokumentiert, daß sich die Ziele des Buches als Rahmen für eine ausschließlich industrieorientierte Großveranstaltung eignen. Das Wuppertal-Institut entwickelte im Auftrag der Expo selbst die Vorschläge, wie diese Verbindung konkret aussehen sollte. Zweifel kamen nicht auf.

Im Original: Text von Ernst-Ulrich von Weizsäcker aus der Selbstdarstellung der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung, in der Weizsäcker im Kuratorium sitzt

Was gäbe es Wichtigeres für die Erreichung einer nachhaltigen Entwicklung zu tun als denjenigen, die ihre Kinderzahl beschränken möchten, dabei zu helfen? Die DSW schafft es dabei, so vorzugehen, daß die hochkontroversen Konflikte sowie weit wie irgend möglich ausgespart bleiben.

Text über Weizsäcker im Spiegel special 2/1995, "Öko-Bilanz '95" (S. 13)

Der Wuppertaler Umweltforscher Professor Ernst Ulrich von Weizsäcker bringt das Rezept auf die Formel: "Macht Kilowattstunden arbeitslos, nicht Menschen". Eine tiefgreifende ökologische Erneuerung könne "zum Motor eines neuen Wirtschaftsaufschwungs" werden. Gemeinsam mit Politikern wie Monika Griefahn (SPD), Lutz Wicke (CDU) und Joschka Fischer (Grüne), mit Journalisten wie Alt und Umweltschützern wie Weinzierl plädiert Weizsäcker in einem Aufruf zur bevorstehenden Rio-Nachfolgekonferenz für die Verabschiedung eines "Globalen Ökologischen Marshallplans zum Schutz der Erdatmosphäre."

Weizsäcker in "Mehr Gewinner als Verlierer" im Spiegel special (s.o.) 2/1995

Die ökologische Steuerreform muß jetzt kommen. Sie muß wirtschafts- und sozialverträglich gestaltet werden.

Weizsäcker auf einem SPD-Wahlplakat im Hamburger Wahlkampf 1997:

Im Umweltschutz zählt Hamburg weltweit zur Spitzengruppe.

Weizsäcker in einem Gastbeitrag im Grünbuch '97 der AEG (S. 23, "Norden" bezieht sich auf den Globus)

..., im reichen Norden wurde die Umweltverschmutzung besiegt.

Auszüge aus Ernst-Ulrich von Weizsäcker, 1994, "Umweltstandort Deutschland", Birkhäuser Verlag, Basel

... sagt aber die Weltenergiekonferenz, daß sich der Energiebedarf bis 2020 um bis zu 50 oder 70 Prozent erhöhen wird. ... Die Kernenergie kann die Lücke nicht schließen. Selbst eine politisch höchst riskante und sehr teure Verdreifachung der mit Atomkraft gewonnenen Energie würde, wenn sich sonst nichts ändert, wenn sich also der Energiebedarf verdoppelt, den Kernenergieanteil nur von heute weltweit fünf Prozent auf etwa acht Prozent anheben. Doch die Folge wäre, daß dann mit noch größerer Wahrscheinlichkeit als heute auch ein paar Reaktoren in Gebieten stünden, wo Bomben fallen, wo keine gesicherte Atommüllentsorgung existiert oder wo geschmuggeltes Plutonium ganz schnell Käufer fände. ... (S. 18/19) ¹⁴² So viel sollten wir aus dem Zusammenbruch des bürokratischen Sozialismus gelernt haben, daß wir eher dem Markt als überforderten Bürokraten zutrauen können, die Details des technischen Fortschritts zu steuern. ... (S. 27)

Wenn man sich fragt, worin die Rezession eigentlich besteht, dann kommt man rasch auf die Beobachtung, daß das deutsche Kapital sich am Standort Deutschland nicht mehr besonders wohl fühlt. ... In dieser Situation könnte die Ausrufung der neuen technologischen Revolution in Verbindung mit der politischen Festlegung auf eine schrittweise Verteuerung von Energie und Primärrohstoffen sehr wohl zu einem Stimmungsumschlag führen und die Anzeichen des konventionellen Wirtschaftsaufschwungs verstärken. ... (S. 33)

Eine Politik der Privatisierung bisher staatlicher Leistungen, der Abschaffung von Überregulierung und des Abbaus von Subventionen ist daher prinzipiell vernünftig. ... (S. 77)

Solche Branchen müssen allerdings keineswegs wegen einer engagierten Umweltpolitik zu den Verlierern im internationalen Wettbewerb gehören. Zwar werden ihnen besondere Anpassungsleistungen abverlangt, gleichzeitig eröffnen sich ihnen aber auch neue Märkte (Energiedienstleistungen, Biotechnologie, High-Chem-Umweltchemie, Schließung von Stoffkreisläufen, Recycling und Stoffleasing). ... (S. 85) Fragen wir nicht: "Wie kann man das Auto im Stadtverkehr ersetzen?", sondern: "Wo gibt es Ansatzpunkte und Handlungsfelder, um Mobilität in den Städten umweltverträglicher zu gestalten?" (S. 98)

- Jugend-UmweltvertreterInnen: Zum Thema "Ökologische Steuerreform" stellte eine Gruppe von ehemals in der Jugendumweltbewegung aktiven Leuten die HauptakteurInnen. In den Protokollen der Debatte im DNR¹⁴³ werden sie benannt als VertreterInnen der Jugendumweltbewegung insgesamt (Armin Torbecke, Lars Knöpke),¹⁴⁴ der Jugendumweltverbände (Julia Seim), der BUNDjugend (Rasmus Grobe und weitere), der Jugendvertretung im Forum Umwelt und Entwicklung (Kerstin Nolte), von den europäischen Jugendumweltprojekten SET und A SEED (Martin Rocholl), der Naturschutzjugend und YEE (Wolfgang Schwartz), aus JANUN und dem Jugendumweltbüro Göttingen (Sören Janssen, für Göttingen auch Gerd Sanders).¹⁴⁵ Sie haben den DNR (und einige Verbände) dazu bewegt, die entsprechenden Themen voranzubringen. Das Steuerreformpapier, das die Forderung nach einer Entlastung der Großenergieverbraucher bei voller Besteuerung der Kleinen enthielt (siehe Kap. 5.2.2), ist also auf die Aktivitäten von JugendumweltfunktionärInnen zurückzuführen. Sie sind nicht in eine laufende Diskussion der etablierten Verbänden hineingekommen, sondern haben diese selbst einganggebracht.

In einem Beitrag zum DNR-Kurier¹⁴⁶ formulierte Armin Torbecke erneut seine Hoffnung, daß alle NROs/Umweltorganisationen die Steuerreform zu ihrem Schwerpunktthema und damit diese zum zentralen Vernetzungsgegenstand machen. Diese Forderung entspricht der im AufTakt-Buch (siehe Kap. 3.6).

Die Jugendvertretung im DNR war nicht der einzige Teil der (ehemaligen) Jugendumweltbewegung, der auf die Fragestellungen von Nachhaltigkeit und Agenda 21 einging und dabei bisherige politische Positionen aufgab. Ab 1997 führt das Jugendumweltbüro Hannover die Jugend-Agenda im Auftrag der Stadt Hannover durch. Agendaarbeit ist zudem in den Umweltwerkstätten und Jugendumweltbüros in Verden, Göttingen, Ostfriesland und anderen angesagt. Der Jugendumweltkongreß 1997/98 sollte sich auf die Agenda beziehen,¹⁴⁷ zudem ist das Verdener Ökozentrum Modellprojekt für ein zukunftsfähiges Niedersachsen (siehe Kap. 3.6).¹⁴⁸

Im Original: Bericht der BUNDjugend-Versammlung 1997 in "aktuell" 3/97 (S. 6/7)

Letztendlich setzten sich die Delegierten mit dem wichtigen Thema Agenda 21 auseinander. Die Idee einer Agenda ... ist als Meilenstein in der "Nachhaltigkeits-Debatte" zu verstehen ... Auf der DV wurde andiskutiert und beratschlagt, inwiefern das Thema für unsere Arbeit nützlich ist ... Niedersachsen und Bayern beispielsweise sind bereits dabei.

- DNR und Forum Umwelt & Entwicklung: Der Deutsche Naturschutzring ist von aus der Jugendumweltbewegung stammenden Personen vor allem auf das Thema der ökologischen Steuerreform gebracht worden. In den anderen Themen der Nachhaltigkeit wirkte zunächst sehr hinderlich, daß die großen Umweltverbände ihre wichtigen Projekte nicht dem DNR überlassen wollen, um selbst in der Öffentlichkeit zu stehen.

Das Forum Umwelt & Entwicklung ist, verglichen mit dem DNR, lockerer organisiert, allerdings sind von der Umweltseite her fast die gleichen Personen vertre-

ten. Einfluß hatten auch hier einige Personen aus der Jugendumweltbewegung, z.B. auf der Leitungsebene Kerstin Nolte.¹⁴⁹ Helmut Röscheisen, Geschäftsführer des DNR, ist einer der beiden Sprecher des Leitungskreises. Die Postadressen von DNR und Forum sind ebenso identisch wie die eMail-Adressen. Auch das Forum Umwelt & Entwicklung wird überwiegend aus Mitteln der Bundesministerien für Umwelt und für wirtschaftliche Zusammenarbeit finanziert. Der DNR ist formaler Träger des Forums und dadurch der Zuschußempfänger von Geldern für das Forum. Teil des Forums sind neben den Umweltverbänden entwicklungspolitische Organisationen, aber auch hier eher die staatsnahen, lobbyorientierten Verbände und Gruppen (siehe Kap. 3.3.3). Ein Teil der Forums wie der DNR-Mitglieder befürwortet die Expo 2000 und wirkt daran mit (z.B. 24 der DNR-Mitgliedsgruppen, siehe Kap. 5.2.2.).

Im Original: Auszüge aus einer Antwort von German Watch auf Kritik an der Agenda- und Nachhaltigkeitsdiskussion (Brief vom 8.8.1997)

Im Sinne der Prioritätensetzung ist klar, daß es die Strategie der "Beschäftigungseinlullung" gibt und man ihr wirksam begegnen muß. Wir verstehen uns allerdings als Lobbyorganisation (für Umwelt, aber vor allem für Nord- Süd-Fragen), und stehen daher im ständigen kritischen Dialog mit Wirtschaft und Politik, um unser Ziel der Politikveränderung zu erreichen. ... Die Diskussion um den Begriff der Zukunftsfähigkeit kann nicht intensiv genug geführt werden und die Frage der Herrschaftsstrukturen ist in der Tat ein Manko in der Wuppertalstudie. Die Agenda 21 ist das, was wir daraus machen, gerade lokal. Wir bemühen uns um eine Gestaltung dieses Begriffes.

- Die rot-grüne Nachhaltigkeits-Seilschaft: Michael Müller, Umweltsprecher der SPD-Bundestagsfraktion, und Reinhard Loske, designierter Umweltsprecher der kommenden grünen Bundestagsfraktion (ab September 1998), sind die zwei wichtigsten Parteileute¹⁵⁰ in einer Runde von Personen aus Umweltverbänden, Medien und Wissenschaft,¹⁵¹ deren gemeinsames Ziel es ist, im Rahmen der erhofften rot-grünen Bundesregierung die Themen Agenda und Nachhaltigkeit zur Regierungspolitik zu machen und damit auch sich selbst in den Mittelpunkt zu bringen. Doch nach außen wird dieser Plan vertuscht. Die Gruppe agiert öffentlich unter dem Namen "Aufbruch 21". Offizieller Träger: Der Deutsche Naturschutzring. Dort bilden die Macher der rot-grünen Nachhaltigkeitsgruppe auch die einflußreichste Gruppe im Präsidium.¹⁵² "Aufbruch 21" ist der Titel einer Arbeitsgruppe, die ein neues Grundsatzprogramm für den DNR erarbeiten soll. Dabei ist äußerste Hektik angesagt. Eine Beteiligung der Basis ist nicht angestrebt. Die Arbeitsgruppe besteht aus handverlesenen Leuten, überwiegend aus dem rot-grünen Dunstkreis in Wissenschaft und Medien. Kritiker werden forsch abgebügelt, die Debatten sind nicht-öffentlich.¹⁵³ Die Zeit drängt. Das Programm soll Anfang September vorgelegt werden. Ende September ist die Bundestagswahl. Schon die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe zeigt, daß sich die Initiatoren um SPD-Mann und DNR-Vorstandsmitglied Müller wenig Gedanken über politische Inhalte machen: Von 18 Personen in der Gruppe sind 17 Männer, keinE BasisgruppenvertreterIn ist dabei, das Durchschnittsge-

halt liegt sehr hoch.¹⁵¹ Der Anspruch von Müller, soziale Themen mit dem Umweltschutz verknüpfen zu wollen, scheitert so im Ansatz. Aber diese Ziele verschleiern ja auch nur, was eigentlicher Anlaß ist: Eine verdeckt agierende, rot-grüne Seilschaft träumt von der Macht. Das Thema Nachhaltigkeit kommt ihr gerade recht, der Titel "Aufbruch 21" vermittelt bereits inhaltliche Leere und Worthülsen. Das findet sich auch in den schon vorgelegten Papieren. Die eigene Basis und die Öffentlichkeit ist konsequent ausgegrenzt. Der DNR wird zu einem rot-grünen Wahlkampfbüro. Zusätzlich zum "Aufbruch 21" wird die ökologische Steuerreform (siehe Kap. 5.2.2) zum Wahlkampfthema gemacht. Finanzieren soll die Kampagne der Ökofonds der Grünen. Vielen im DNR ist das unbekannt, andere hängen im rot-grünen "Sumpf" mit drin und schweigen.¹⁵⁴

Im Original: Auszüge aus "Aufbruch 21", in Deutschland-Rundbrief 1/98 (S. 22+23)

Europa muß sich überlegen, ob es zukünftig nur eine Mitläuferrolle in der Welt spielen will, oder ob es Vorreiter für ein neues solidarisches Weltmodell wird. ... Die EU muß ein eigenes Profil zeigen. Die Erneuerung der sozialen Demokratie durch die Ökologisierung von Wirtschaft und Technik ist der richtige Weg. ... Die Leitidee der "Zukunftsfähigkeit" ist die wichtigste Antwort auf die erneute Entfesselung des Kapitalismus im globalen Zeitalter. Sie hat ihre Wurzeln einerseits in den Konzepten, die von Europäern für die Vereinten Nationen erarbeitet wurden (... Olof Palme ... Willy Brandt ... Gro Harlem Brundtland) und andererseits in den Wendekonzepten der Umweltbewegung.

Auszüge aus dem vorbereitenden Papier "Thesen zur Situation der Umweltbewegung und zur Rolle des Deutschen Naturschutzbundes" (DNR-Präsidium am 1.9.1997)

Die Umweltbewegung muß sich als gesellschaftliche Reformbewegung verstehen. Sie kämpft um die Mehrheitsfähigkeit des ökologischen Zukunftsmodells. ... Die Umweltbewegung hat angesichts des großen Problemstaus in unserer Gesellschaft eine Verantwortung, die weit über die Umweltpolitik hinausgeht. ... Wir verstehen uns als Anwälte der Idee einer neuen planetarischen Ethik. Sie ist die Basis für Fortschritt, Demokratie und Wohlstand im 21. Jahrhundert. Dazu gibt es keine Alternative. Deshalb werden wir uns nicht nur in umweltpolitischen, sondern auch in gesellschaftspolitischen Fragen verstärkt einmischen.

Mainstream: Die Lifestyle-Orientierung

Warum konnten Nachhaltigkeit, Agenda 21 und andere Begriffe sich so stark durchsetzen, obwohl sie zu Beginn eher negativ besetzt waren (z.B. wurde die Konferenz von Rio 1992 als Mißerfolg in den Medien betrachtet, heute gilt sie als Aufbruch in eine neue Dimension des Umweltschutzes). Für die Regierenden und die Konzerne ist die Frage schnell beantwortet: Wer verhandelt, handelt nicht. Wer Gemeinsamkeit predigt, wird zahm. Wer Personal für Lobbyarbeit einstellt, hat aufgrund der insgesamt begrenzten Kapazitäten weniger Personal für direkte und Öffentlichkeitsaktionen. Wen inzwischen schon selbst solche ehemals radikalen Organisationen wie der Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz in Niedersachsen auf direkte Aktionen verzichten (siehe Kap. 3.4.3) und die Mitarbeit in Gremien lobt, zeigt sich, daß das Ziel der Regierenden erreicht ist.

Für die Umweltschutzverbände ist die Frage bedeutsam schwerer zu beantworten, warum sie sich auf die in der Regel ergebnislose Gremienarbeit und Theoriedebatten einlassen. Im Zusammenhang all der veränderten Tätigkeiten und der neuen Kooperationspartner und Arbeitsstrategien lassen sich zwei Ergebnisse finden:

- Die Umweltverbände erschließen mit dem Wandel von Konfrontation zu Kooperation (ohne Druckmittel) ganz neue Partner wie Regierungsstellen und Industrie. Dieses wirkt sich in drei Bereichen aus: Einem besseren Informationszugang, der Karrieredurchlässigkeit (d.h. SpitzenfunktionärInnen der Verbände übernehmen politische Mandate oder wechseln in Behörden) und der verbesserten Chance zum Akquirieren von Spenden. So haben die Spenden von Großkonzernen (Chemie-, Automobilbranche usw.) in den letzten Jahren bei den großen Umweltverbänden erheblich zugenommen. Zudem gibt es inzwischen staatliche Förderungen für die Agendaarbeit in erheblichem Umfang.
- Die Umweltverbände passen sich den gewandelten Themen in der Gesamtgesellschaft an. Dort ist seit einigen Jahren die "lifestyle"-Orientierung prägend, d.h. es geht um das individuelle Wohlergehen der Menschen, allerdings in einem modernisierten Begriff. Das Leben soll bequem, aber erlebnisreich sein. Einkaufen, Haarschneiden, Essen, Sex, Autofahren, Urlaub, Wohnen, Kloputzen oder Fernsehen – einfach alles wird "durchgestylt" nach dem maximalen Erlebniswert. Und auf genau dieser Schiene stellen sich die Umweltverbände und Umweltfirmen dar. Bioläden und Umweltversände werden zu Öko-Boutiquen, UmweltschützerInnen stellen in ihren Positionen den Genuß und die gute Lebensqualität in den Vordergrund. Ständig wird versichert, daß es keine Einschränkungen gegeben wird bzw. sogar mit "Halbierter Verbrauch, doppelter Wohlstand" eine weitere Steigerung in Aussicht gestellt. Die dahinterstehenden Konzepte halten fachlichen Überprüfungen nicht stand. Aber die Verbände merken etwas anderes: Die Mitgliederzahlen und die Spendeneingänge steigen, wenn statt politischer Forderungen die "mainstream"-Meinungen dominieren.

Im Original: Auszug aus dem Bericht der Enquete-Kommission des Bundestages "Schutz des Menschen und der Umwelt", zitiert in der Einladung zur Anhörung "Nichtregierungsorganisationen und nachhaltige Entwicklung" (S. 3)

Askese kann jeder für sich selbst leben, und er oder sie wird nicht nur den Vorteil des höheren Lebensgenusses haben, sondern auch die Befriedigung, sich umweltgerecht und zukunftsverträglich zu verhalten, aber Askese ist weder eine Lebensform von Mehrheiten, noch kann sie anderen verordnet und aufgezwungen werden. ...

Der zukünftige Lebensstil braucht Schick und Glanz. Anders leben heißt bewußter genießen, es heißt nicht auf Genuß zu verzichten. Es ist nicht wahr, daß nur kratzige Wäsche und Sandalen umweltverträglich sind.

Auszug aus dem Text "Heiß auf Levis, Boss – und die Umwelt, von Olaf Bandt, Kampagnenleiter beim BUND (FR vom 27.1.1998, S. 6)¹⁵⁵

... Wenn Umweltpolitik wieder einen wichtigen Stellenwert in der Gesellschaft bekommen soll, muß sich die Umweltbewegung von der egozentrischen Selbstdarstellung mit Sonnenblumen- und Graswurzel-Image verabschieden ... müssen sich die Umweltkampagnen der Zukunft emotional an die Lebensstile der Mehrheiten ankoppeln und diese auch ernstnehmen. Provokativ gesprochen: Die Umweltbewegung steht vor der Aufgabe, ihre Lösungsvorschläge und umweltgerechtes Verhalten so zu kommunizieren, daß dies für Menschen zu einem genauso begehrenswerten Teil ihres Lebens wird wie Levis-Jeans, Boss-Anzüge oder teure Duftwasser. ... Der Umweltverband BUND entwickelt erste Aktionen, wie Umweltverhalten emotionalisiert an die Lebenswelten von Menschen angekoppelt werden kann, die sich nicht für Umweltschutz engagieren. Die Erfahrungen sind sehr positiv und zeigen, daß wir auf dem richtigen Weg sind: Bei der Aktion "Overdose" gegen die Dosenflut bei Getränken stehen zum Beispiel bisher uninteressierte Jugendliche Schlan-

ge, um sich Autogramme der Aktivisten auf die Aktionsflugblätter oder T-Shirts geben zu lassen. ... Bevor im BUND-Kampagnenteam Aktionen konzipiert wurden, war umfangreiches Lifestyleforschen in Diskotheken, Schülertreffs, Viva-TV und Trendgeschäften notwendig, um die Kreativität für neue Zielgruppen und Aktionsformen zu öffnen. Das Ergebnis war eine "Skate-Event-Tournee" durch Deutschland mit einem begleitendem Musikprojekt, die voll auf das Freizeitverhalten der jugendlichen Zielgruppe abgestimmt war. Die Zukunft wird darin liegen, zum Beispiel den Öko-Landbau oder eine ökologische Steuerreform in der Umweltkommunikation zu einem solch ansprechenden "Produkt" zu entwickeln, das es in der Beliebtheit und der emotionalen Wirkung mit Bundesligaspielen, der Tour de France oder einem Volksfest aufnehmen kann.

Die wenig fundierten, aber zugkräftigen Zukunftsmodelle eines gesteigerten Wohlstands ohne schlechtes Gewissen knüpfen deutlich an die Ziele des Geschäftsführers des Deutschen Umwelttages 1992, Wolfgang Weinz, an. Damals hatte er für seine Aussage, den Naturschutz aus der "Müsli-Ecke" herausführen zu wollen, noch harte Kritik einstecken müssen und wurde von Teilen der Umweltbewegung ausgegrenzt. Heute ist seine Vision Wirklichkeit geworden (siehe Kap. 5.2.2).

Wer genau hinschaut, bemerkt jedoch auch die Widersprüche. Einerseits werden die neuen Stilmittel (Dialog, Konsens, Agenda) gefeiert, andererseits kommen auch die Verbände und Institutionen nicht umhin, die tatsächlichen Bilanzen zur Kenntnis zu nehmen:

Im Original: Presseinformation des Wuppertal-Instituts vom 15.7.1997

Deutschland ist nicht auf dem Pfad der Zukunftsfähigkeit ... Nach anfänglichen Rückgängen ... verringerte sich der Materialstrom schon 1994 kaum mehr, so daß die damit verbundene Umweltbelastung in ihrer Größenordnung letztlich unverändert geblieben ist. ... Die Arbeitslosigkeit ist im betrachteten Zeitraum gestiegen ... Das Wohlstandsgefälle in Deutschland nimmt weiter zu ... Der Anteil der Fläche, die in Deutschland für den Naturschutz, d.h. für Nationalparks, Biotope etc., zur Verfügung steht, liegt mit konstant etwa vier Prozent weit unter den von Naturschutzverbänden geforderten und in der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie der EU bestimmten notwendigen 15 Prozent. ... Personen- wie Güterverkehr stiegen in Deutschland jedoch weiterhin an ... Die Kosten der Umweltnutzung sind gesunken ...

Presseinformation des DNR zur Rio-Nachfolgetagung 1997 in New York

Trotz Zuspitzung der Umweltkrise weiter Stillstand in der globalen Umweltpolitik.

Quellen zu 5.1

- 1 Nachzulesen im Wortprotokoll (S. 28). Bemerkenswert ist, wie genau die gleiche Person nach außen den Eindruck eines kritischen Naturschutzverbandes zu wahren versucht. **Pressemitteilung der dpa vom 29.1.1998:** "... 'Die schlimmsten Verbrecher in Sachen Naturschutz sitzen in der Bundesregierung', sagte NABU-Geschäftsführer Gerd Billen am Donnerstag vor Journalisten ...".
- 2 In diesem Paragraphen wird geregelt, welche Verbände anerkannt werden können und welche Privilegien, d.h. welche Rechte, sie dann haben. Dieser Paragraph ist unmittelbar auch in den Bundesländern gültig, einige Länder haben aber zusätzliche Rechte geschaffen (z.B. die Verbandsklage). Absatz 2 des § 29 BNatSchG sagt: "Die Anerkennung wird auf Antrag erteilt. Sie ist zu erteilen, wenn der Verein ... nach seiner Satzung einen Tätigkeitsbereich hat, der mindestens das Gebiet eines Landes umfaßt, ... die Gewähr für eine sachgerechte Aufgabenerfüllung bietet, ... wegen Verfolgung gemeinnütziger Zwecke ... von der Körperschaftssteuer befreit ist ...". Viele Initiativen und unabhängige Einrichtungen haben nach diesen Formulierungen keine Chance auf Anerkennung.
- 3 Manchmal kommt es sogar vor, daß nicht einmal die NaturschützerInnen, die Daten zu diesem Archiv beigetragen haben, weiteren Zugriff auf selbiges haben (mündliche Mitteilungen von NaturkundlerInnen).

- 4 Das Beteiligungsrecht für Verbände gilt nicht im immissionsschutz-, atomrechtlichen Bereich, bei vielen Plangenehmigungen oder einfachen Behördenentscheidungen, im Strafrecht sowie im Bereich der Haushaltsplanung mit Mittelvergabe.
- 5 Auch für den Staat ist die Nichtweitergabe nützlich, weil so die Zahl der potentiellen Gegner schrumpft, die ihre Kritik mit exakten Daten untermauern können.
- 6 Ganz im Gegenteil: Die Verbände scheinen ihr Privileg zu genießen. Anders ist nicht zu erklären, warum sie so verhalten bis ablehnend einer Ausweitung der direkten Demokratie gegenüberstehen. Die Initiativen von "Mehr Demokratie" werden von den Umweltverbänden kaum oder gar nicht unterstützt (Ausnahme ist z.B. der BUND in Hamburg).
- 7 Ein Veto führt dazu, daß eine Entscheidung neu getroffen oder, wie bei den Naturschutzbeiräten in Hessen, von der nächsthöheren Behörde überprüft werden muß. Das bedeutet zumindest eine Verzögerung.
- 8 Von Seiten der Regierenden gehörte auch Peter Gauweiler, CSU und damaliger bayr. Umweltminister, zu den UnterzeichnerInnen, von Seiten der Verbände sechs Spitzenfunktionäre des DNR sowie Jochen Flasbarth (NABU) und Onno Poppinga (BUND).
- 9 Den Umweltverbänden ist bekannt, daß weder die Prüfungen auf Umweltschutzgesichtspunkte noch die Beteiligung der Öffentlichkeit die langen Verfahrensdauern verursacht, sondern vor allem unvollständig von den Firmen eingereichte Antragsunterlagen. Dennoch wird das Thema, wenn auch unverdächtig formuliert, ständig auch von UmweltschützerInnen auf die Tagesordnung gestellt – also wäre es eine Sache des Umweltschutzes, Firmen dazu zu bringen, ihre Unterlagen korrekt zu erstellen. Daß dennoch ständig die Ursachen falsch benannt werden, zeigt, daß es nur um den Abbau von Umweltschutz- und Beteiligungsrechten kommt.
- 10 Die eingesetzten Mittel reichen von höheren Teilnahmebeiträgen für Nicht-Mitglieder über Anmeldeverfahren, die von den Verbandsgeschäftsstellen kontrolliert werden, bis zum Ausschluß von KritikerInnen aus solchen Veranstaltungen.
- 11 Eingetragener Verein, Mindestmitgliederzahl, Gemeinnützigkeit usw.
- 12 Dieser Schwerpunkt geht inzwischen so weit, daß die EU-Kommission 1997 ein Prüfungsverfahren eingeleitet hat, bei dem der DBU verdeckte Subventionierung vorgeworfen wird (Mitteilung auf der DNR-Mitgliederversammlung 1997). 1994 förderte die DBU ein Projekt von Euronatur, wo Möglichkeiten der Verbesserung des Verhältnisses von Staat und Umweltschutzverbänden untersucht wurden. Quelle: "euronatur" 4/1994 (S. 15).
- 13 Quellen: Selbstdarstellungsbroschüre der DBU. Prüfung einiger Anträge samt Antworten.
- 14 Da Projektwerkstätten keinen Dachverband bilden, hätten sie einzeln gefragt werden müssen. Das unterblieb aber. Einige der unabhängigen Werkstätten standen dem Kongreß aufgrund der Zensur, der internen Hierarchie und der staatsnahen Themen schon seit 1995 skeptisch und seit 1997 ablehnend gegenüber.
- 15 Bezug waren die Auseinandersetzungen um die CASTOR-Transporte. Die Distanzierung wurde vollzogen, im Vorwort der JUKB-Einladung sogar eine (gar nicht geforderte) Ausladung aller Personen ausgesprochen, die schon Sachbeschädigungen durchgeführt hatten.
- 16 Vor allem BUND-Chef Weinzierl konnte in einem direkten Gespräch Merkel von der Wichtigkeit der Förderung überzeugen.
- 17 **Bescheid des UBA vom 2.12.1997** u.a. gegen ArbeitskreisreferentInnen der Graswurzelbewegung und **vom 17.12.1997** gegen einzelne Schriften und den Büchertisch der Projektwerkstatt in Saasen.
- 18 Mündliche Mitteilung vom Arbeitskreis Abfall der Grünen Liga.
- 19 Im Februar 1998 lehnte das Umweltbundesamt zudem einen Zuschuß an die Aktion "Mobil ohne Auto" ab, weil dort ein Autor der Aktionsmappe Umwelt mitarbeitet. Die Aktion war über viele Jahre gefördert worden (mündliche Mitteilung der MOA-Aktionsgruppe).
- 20 Mündliche Mitteilungen der Stiftungsgeschäftsstelle.
- 21 Mündliche Mitteilungen von AntragsstellerInnen. Richtlinien und Selbstdarstellung der Stiftung.
- 22 Beispiel sind die Naturlandstiftungen, die von Jagdverbänden gegründet wurden und bis heute mit staatlichen Landschaftspflegegeldern und ABM-Stellen viel Geld umsetzen. Darüber hinaus bestehen viele lokale und regionale Vereine, in denen Politik, anerkannte Verbände und LandwirtschaftsfunktionärInnen zusammenarbeiten und die Pflegeaufträge vergeben.
- 23 Mündliche Mitteilungen aus Naturschutzbeiräten.
- 24 Geldquelle für die Ökofonds sind die Abgeordneten der Grünen, die Teile ihrer Diäten und Zulagen an den Fonds abführen. Der Fonds selbst ist aber beim Parteiverband (nicht bei der Fraktion) angesiedelt, was seine Unabhängigkeit erheblich steigert, denn in den Parteivorständen sitzen wegen der strikten Trennung von Amt und Mandat keine dem Koalitions- und Fraktionszwang unterworfenen Personen.
- 25 Quellen: Pressemitteilungen, mündliche Mitteilungen der VeranstalterInnen.
- 26 Mündliche Mitteilungen aus der FÖJ-Zentrale (Naturschutzzentrum Hessen). Zwei der kritischen Werkstätten hielten sich bedeckt, um so weiter an Informationen zu kommen. Bemerkenswert: Als ProjektwerkstättenlerInnen mit Polizeigewalt von einer Besprechung entfernt wurden, setzten alle anderen, außer den Leuten aus anderen Werkstätten, das Treffen fort, niemand verhielt sich solidarisch. Dazu gehörten auch mehrere sogenannte selbstverwaltete Tagungshäuser und regionale Umweltzentren.
- 27 Auf Nachfrage erklärte der Schatzmeister des DNR auf der Mitgliederversammlung 1997, daß bei Wegfall der institutionellen Förderung eine Weiterarbeit kaum noch möglich sein und auch keine Notstrategie für diesen Fall existieren würde.
- 28 Mitteilungen in einem Gespräch in der Landesgeschäftsstelle des LBU.
- 29 Das kann im Einzelfall schon schnellen Umsetzungsbemühungen widersprechen, weil der Job als AgendamoderatorIn oder -koordinatorIn genau so lange sicher ist, wie diskutiert wird.
- 30 "Ö-Punkte" 1/98, S. 22+23.

- 31 Vor dem Hessestag 1997 äußerte sich das Institut für Ökologie in seinem Umweltkonzept für den Hessestag kritisch zur pädagogischen Konzeption und der konkreten künstlichen Ausformung der Ausstellung.
- 32 Mündliche Mitteilungen aus dem fördernden Naturschutzministerium. Die Ausstellung ist eine typische Konzentration von Mitteln auf wenige Prestigeprojekte.
- 33 Quellen: **Selbstdarstellungen des NZH**. Mündliche Aussagen von MitarbeiterInnen. **Protokolle der AG "Hessische Naturschutzjugend"**. Papier **"Entwurf für eine Festlegung des Verfahrensweges bei der Vergabe von Naturschutzgeldern an Jugendorganisationen in Hessen"**.
- 34 Auf der Delegiertenversammlung 1997 des BUND wurden weitere Beispiele genannt. Eine genaue Recherche ist unmöglich, weil zwar nachweisbar ist, daß Gelder geflossen und Naturschutzaktionen verändert oder eingestellt wurden – ein Zusammenhang aber wird regelmäßig nicht zugegeben.
- 35 Vielen PreisstifterInnen war die Gefahr nicht bewußt. Sie bemühten sich um WissenschaftlerInnen, hochrangige UmweltverbandsvertreterInnen und BehördenmitarbeiterInnen für die jeweilige Jury – im Glauben, damit etwas Gutes zu tun. Doch schon die Existenz des Preises hat Wirkung: Umweltgruppen, die ihn erhalten wollen, verhalten sich nicht mehr nach der größten Wirkung in der Sache Umweltschutz, sondern wie die Chancen beim Wettbewerb steigen.
- 36 TeilnehmerInnen berichteten von Debatten, in denen politische Gründe den Ausschlag gaben. Der Gemeinschaftsvorschlag enthielt eine Gruppe von drei, der Landesregierung mißliebigen Personen.
- 37 Die wenigen weiteren BewerberInnen hatten z.B. einzelne Nisthilfen angegeben.
- 38 Das war ein Glück für die Marktleitung – die Gruppe plante nämlich eine Protestaktion gegen die umweltzerstörende Unternehmenspolitik.
- 39 Einhard Bezzel ist einer der führenden Ornithologen in Deutschland und Autor etlicher Fachbücher.
- 40 Insgesamt sind viele Spitzenfunktionäre der Umweltverbände in Berufen tätig, in denen sie aus Bundes- oder Landeshaushalten bezahlt werden (Fachbehörden, Regierungspräsidien usw.). Das gilt auch für regionale Untergliederungen, wo Parteimitglieder sowie MitarbeiterInnen aus Verwaltungen und Fachämtern in den Verbandsvorständen sitzen.
- 41 **ÖkoLinX Winter 1997**, S. 59.
- 42 **FR vom 12.2.1998**.
- 43 Weiterführend: **Hans Göpfert, "Beigeschmack von Repression"**, in Politische Ökologie, Sept. 1997 (S. 9-11)
- 44 Viele Erwachsene, wahrscheinlich die meisten, können das auch nicht. Das gestehen sie sich aber nicht ein.
- 45 Das ist ganz anders als z.B. das Problem internationaler "Ausbeutung", denn die davon betroffenen Menschen sind oft weit weg. Die eigene Ausbeutung z.B. in Familie oder Job wird kaum wahrgenommen.
- 46 Wie bei Agendaarbeit, in der **Studie "Zukunftsfähiges Deutschland"** und auf vielen Konzeptpapieren der Mächtigen.
- 47 Nicht mehr: "Licht ausschalten!", sondern "Energiesparlampen verwenden" ... denn von dem modernisierten Slogan hat auch die Industrie nochmal was.
- 48 1988 nutzte Best eine Naturschutzfahrt nach Polen zu einem Schmuggel, wobei er anderen FahrtteilnehmerInnen die Schmuggelware ins Gepäck packt und selbst vorher zurückfliegt. Der Skandal macht bundesweit Schlagzeilen, Best aber behält seine Ämter. Quellen: **Brief der ReiseteilnehmerInnen an den Vorstand des Naturschutzzentrums Hessen vom 20.6.1988**.
- 49 Die Grünen machten diesen Kungel mit und unterstützten das Naturschutzzentrum aus "ihrem" Umweltministerium heraus.
- 50 **BUND-Unterlagen zur Delegiertenversammlung**. BUND-Schrift **"rückblick"**.
- 51 **"Natur" 4/83** (S. 83-85).
- 52 **Brief des Präsidenten Scholten an die Lufthansa AG vom 11.7.1986**.
- 53 **"Natur" 9/1983** (S. 5) und **"Natur" 2/1983** (S. 12).
- 54 In Hessen trat er 1995 als Umweltministerkandidat an (das Ministerium wurde aber nach der Wahl aufgelöst und der Umweltbereich dem grünen Jugendministerium angegliedert). 1997 waren im Hamburger Wahlkampf Plakate von ihm zu sehen mit dem Spruch "Im Umweltschutz gehört Hamburg weltweit zur Spitzengruppe".
- 55 **"Natur" 2/1987** (S. 15).
- 56 **"euronatur" 4/1994** (S. 15).
- 57 Mündliche Mitteilungen eines Ex-Mitarbeiters. Die Vorstandsliste befindet sich auf dem Briefpapier des BEE.
- 58 Quelle: **Selbstdarstellungen von Pro Mehrweg**.
- 59 Quelle: **Selbstdarstellungen der Stelmannstiftung**.
- 60 Quelle: **Selbstdarstellung des UFU**.
- 61 Golfplätze: **"Natur" 9/1986** (S. 10). Aufforstungen: **"Unser Wald" 2/1993** (S. 6). Zum Grünen Punkt veröffentlichte Wolfgang von Geldern in seiner Amtszeit als Staatssekretär ein Buch.
- 62 Eine Liste der FunktionärInnen findet sich regelmäßig auf der vorletzten Seite von "Unser Wald".
- 63 **"Natur" 9/87** (S. 10).
- 64 **"Unser Wald" 3/1993** (S. 14).
- 65 **"Unser Wald" 3/1993** (S. 8).
- 66 **"Unser Wald" 6/1994** (S. 18).
- 67 Die Annahme, eine Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan bedeute eine Planungspflicht, ist falsch. Da der Absender Kamphausen verkehrspolitischer Sachbearbeiter der GRÜNEN im Landtag ist, dürfte er das gewußt haben. Quellen: **Pressemitteilung des VCD Marburg-Biedenkopf vom 10.3.1996**, **Brief der Projektwerkstatt Weilburg an den VCD vom 17.3.1997**, **Antwortfax 21.3.1996**.

- 68 Hagemann ist inzwischen Bürgermeisterin von Gießen und schon seit Jahren abwehrend gegen ProjektwerkstättenInnen.
- 69 Infoblatt "Aktion 93" der Deutschen Waldjugend.
- 70 Konzept zum Umweltmobil.
- 71 Pressemitteilung "Scheer heizt Jung-Ökos ein" der BUNDjugend. Beiträge aus der Kongreßzeitung.
- 72 Begleitheft zum Wettbewerb.
- 73 JANUN, 1997, "Runder Tisch für Jugendliche", JANUN, Hannover (S. 43-47)
- 74 Gießener Allgemeine vom 20.3.1995 (S. 5).
- 75 Brief der Umweltwerkstatt Wetterau vom 11.12.1991, mündliche Mitteilungen von dort.
- 76 Jutta Difurth, 1997, "Feuer in die Herzen", Konkret Literatur Verlag, Hamburg (S. 458)
- 77 Bundesumweltministerium, 1997, "Zeit zu Handeln", Bonn.
- 78 Damaschke gehört der CDU an und ist aufgrund etlicher umweltfeindlicher Handlungen immer wieder von radikaleren Umweltgruppen angegriffen worden. Die Vogelschutzgruppe Harbach betreibt seit Jahren reinen Arten- und Biotopschutz.
- 79 Karl reiste Anfang der 90er Jahre viel herum und versuchte, auf Umweltschutzveranstaltungen für seine Ideen zu werben und Abläufe gezielt zu beeinflussen. Auf dem AufTakt-Festival 1993 mischte er sich energisch in die Organisationsabläufe ein.
- 80 "Öko-Mitteilungen" 4/1994, S. 10 (Herausgeber: Öko-Institut, Freiburg). Der "Ökologische Marshallplan wurde 1995 wieder aus der verstaubten Ecke hervorgezerrt, als der Spiegel 1995 in seiner Öko-Bilanz u.a. Ernst-Ulrich von Weizsäcker mit einer Forderung für einen "globalen ökologischen Marshallplan" vor einer Rio-Nachfolgekongferenz zitierte.
- 81 Heft 1/1997, S. 31.
- 82 JANUN ist acht Jahre später ein weitgehend etablierter Verband (siehe Kap. 3.6).
- 83 Hermann Scheer, 1995, "Zurück zur Politik", Piper Verlag, München (S. 231).
- 84 Günter Metzges war Mitbegründer der "Jugendumweltbewegung" und leitete Anfang der 90er Jahre Anarchie-seminare. Den Text schrieb er Anfang 1997 als Beitrag für die Aktionsmappe Umwelt. Er wurde aber von den Herausgebern so nicht übernommen.
- 85 Wortbeitrag von Remmer Ackermann auf der DNR-Mitgliederversammlung 1997. Im hessischen Wahlkampf 1995 unterließ der BUND bewußt Kritik an der Landesregierung, um eine Wiederwahl von Rot-grün nicht zu gefährden (mündliche Mitteilung).
- 86 Der BBU beschwerte sich daraufhin beim Bundeskanzleramt, dieses antwortete jedoch, von den Vorgängen nichts zu wissen.
- 87 Gießener Anzeiger vom 14.3.1992 (S. 37) und vom 24.3.1992 (S. 31).
- 88 Kündigung mit fünfzügiger Frist vom 25.10.1992 über einen Rechtsanwalt.
- 89 Versiegelungsurkunden vom 11.5.1994. Ankündigung der Versiegelung vom 13.5.1994 (zwei Tage später als der Vollzug!). Widerspruch gegen die Versiegelung vom 15.5.1994. Bericht in Gießener Allgemeine vom 19.5.1994 (S. 39), Eingangsbestätigung des Widerspruchs bei der Bauaufsicht vom 26.5.1994. Mitteilung, daß Widerspruch nicht möglich ist und der Brief daher ans Rechtsamt weitergeleitet wurde, vom 1.6.1994. Im Brief vom 13.5.1994 heißt es aber: "Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats ... Widerspruch erhoben werden". Bis 1998 erfolgten keine weiteren Mitteilungen.
- 90 Pressemitteilung der Polizei, abgedruckt in der Heimatzeitung vom 10.6.1994. Leserbrief von Kultur Pur in gleicher Ausgabe, Antwort der CDU in der Heimatzeitung vom 17.6.1994.
- 91 Gießener Allgemeine vom 26.5.1994 (S. 27) und 16.8.1994. Verfügung der Stadt Gießen vom 18.8.1994. Bericht im Sonntagmorgenmagazin vom 21.8.1994 (S. 1).
- 92 Bußgeldbescheid von Dezember 1996. Ankündigung des Nutzungsverbots vom 17.7.1997. Die Räume waren regulär gemietet und wurden nicht umgebaut.
- 93 Nutzungsverbot vom 21.11.1997. Hinter den Attacken der Bauaufsicht von 1994 und 1997 steht der neu gewählte Kreisbaudezernent. Es ist der frühere Bürgermeister von Hungen (siehe Vorgänge unter 87).
- 94 Der Ablauf der Auseinandersetzungen zeigt, welche Mittel schon bei einem Einzelthema seitens des Staates angewendet werden. Hessen hat eine rotgrüne Regierungskoalition, was zeigt, daß Repression unter allen aktuellen Parteikonstellationen vorkommt.
- 95 Mündliche Mitteilung aus der Jugend-Umwelt-Info-Stelle in Bad Hersfeld.
- 96 Mündliche Mitteilung des Reiskirchener Bürgermeisters.
- 97 Die Information erfolgte durch das FÖJ-Koordinationsbüro in Schleswig-Holstein, das sich hinter die Entscheidung der FÖJlerInnen stellte, die Projektwerkstatt als Tagungsort auszuwählen.
- 98 Aussage bei einer Ortsbesichtigung.
- 99 Der Brief wurde nur bekannt, weil ein Aktiver der Projektwerkstatt Darmstadt einem BUND-Funktionär eine Kopie entriß und vervielfältigte.
- 100 Der Brief enthielt Informationen, die nur im Naturschutzzentrum Hessen bekannt waren.
- 101 Damit soll nicht gesagt sein, daß unmoderierte Gruppenprozesse immer gut laufen. Zum Abbau von Hierarchien und Dominanz sind gute Ideen wichtig, aber solche, die Selbstorganisation fördern und nicht behindern.
- 102 Die Vielzahl von Moderationen trägt damit zur allgemeinen Entradikalisierung bei und ist so logischer Baustein der von Agenda, Nachhaltigkeit, Dialog und Konsens geprägten Diskussion.
- 103 Entwickelt wurden Mediationsverfahren im politischen Raum vor allem in den USA. Quellen: "Natur" 7/1995 (S. 74+75). Hans Joachim Fietkau, 1994, "Leitfaden Umweltmediation", Berlin. Frank Claus/Peter Wiedemann, 1994, "Umweltkonflikte", E. Blotner Verlag, Taunusstein. Birgit Claussen u.a., 1996, "Zukunftsaufgabe Mode-

- ration", VAS, Frankfurt. **FriedensForum, Schwerpunktausgabe Mediation**, Bonn. **Brigitte Gans, 1994, "Mediation"**, ökom, München. **Jutta Dittfurth, 1997, "Feuer in die Herzen"**, Konkret Literatur Verlag, Hamburg (S. 440-451).
- 104 Mediationsverfahren werden dort eingesetzt, wo starker BürgerInnenprotest zu erwarten ist (Flughäfen, Müllverbrennungsanlagen usw.).
- 105 **Robert Jungk/Norbert Müllert, 1989, "Zukunftswerkstätten"**, Heyne Sachbuch, München. Mündliche Berichte und eigene Anschauung von Zukunftswerkstätten.
- 106 Werbeblatt der Internationalen Bibliothek für Zukunftsfragen.
- 107 Zitat von Birgit Homburger im **Positionspapier des DNR**.
- 108 **BUND/Misereor, 1996, "Zukunftsfähiges Deutschland"**, Birkhäuser Verlag, Basel.
- 109 Mehr steht in der Werbung zum Inhalt nicht. Mehr ist das Buch auch nicht.
- 110 Die meisten der Selbstverpflichtungen sind völlig unverbindlich oder entsprechen, z.B. bei der Ankündigung der CO₂-Reduzierung, nur den ohnehin vorhandenen Trends der technischen Entwicklung (z.B. Energieeinsatz pro Materialeinheit).
- 111 Durch Änderung des Gesetzestextes ist Müllverbrennung als Recycling anerkannt ("thermisches Recycling").
- 112 **Bundesumweltministerium (ohne Datum), "Umweltpolitik – Agenda 21"**, Bonn (Deutsche Fassung der Agenda). **Ö-Punkte 1/1998, Schwerpunkt Agenda 21** (S. 11-25), Bezug gegen 5 DM bei der Redaktion, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen.
- 113 In vielen Städten nehmen die Umweltverbände (und ebenso Frauen-, Eine-Welt-Gruppen usw.) hin, daß ihre Ergebnisprotokolle anschließend kaum beachtet werden und die Verwaltungen selbst die endgültige Fassung der lokalen Agenda festlegen.
- 114 Das zeigt das Beispiel Niedersachsen, wo eine Kabinettsvorlage schon vor dem Beginn beschrieb, daß die Agenda am Ende feststellen soll, "daß das Land bereits viele Vorhaben realisiert hat bzw. an vielen Projekten gearbeitet hat, die weitgehend den Anforderungen der Agenda 21 entsprechen". Quelle: **Ö-Punkte 1/1998** (S. 23).
- 115 Bemerkenswert: In der gleichen Pressemitteilung distanziert sich die Grüne Liga Berlin von den Gen- und Atomtechnikkapiteln der Agenda 21. Arbeitsschwerpunkt wird es trotzdem.
- 116 Gehalten auf der Landesdelegiertenkonferenz von B'90/Grüne in Berlin als Begründung zu seinem Antrag, die Agenda nicht in den Leitantrag aufzunehmen. Dem stimmten nur 20% der Delegierten zu, 30% enthielten sich.
- 117 Die Grünen haben sich inzwischen überall sehr stark für die Agenda eingesetzt und bezeichnen sie immer öfter als Leitbild für ihre Regierungspolitik, z.B. in den Wahlkämpfen in Niedersachsen und bundesweit 1998 (siehe Kap. 3.10.1).
- 118 Die Gießener Grünen sind InitiatorInnen der Agenda, der grünen Bürgermeisterin Karin Hagemann wird das neu zu schaffende Agenda-Büro unterstehen. Agendakritische Gruppen in Gießen wie die Projektwerkstatt oder das Institut für Ökologie werden zu den Treffen nicht eingeladen.
- 119 Siehe 108, 112 und **Christoph Spehr, 1996, "Die Öko-Falle"**, ProMedia, Wien. **Schwertfisch, 1997, "Zeitgeist mit Gräten"**, YetiPress, Bremen. **Helga Eblinghaus/Armin Stickler, 1996, "Nachhaltigkeit und Macht"**, IKO, Frankfurt. **Reinhard Hermle, 1997, "Ein Buch macht von sich reden"**, Misereor, Aachen. **ASTA Uni Hannover, 1998, "Nachhaltige Weltbilder – Hinter den Kulissen Nachhaltiger Entwicklung"**, Hannover.
- 120 Als Beispiel sei das bundesweite, vom Umweltministerium ins Leben gerufene "Nationale Komitee für nachhaltige Entwicklung" benannt. Dort sitzen: Umweltministerin Angela Merkel (Vorsitz), Klaus-Jürgen Hedrich (Staatssekretär im Ministerium für Entwicklung, Vizevorsitzender), Wolfgang Engelhardt (DNR-Präsident, Vizevorsitzender) sowie die Vorsitzenden der großen Umweltverbände BUND, NABU, Tierschutzbund, Heimatbund, die Präsidenten des Umweltbundesamt, des Bauernverbandes, des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und des Deutschen Industrie- und Handelstages, der Vorsitzende des DGB, der Deutschen Bischofskonferenz, der Evangelischen Kirche und viele mehr. Eine Runde der mächtigsten Männer und Frauen dieses Landes. Keine Basisgruppe, keine Umweltfirma. Quelle: **"Zeit zu Handeln"**, Schrift des Bundesumweltministeriums mit Beiträgen der TeilnehmerInnen. In einer **Pressemitteilung vom 10.2.1998** forderte das Forum Umwelt&Entwicklung die Schaffung eines "Rates für Nachhaltige Entwicklung".
- 121 **Ö-Punkte 1/1998 (S. 12-15). Buch "Ein Buch macht von sich reden"** (siehe 119).
- 122 Das ist die internationale Organisation, deren Deutschland-Sektion der BUND ist. Daß heute BUND-FunktionärInnen den Rio-Gipfel positiv einschätzen, stellt einen deutlichen Meinungswandel dar.
- 123 Z.B. das Buch zum Auftakt-Festival mit der Forderung, alle Aktionen unter das Hauptthema Steuerreform unterzuordnen (siehe Kap. 3.6), die Werbeversuche des BUND mit einigen Konzernen zum gleichen Thema und der ökologische Marshallplan als Versuch einer breit angelegten Verbünderungsaktion zwischen Umwelt, Wirtschaft und Politik. Früh fanden die Gedanken der Nachhaltigkeit auch Einzug in die Umweltzeitungen, vor allem die Politische Ökologie (siehe 5.4).
- 124 **Al Gore, 1994, "Wege zum Gleichgewicht"**, Frankfurt.
- 125 Siehe: **DNR, 1997, "Ökologische Steuerreform – Positionspapier"**, Bonn. **Pressemitteilung des BUND vom 8.12.1995. Frauen-Union, "anders leben"**, Materialband zum Bundesdelegiertentag am 4./5.11.1995.
- 126 Genau dieser Begriff ist Leitbild der Schriften von Ernst-Ulrich von Weizsäcker, der Expo und **Studie "Zukunftsfähiges Deutschland"**.
- 127 Mit dabei waren Festgäste wie Umwelt- und Atomministerin Angela Merkel, aber auch Gegenaktionen von Frauen- und Entwicklungshilfegruppen, die die Studie kritisieren.
- 128 Damit hält selbst die F.D.P. den Ansatz der Studie für beschränkt, eben auf die VerbraucherInnen – peinlich für das Buch.
- 129 **Vorstandsbericht des BUND zur Bundesdelegiertenversammlung 1997.**

- 130 Herausgeberin ist die Grüne Liga Berlin, V.i.S.d.P. deren Bundessprecher und DNR-Vorständler Leif Miller.
- 131 Mündliche Mitteilungen z.B. aus Basisgruppen in Schleswig-Holstein.
- 132 Angebot der beiden führenden Organisationen im Agenda-Bereich, dem Bundesverband für Umweltberatung und der Europäischen Agendaagentur ICLEI.
- 133 In der Ausstellung fehlen die Kapitel zu Gen- und Atomtechnik völlig.
- 134 Das erste Argument ist platt, das zweite ist schlicht falsch. Hunger ist eine Folge falscher Verteilung, Ausbeutung, Zerstörung ehemals fruchtbarer Böden sowie von Krieg und Vertreibung. Das Argument der geringen Produktivitätssteigerung wird immer wieder von Personen benutzt, die damit gentechnische Experimente begründen wollen (so steht es auch in der Agenda).
- 135 Siehe Berichte in "**Ö-Punkte** 1/1998, S. 11-25. **Gießener Allgemeine vom 13.2.1998**. Mündliche Mitteilungen. Im März 1998 legten der NABU und der BUND ein gemeinsames Papier mit Anforderungen an einen neugewählten Bundestag vor. Darin wird "an Rio anknüpfend" ein Nationaler Umweltplan gefordert. Die Beteiligungsrechte sollen nur für die anerkannten Verbände verbessert werden, nicht für BürgerInnen. Im Leitantrag zur BUND-Delegiertenversammlung am 13.3.1998 in Rotenburg wird die Agenda 21 als Basis der zukünftigen Politik benannt.
- 136 Antrag des BUND-Beiratsvorsitzenden Prof. Kneitz auf der BUND-Bundesdelegiertenversammlung 1997.
- 137 Anfang 1998 erschien mit der **Ausgabe 1/1998 der "Ö-Punkte"** (siehe 112) erstmals eine auflagenstarke Zeitung mit einer grundlegenden Kritik an der Agenda-Arbeit.
- 138 Neben ihnen werden vor allem VerbandsmanagerInnen und PR-StrategInnen eingestellt, auf die gleiches zutrifft.
- 139 **Wuppertal-Institut, "Jahrbuch 1995"** und weitere Einzelquellen.
- 140 **Ernst U. von Weizsäcker, 1997, "Der gläserne Hersteller"**, Birkhäuser Verlag, Basel.
- 141 **Ernst U. von Weizsäcker u.a., 1995, "Faktor Vier. Doppelter Wohlstand – halbiertes Naturverbrauch"**, München.
- 142 Hier findet sich die gefährliche Einteilung in sichere und unsichere Reaktoren bzw. Reaktorstandorte.
- 143 **Protokoll des "Perspektivforums ÖSR" am 14./15.5.1996**, Absender ist Armin Torbecke (15.6.1996).
- 144 Rückkoppelungen mit anderen Teilen der Jugendumweltbewegung gab es aber nicht.
- 145 Von den benannten Personen leben heute 4 im etablierten Ex-Jugendumweltprojekt in Verden, 3 sind oder waren Funktionäre beim DNR (eine Person, Armin Torbecke, dabei beides).
- 146 Anlage zum Protokoll des "von der Jugendvertretung im DNR-Vorstand" organisierten Treffens (siehe 143).
- 147 Das stieß aber auf Widerstand radikalerer Gruppen auf dem Kongreß und scheiterte daher.
- 148 Die Ex-JugendumweltfunktionärInnen Angela Oels (in "**Politische Ökologie**" Juli/Aug. 1997, S. 51-54) und Rasmus Grobe (in "**Ö-Punkte**" 1/1998, S. 16-17) schrieben Pro-Agenda-Texte in überregionalen Zeitschriften.
- 149 Sie wohnt ebenfalls in Verden, zusammen in einer WG mit Armin Torbecke, der zeitgleich die Jugendvertretung im DNR innehatte.
- 150 Michael Müller ist Präsidiumsmitglied im DNR und Bundesvorsitzender der Naturfreunde. Reinhard Loske war Projektleiter der **Studie "Zukunftsfähiges Deutschland"**.
- 151 Neben Müller und Loske sitzen im Arbeitskreis u.a. BUND-Chef Weinzierl als stellvertretender Vorsitzender, NABU-Präsident Jochen Flasbarth, der Ex-Bundessprecher der Grünen Liga, Klaus Schlüter, die Ex-SPD-Minister Klaus Michael Meyer-Abich und Berndt Heydemann sowie die rot-grünen Schrittmacher in den Medien, Hermann Josef Tenhagen von der taz und Hans-Joachim Wille von der FR.
- 152 Michael Müller und Hubert Weinzierl bilden im Präsidium regelmäßig eine gemeinsame Position und haben dadurch hohen Einfluß, weil die Mehrzahl der Präsidiumsmitglieder gar nicht politisch-strategisch agiert.
- 153 Auf der DNR-Mitgliederversammlung rief Michael Müller noch dazu auf, Anregungen und Kritik zu schicken. Die Kritik an der Zusammensetzung der Arbeitsgruppen (männer-, funktionärs- und obergesellschaftlich) quittierte er mit **Fax vom 5.2.1998**, ohne auf die Kritik überhaupt einzugehen mit: "Vieles ist jedoch Unterstellung, schade. ... investigative Unterstellungen".
- 154 Über Hubert Weinzierl ist der BUND in die Arbeit eingebunden. Mit seinem von SPD- und, weniger, Grünen-Mitgliedern geprägten Führungsgremien und dem Hauptthema "Nachhaltigkeit" ist er ohne eine sichere Hausmacht für Müller und Weinzierl. Der sonst DNR-kritische BBU schweigt, weil auch in dessen Bundesvorstand rot-grüne Mehrheiten bestehen und in Wahlkampfzeiten daher Kritik unterlassen wird.
- 155 Der Ressortchef der FR im Bereich Umwelt, Hans-Joachim Wille, lehnte eine Gegendarstellung ab, obwohl das unter dem Begriff "Gegenruf" sogar üblich ist. Ihm war wichtig, daß SPD, Grüne und der BUND nicht zu stark kritisiert würden (die Bundestagswahl war nahe und die FR ist stark SPD-orientiert). Bemerkenswert ist, daß der BUND zwar mit seiner durchgestylten "Overdose"-Aktion durch Deutschland tourt, sich aber an den zeitgleich laufenden Aktivitäten gegen eine neue Dosenoffensive von Coca-Cola nicht beteiligt.